



Tirol Südtirol Trentino. Ein historischer Überblick





Grußworte

Mit großer Genugtuung dürfen wir Ihnen die Neuauflage des Europaregion-Geschichtsbuchs vorstellen. Die Publikation, welche die gemeinsamen Wurzeln der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino beleuchtet, ist auf immenses Interesse gestoßen und war bald vergriffen. In der Neuauflage haben wir nun den jüngsten Veränderungen in der Europaregion Rechnung getragen.

Zutiefst überzeugt davon, dass Geschichte verbindet, wünschen wir uns, dass dieses Buch das Interesse möglichst vieler Leserinnen und Leser weckt und ein wirksames didaktisches Hilfsmittel für die neuen Generationen darstellt. Der Blick zurück in die Vergangenheit soll nicht Selbstzweck sein, sondern zu einem kritischen Bewusstsein auf dem Weg in die Zukunft beitragen. Die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino steht in der Tat für eine lebendige Wirklichkeit, die sich den großen Herausforderungen der Zukunft stellt, im Bereich der Gesellschaft und der Wirtschaft ebenso wie in Forschung, Innovation, Bildung, Kultur, Jugend und Umwelt.

*Der Vorstand des EVTZ
„Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“*

*Günther Platter
Landeshauptmann von Tirol*

*Dr. Arno Kompatscher
Landeshauptmann der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol*

*Ugo Rossi
Landeshauptmann der Autonomen Provinz Trient*

Inhalt

KAP. I

S. 7

Die Alpen: Pässe, Täler und Straßen

Der Tiroler Raum in der Frühgeschichte und in der Antike

- ♦ Die Alpenübergänge ♦ Erste Spuren des Menschen ♦ Der „Ötzi“ und die Zeit der Metalle ♦ Die Räter
- ♦ Unter römischer Herrschaft ♦ Der Alpenraum unter Theoderich ♦ Das Bündnis zwischen Langobarden und Bajuwaren ♦ Das Frankenreich ♦ Die ladinische Sprache

KAP. II

S. 15

Auf dem Kaiserweg

Die Entstehung der Grafschaft Tirol

- ♦ Die Entstehung der geistlichen Fürstentümer ♦ Adelsgeschlechter und Vögte des Bischofs
- ♦ Der Aufstieg der Grafen von Tirol ♦ Meinhard II. schafft eine einheitliche Grafschaft ♦ Eine „moderne“ Verwaltung ♦ Margarete, die letzte Gräfin von Tirol-Görz ♦ Ein Land, viele Bezeichnungen

KAP. III

S. 25

Landtage, Fürsten und Reformen zwischen Autonomie und Zentralismus

Tirol und die Politik der Habsburger (15.–18. Jahrhundert)

- ♦ Die politische Bedeutung der Tiroler Stände ♦ Das Ringen zwischen Bischof und Landesfürst
- ♦ Im Zentrum des Reiches ♦ Der Bauernaufstand von 1525 ♦ Das Konzil von Trient ♦ Simonino und Anderl: Zwei judenfeindliche Legenden ♦ Eine tüchtige Erzherzogin ♦ Letzte Reste der alten „Freiheiten“.
- ♦ Ein „Sturm“ von Reformen

KAP. IV

S. 37

Der Mythos des Jahres 1809

Tirol in den Koalitionskriegen gegen Frankreich

- ♦ Gefahr aus Frankreich ♦ Das Herz Jesu und die Tiroler ♦ 1803: Die staatsrechtliche Integration der Hochstifte Trient und Brixen ♦ 1806: Tirol unter Bayern und das Ende des Heiligen Römischen Reiches
- ♦ Die Reformen in bayerischer Zeit ♦ 1809: Österreich ruft zum Krieg ♦ Tirol erhebt sich ♦ Andreas Hofer „Regent“ von Tirol ♦ Oktober 1809: Kampf bis zum letzten Mann ♦ 1810–1813: Tirol ist dreigeteilt
- ♦ Der Mythos Andreas Hofer

KAP. V

S. 49

Restauration, Revolutionen und nationales Ringen

Die politische Entwicklung Tirols im 19. Jahrhundert

- ♦ Rückkehr zur Ordnung? ♦ Das „Sturmjahr“ 1848 ♦ Das kurze Zwischenspiel des Neoabsolutismus
- ♦ Der „Kulturkampf“ in Tirol ♦ Eine neue politische Gesamtsituation zwischen 19. und 20. Jahrhundert
- ♦ Die Forderungen nach Autonomie des Trentino ♦ Das nationale Ringen ♦ Die „ladinische Nation“

KAP. VI

S. 59

Kontinuität und Innovation

Wirtschaft und Gesellschaft in Tirol im 19. Jahrhundert

- ♦ Ein bäuerliches Land ♦ Der geschlossene Hof ♦ Landwirtschaftliche Bildungseinrichtungen und genossenschaftliche Zusammenarbeit ♦ Tiroler in Amerika ♦ Die Eisenbahn ist da!
- ♦ Energie und Industrie ♦ Die Touristen kommen ♦ Kulturelle Entwicklungen



KAP. VII

S. 69

Der Krieg in den Alpen (1915–1918)

Der Erste Weltkrieg und das Ende des historischen Tirol

- Die Mobilmachung • Die Phase der italienischen Neutralität • Die italienisch-österreichische Front
- Die Front in Fels und Eis • Das Drama der Trentiner und der Ladiner • Der „Hochverrat“ Cesare Battistis
- Das Ende des langen Krieges

KAP. VIII

S. 79

Zwischen den Weltkriegen

Das labile Gleichgewicht in Österreich und die Politik des italienischen Faschismus

- Die Entstehung des Bundeslandes Tirol • Innenpolitische Konflikte • Tirol in Brasilien
- Die Annexion des deutschen Südtirol • Der Faschismus und das Projekt der Italianisierung
- Die Provinz Bozen und die Unzufriedenheit des Trentino • Italienische Zuwanderung nach Bozen
- Die faschistische Durchdringung der Gesellschaft • Faschistische Denkmäler

KAP. IX

S. 89

Option, Kriege und Befreiungen

Vom „Anschluss“ Österreichs bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

- Hitler, Südtirol und der „Anschluss“ • Der „Reichsgau Tirol-Vorarlberg“ • Das Pogrom vom November 1938 in Innsbruck • Die Propaganda in Südtirol • 1939: die „Option“ der Südtiroler • „Geher“ und „Dableiber“ • Die Umsiedlung ins Reich • Der Sturz des Faschismus und der italienische Waffenstillstand
- Die Operationszone Alpenvorland • Einberufung zum Militär, Verfolgung und Repression
- Die Lager von Bozen und Reichenau • Widerstandskämpfer und Blutzeugen

KAP. X

S. 103

Ethnische Spannungen und demokratischer Neubeginn

Grenzen und Autonomiediskussionen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg

- Unter alliierter Verwaltung • Der Pariser Vertrag von 1946 • Die Krise der Region Trentino-Südtirol
- 1957: „Los von Trient!“ • 1960: Die Südtirolfrage vor der UNO • Die Bombenzeit • Die „Feuernacht“
- Die Eskalation der Gewalt • Der Weg zum „Paket“ • Regieren zwischen Bewahrung und Modernisierung • Der Weg zur Autonomie für Südtirol

KAP. XI

S. 115

Autonomie und Modernisierung

Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg

- Vom Wiederaufbau zum Tourismusboom • Spitzensportler und -sportlerinnen • Veränderungen der wirtschaftlichen Struktur • Neue Einwanderung • Umwelt und Entwicklung • Der Brenner, die Schlagader Europas • Die Ladiner heute • Ein neues Gesicht der Kirche • Drei Universitäten

KAP. XII

S. 127

In einem immer enger zusammenwachsenden Europa

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der EVTZ

- Vom „Accordino“ zur Konvention vor Madrid • Die Entwicklungen nach 1992
- 2011: Der EVTZ entsteht • Die Europaregion in Bewegung

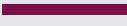




KAP. I

Die Alpen: Pässe, Täler und Straßen

Der Tiroler Raum in der Frühgeschichte und in der Antike



Seit der Frühgeschichte waren die Alpen einer der bevorzugten Übergänge zwischen Zentral- und Südeuropa, daher auch eine wichtige kulturelle Kontaktzone. Der im Jahr 1991 zufällig gemachte Fund der Mumie eines Jägers aus der frühen Kupferzeit („Ötzi“) hat Archäologen und Anthropologen einen Weg zu sensationellen neuen Erkenntnissen geöffnet. Seit dem 6. Jahrhundert v. Chr. war das Gebiet von Stämmen bewohnt, für die antike Autoren den Sammelbegriff „Räter“ verwendeten. Die Eroberung durch die Römer (15 v. Chr.) führte zu einem Ausbau des Straßennetzes (Via Claudia Augusta). Nach dem Untergang des römischen Reiches unterstand das Gebiet verschiedenen Herrschaften: Zwischen dem 6. und dem 8. Jahrhundert waren dies die Langobarden, die Bajuwaren und die Franken.

Die Alpenübergänge

Die Geschichte Tirols steht in engstem Zusammenhang mit der Geographie. Der Raum, in dem sich im Laufe der Zeit die fürstliche Grafschaft Tirol entwickeln sollte, sind die Zentralalpen zwischen dem bayerischen Alpenvorland und der Poebene, also an genau jener Stelle, wo der Gebirgsbogen zwischen seinem nördlichen und seinem südlichen Rand die größte Breite (250 km) erreicht. Die am leichtesten zu überschreitenden Übergänge in diesem Bereich sind der Brenner- (1375 m) und der Reschen- (1507 m) bzw. Fernpass (1210 m). Auch auf der Ost-West-Achse gibt es eine Reihe von Übergängen, die sich als historisch wichtig erwiesen haben. Orographisch teilt die alpine Hauptwasserscheide das Einzugsgebiet der Etsch mit ihren Nebenflüssen, die in das Adriatische Meer mündet, von jenem des Inn und der Drau, die über die Donau nach dem Schwarzen Meer hin orientiert sind.



Das rätische Museum in Sanzeno (TN).
Il Museo Retico di Sanzeno (TN).

Erste Spuren des Menschen

Die menschliche Besiedelung des Gebietes nahm ihren Anfang zur Zeit des Rückzugs der Gletscher. Im heutigen Trentino reichen einige Spuren bis in die späte Altsteinzeit zurück. Eine dauerhaftere Besiedelung ist für die mittlere Steinzeit nachweisbar: Unterstände im Fels, mitunter überhängend, oder Jagdunterkünfte auf Almen. Dazu kamen Niederlassungen in Tallagen, allen voran die Unterstände des Gabàn bei Martignano (auf dem Monte Calisio bei Trient). Zu den wertvollsten archäologischen Funden, die an dieser Stätte gemacht wurden, gehört eine aus Tierknochen geschnitzte weibliche Figur, die sogenannte Venus von Gabàn.

In der zweiten Hälfte des 6. Jahrtausends v. Chr. erreichte die „Neolithische Revolution“ die Alpen. Seither sind verstärkt kulturelle Einflüsse aus dem norditalienischen Raum wahrnehmbar (Kultur der *vasi a bocca quadrata*, „Gefäße mit viereckigem Mundsäum“). Wie fast überall in den Alpen finden sich auch im nachmaligen Tirol zahlreiche anthropomorphe Stelen. Die darauf abgebildeten Motive, beispielsweise Dolche, deuten auf neue Formen der Organisation des Gemeinschaftslebens, in dem die Bearbeitung von Metallen und die Kriegsführung zunehmend wichtiger wurden.

Der „Ötzi“ und die Zeit der Metalle

Ein sensationeller Fund aus dem Jahr 1991 hat zu einer erheblichen Erweiterung des Wissens um die Kupferzeit im Alpenraum geführt. Im Eis des Similaungletschers (im hinteren Schnalstal) wurde in 3300 m Meereshöhe die mumifizierte Leiche eines Mannes gefunden, der zwischen 3300 und 3000 v. Chr. lebte. Die durch diesen Fund eingeleitete wissenschaftliche Forschung bezog sich nicht nur auf den Leichnam selbst (Alter, Ernährungsgewohnheiten, Tätowierungen etc.), sondern auch auf seine Kleidung und eine Reihe weiterer Beifunde (ein Kupferbeil, ein Bogen, ein Köcher, mehrere Pfeile, diverse weitere Utensilien).

Mit dem Ausbau der Metallförderung und -verarbeitung nahm der Verkehr in den alpinen Tälern zu und die Besiedelung wurde dichter. Schon damals erreichte der Warenaustausch eine europäische Dimension. Dies zeigen insbesondere Gegenstände aus Bernstein, die von der Nord- und Ostsee bis in den Mittelmeerraum verbreitet waren. In der Bronzezeit reichte die aus dem Norden kommende Kultur der Hügelgräber bis in den Raum nördlich des Brenners, während südlich davon, nordwestlich des Gardasees (Fiavè

und Ledro), Pfahlbautensiedlungen entstanden. In die späte Bronzezeit fällt die nach Fundstätten im Raum Brixen benannte Laugen-Mellauner-Kultur, die Zeugnisse hoch entwickelter Techniken der Metallverarbeitung und der Produktion von Keramik bietet.



Der Innenraum der dem Diözesanpatron Vigilius († 405) geweihten frühchristlichen Basilika in Trient. Virgilius war einer der maßgeblichen Träger der Christianisierung des Gebietes.

Interno della basilica paleocristiana di Trento, intitolata al patrono della diocesi San Vigilio († 405 d.Cr. ca), il principale evangelizzatore della regione.

Die Räter

In der Eisenzeit sind auf dem Gebiet des nachmaligen Tirol die Einflüsse mehrerer Kulturen sowohl aus dem Norden (Hallstattkultur) als auch aus dem Süden (Veneter, Etrusker) erkennbar. Seit dem 6. Jahrhundert behauptete sich eine wichtige, nach den Hauptfundstätten Fritzens (bei Innsbruck) und Sanzeno (Nonsberg) benannte Kultur, getragen von Stämmen, die zwischen dem Engadin, dem Unterinntal, dem Drautal und den venezianischen

Voralpen angesiedelt waren und von den antiken Autoren – mit einem allerdings sehr vagen Begriff – als Räter bezeichnet wurden. Die Historiographen wollten, insbesondere aufgrund des Alphabets, Beziehungen zu den Etruskern erkennen. Auf die Räter gehen die ersten aus dem Raum des nachmaligen Tirol bekannten epigraphischen Zeugnisse zurück (Weihe- und Grabinschriften). Waffen und Fibeln zeugen hingegen von engen Kontakten mit den Kelten. Im Wirtschaftsleben dieser Stämme (einige überlieferte Namen: *Venostes*, *Isarci*, *Breuni*, *Vindelici*, *Anauni* etc.) spielten außer Landwirtschaft, Viehzucht und Handwerk auch Handel, der Einzug von Weggeldern und der Geleitschutz für über die Alpen ziehende Kaufleute eine wichtige Rolle. Die römische Überlieferung legte Wert darauf, die Räter als unkultiviertes Volk von Plünderern und Räubern zu charakterisieren, allerdings dürften hierbei propagandistische Überlegungen mitgespielt haben.

Unter römischer Herrschaft

Im Jahr 15 v. Chr. vollendeten Drusus und Tiberius, die Adoptivsöhne des Kaisers Augustus, die militärische Unterwerfung der Räter durch ein Zangenmanöver: Tiberius rückte vom Bodensee aus vor, während Drusus von Trient (hier bestand ein wichtiges *municipium*) aus ins Etsch- und Eisacktal einfiel. Die völlige Kontrolle der Alpenpässe war eine unabdingbare Voraussetzung für die Festigung der Beziehungen zwischen Italien und den gallischen und germanischen Provinzen. Der Raum des nachmaligen Tirol gehörte drei römischen Verwaltungseinheiten an: *Rätien* (mit der Hauptstadt *Augusta Vindelicorum*/Augsburg), *Noricum* (*Virunum*/Zollfeld) und die sogenannte *X Regio Italiae*, auch *Venetia et Histria* (*Aquileia*/Aquila).

Die Römer machten sich um den Ausbau des Straßennetzes sehr verdient. Die *Via Claudia Augusta* führte vom Adriatischen Meer ins Etschtal und in den Vinschgau und von dort über den Reschen- und den Fernpass nach *Augusta*. Wichtig war außerdem die Straße, die über das Eisacktal und den Brenner nach *Veldidena*/Wilten führte. Eine weitere Handelsroute zog durch das Pustertal, vorbei an *Aguntum* (bei Lienz in Osttirol), neben *Tridentum* das zweite *municipium* im nachmaligen Tirol. Militärstützpunkte, Reste großer und kleiner Siedlungen und Fundstücke von teilweise hoher handwerklicher Qualität zeugen von der großen Bedeutung, die der Raum für den Handel zwischen den verschiedenen Teilen des Reiches hatte. Die ortsansässige Bevölkerung wurde durch eine allmähliche Angleichung in Sprache, Bräuchen

und religiösen Vorstellungen in die römische Gesellschaft integriert. In der Spätphase des Reiches breitete sich das Christentum aus; als Zentren sind die Metropolitankirchen von Mailand und Aquileja zu nennen. Seit dem 6. Jahrhundert sind die Diözesen Trient und Säben (das nachmalige Brixen) dokumentiert, beide dem Patriarchat Aquileja unterstellt.

Der Alpenraum unter Theoderich

Mit dem Untergang des weströmischen Reiches und nach einem kurzen Zwischenspiel Odoakers gelangte der Raum des nachmaligen Tirol unter die Herrschaft des Ostgotenkönigs Theoderich. Die Goten waren ein mit den Römern verbündeter Stamm (*foederati*), in Italien allerdings heftig bedrängt vom oströmischen Kaiser. Formell trat Theoderich immer als *König der Goten* und *Patricius der Römer* auf, die Oberhoheit des Herrschers in Konstantinopel nicht in Frage stellend. Sein politisches Ziel war ein friedliches Zusammenleben von Goten und Römern: Jenen sollten die militärischen Angelegenheiten obliegen, diesen die zivile Verwaltung und die Wirtschaft. Die Alpen bildeten ein Bollwerk gegen andere römisch-germanische Reiche im Norden. Die Militärkommandanten (*duces*) der alpinen Provinzen hatten für die Sicherheit der Grenze zu Italien zu sorgen. In einem berühmt gewordenen Schreiben lud Theoderich alle Bewohner seines Reiches, Goten und Römer, zur Zusammenarbeit bei der Verteidigung der Festung Verruca auf dem Doss Trento ein, die er als Schlüsselstelle bezeichnete.

Das Bündnis zwischen Langobarden und Bajuwaren

Nach einer kurzen Zeit byzantinischer Vorherrschaft befand sich ein großer Teil der italischen Halbinsel seit 568 unter der Herrschaft der Langobarden. Ihr Königreich zerfiel in mehrere weitgehend unabhängige Herzogtümer. Eines der wichtigeren war jenes von Trient, das im Norden bis in den Raum Bozen/Meran reichte. Fast zur selben Zeit, gegen Ende des 6. Jahrhunderts, kam es im Vinschgau zu Einfällen der Franken. Hier sollte der fränkische Einfluss für längere Zeit erhalten bleiben. Im Norden des Raumes setzten sich die Bajuwaren fest, die den Franken tributpflichtig waren. Sie drangen ins Oberinntal sowie ins Eisack- und Pustertal vor, wobei sie sich mit den Langobarden ins Einvernehmen setzten. Davon zeugen nicht zuletzt mehrere Heiraten: Die wichtigste war die zwischen König Authari und Theodelinde, der Tochter des

katholischen Bayernherzogs Garibald. Diese Verbindung wurde in der Folge als Wendepunkt im Prozess des Übertritts der Goten, die – gleich den meisten germanischen Stämmen – arianisch waren, zum römisch-katholischen Bekenntnis gewertet.



Weibliche langobardenzeitliche Grabbeigaben aus Civezzano (TN).
Corredo tombale femminile di età longobarda rinvenuto a Civezzano (TN).

Das Frankenreich

Im Jahr 774 wurde das Langobardenreich von Karl dem Großen unterworfen, der wenige Jahre später auch dem Bayernherzog Tassilo eine Niederlage bereitete. So wurde der gesamte Raum des nachmaligen Tirol zu einem Teil des Frankenreiches. Im Bereich des Rechtes und der Kultur konnten sich allerdings noch lange durchaus unterschiedliche Traditionen halten: die langobardische im Raum Trient, die fränkische im Vinschgau, die bayerische im Eisack-, Puster- und Inntal. Im Hohepustertal und im heutigen Osttirol

gab es auch slawische Einflüsse. Das Kloster Innichen, eine Gründung Tasilos III. aus dem Jahr 769, verdankte seine Entstehung der als dringlich empfundenen Notwendigkeit, die benachbarten Slawen zu christianisieren. Sehr langfristige Wirkungen hatte der Übergang der Diözese Säben vom Metropolitanverband von Aquileja zu jenem von Salzburg (798).

Karl der Große unterzog sein Reich einer grundlegenden administrativen Neuordnung in einem komplexen System von Grafschaften, Markgrafschaften und Herzogtümern. Doch bereits unter seinen Nachfolgern ging die Einheit des Reiches verloren. Die 843 erfolgte Teilung zwischen den Söhnen Ludwigs des Frommen betraf auch das nachmalige Tirol: Trient und das rechte Etschufer bis Meran fielen an das Königreich Italien (unter Lothar), die übrigen Täler an das Ostfränkische Reich (unter Ludwig dem Deutschen).

DIE LADINISCHE SPRACHE

In den Jahren nach dem Untergang des weströmischen Reiches setzte – nach einer anfänglichen Phase der Trennung – ein Prozess allmählicher Vermischung zwischen dem neuen Herrschervolk und der angestammten Bevölkerung ein. Die so entstandene Sprache war das Ergebnis der Romanisierung der „Räter“. Das in den Provinzen gesprochene Latein hatte das rätische Substrat in sich aufgenommen. Die Sprachwissenschaft weist auf das Bestehen gemeinsamer Merkmale der im Mittelalter weiter entwickelten Volkssprachen in weiten Teilen des alpinen Raums, von der Schweiz bis nach Friaul, hin. Diese Sprache wurde als Rätoromanisch, Romanisch oder Ladinisch bezeichnet. Unter dem Druck der Sprachen der politisch dominierenden Bevölkerungsgruppen erfuhr sie im Lauf der Jahrhunderte keine Weiterentwicklung. Nördlich des Alpenhauptkamms bereits im 12. Jahrhundert gänzlich verschwunden, konnte sie sich im Vinschgau und im Etschtal lange behaupten. In diversen Varianten ist sie im schweizerischen Graubünden (Rumantsch), rund um den Sellastock (Gadertal, Gröden, Fassa, Buchenstein und Ampezzo) sowie in Teilen des Trentino (Nons- und Sulzberg), Venetiens und Friauls bis zum heutigen Tag verbreitet.



KAP. II

Auf dem Kaiserweg

Die Entstehung der Grafschaft Tirol



Mit der Erneuerung des (mittlerweile auf Italien und Deutschland reduzierten) römischen Reiches durch Otto I., Herzog von Sachsen, im Jahr 962 wurden die alpinen Täler zu Schlüsselstellen auf dem Weg der römisch-deutschen Könige nach Italien. Die Bischöfe von Trient und Brixen wurden mit immer umfangreicheren weltlichen Herrschaftsrechten ausgestattet, so dass sie sich in vielerlei Hinsicht von weltlichen Fürsten nicht mehr unterschieden. Aus dem Kreis ihrer Vasallen gelang den nach ihrer Burg bei Meran benannten Grafen von Tirol ein steiler Aufstieg, vor allem aufgrund vogteilicher Befugnisse. In der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts schuf Meinhard II. von Görz-Tirol ein politisch und rechtlich homogenes Territorium. Im 14. Jahrhundert wurde die „Grafschaft“ Tirol aufgrund ihrer Wirtschaftskraft und der strategischen Lage zum Objekt der Begehrlichkeit der führenden politischen Kräfte in Mitteleuropa. Im Jahr 1363 fiel sie an die Herzöge von Österreich aus dem Haus Habsburg.



Detail aus der sogenannten „Adlerkasel“ des Bischofs Albuin, vielleicht das Geschenk eines Kaisers an den Bischof von Brixen um das Jahr 1000 (Brixen, Diözesanmuseum).

Particolare della cosiddetta “casula di Sant’Albuino” o “dell’aquila”, forse dono di un imperatore al vescovo di Bressanone intorno all’anno 1000 (Museo Diocesano di Bressanone).

Die Entstehung der geistlichen Fürstentümer

Rund die Hälfte der von den römisch-deutschen Königen zwischen dem 10. und dem 13. Jahrhundert unternommenen Italienzüge führte über den Brenner- oder den Reschenpass. Um sich diese Route dauerhaft zu sichern, machten die Könige den Bischöfen von Trient und von Säben/Brixen großzügige Schenkungen und sonstige Zugeständnisse. Die älteste erhaltene Urkunde zur Geschichte Tirols ist ein Immunitätsprivileg des Kaisers Ludwig der Deutsche an den Säbener Bischof Lantfried (845–848). Es ermöglichte dem Oberhirten die Verwaltung seiner Territorien in völliger Unabhängigkeit von den „ordentlichen“ Trägern öffentlicher Gewalt (Grafen, Markgrafen, Herzöge). Derlei Immunitätsprivilegien bildeten den Ausgangspunkt für die Entstehung geistlicher Fürstentümer: Diese „Hochstifte“ waren unmittelbar dem Reich unterstellt.

Eine besonders wichtige Schenkung war die der *curtis Prihsna* (die nachmalige Stadt Brixen) durch Ludwig das Kind im Jahr 901 an den Bischof von Säben. Noch vor der Jahrtausendwende wurde der Bischofssitz sodann vom Säbener Berg in den Brixner Talkessel verlegt.

Zu Beginn des 11. Jahrhunderts wurden den Bischöfen Grafschaftsrechte übertragen, jenem von Trient in Trient, Bozen und im Vinschgau, jenem von Brixen im Norital (Eisack- und Inntal) und (später) im Pustertal.

Adelsgeschlechter und Vögte des Bischofs

Zur Verwaltung der so entstandenen Territorien bestellten die Bischöfe sogenannte Vögte, in der Regel Angehörige der mächtigsten Adelsgeschlechter. Der *advocatus* saß im Namen des geistlichen Oberhirten zu Gericht, verteidigte die kirchlichen Güter und hob Steuern ein. Dafür erhielt er materielle Zuwendungen und Privilegien.

Die einheimischen Adelsgeschlechter waren in ein dichtes Netz verwandtschaftlicher Beziehungen eingebunden, das sich von Istrien bis in den schwäbischen Raum erstreckte. Einigen gelang eine Machtkonzentration in bestimmten Räumen, wie beispielsweise den Grafen von Morit-Greifenstein (Bozen, Pustertal), jenen von Andechs-Meranien (Bayern, Inntal, Istrien), den Gründern der Stadt Innsbruck, von Flavon (Nonsberg) oder von Eppan (Überetsch, Ultental).

Die den römisch-deutschen Königen im Ringen mit den Päpsten oder den oberitalienischen Kommunen geleistete Hilfe brachte den Bischöfen und

ihren Vögten große Vorteile, vor allem unter den Staufern. Besondere Erwähnung verdient der Trienter Bischof Friedrich von Wangen (1207–1218), ein enger Vertrauter Kaiser Friedrichs II. Neben vielen politischen Aufgaben machte er sich um die Verwaltung seines Fürstentums, insbesondere im Finanzwesen, sehr verdient. Der *Codex Wangianus* enthält u. a. eine der ältesten Bergwerksordnungen Europas.

Der Aufstieg der Grafen von Tirol

In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts besaßen die Grafen von Tirol, die sich nach ihrer Burg bei Meran benannten, Vorrang vor anderen Geschlechtern im werdenden Land. Die frühesten Nennungen reichen bis um 1140 zurück. Die wachsende politische Bedeutung beruhte auf den Grafschaftsrechten im Vinschgau und auf der Vogtei über das Hochstift Trient. Graf Albert III., ein treuer Parteigänger der Stauer, erlangte auch die Vogtei über Brixen; seine Herrschaft erstreckte sich, wenngleich unter verschiedenen Rechtstiteln, über weite Gebiete nördlich und südlich des Alpenhauptkamms (Inntal, Wipptal, Eisacktal, Etschtal, Vinschgau). Zu seinem politischen Kalkül gehörte nicht zuletzt eine gezielte Heiratspolitik, insbesondere Verbindungen mit den Grafen von Andechs und jenen von Görz, Vasallen des Patriarchats Aquileja. Der Herrschaftsbereich dieses Geschlechtes erstreckte sich vom Friaul bis ins Pustertal.

Mit Graf Albert III. erlosch 1253 die sogenannte ältere Linie der Grafen von Tirol, und die Herrschaft über die *Grafschaft Tirol* (diese Bezeichnung begann sich in den Urkunden zu behaupten) ging an Alberts Enkel Meinhard und Albert von Görz über. Im Jahr 1271 teilten die Brüder die Herrschaft: An Albert (von Görz-Tirol) fielen die görzischen Gebiete (bis zur Mühlbacher Klause), an Meinhard (von Tirol-Görz, daher II.) die tirolischen.

Meinhard II. schafft eine einheitliche Grafschaft

Meinhard II. gilt als der Schöpfer des Landes Tirol. Das Besondere an seinem Werk lag darin, dass er die Vielzahl seiner Herrschaften in politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht vereinte und die Macht der geistlichen Fürsten endgültig brach. Je nach Opportunität mit Klugheit oder mit Gewalt ans Werk gehend, wusste er auch die damals bestehende Schwäche der Zentralgewalt zu nutzen. Er heiratete Elisabeth von Bayern, die Witwe nach

dem Staufer Konrad IV.; seine Tochter gab er Rudolf von Habsburg (seit 1273 römisch-deutscher König) zur Frau. So verschaffte er sich Zugang zur politischen Bühne Europas. Der 1286 erworbene Titel eines Herzogs von Kärnten machte ihn zu einem Fürsten des Reiches. Im Süden pflegte er gute Kontakte zu den Skaligern, den mächtigen Herren von Verona.

Dank derlei Allianzen und seines diplomatischen Geschicks blieb die wiederholte Verhängung des Kirchenbanns, die Folge von Meinhards hartem Vorgehen gegen die Bischöfe von Trient und Brixen in der Allianz mit den Stauffern, ohne nachhaltigere Folgen. Zahlreiche Schenkungen an kirchliche Einrichtungen dienten seinem Image. Durch die Gründung der Zisterzienserabtei Stams schuf er für seine Familie eine Grablege.



Das Zisterzienserstift Stams westlich von Innsbruck, heute eine barocke Anlage, ist eine Gründung Meinhards II. Es diente den Tiroler Landesfürsten als Grablege.

L'abbazia di Stams, a ovest di Innsbruck, fu fondata da Mainardo II e affidata ai monaci cistercensi. Divenne sepolcro dei conti di Tirolo. La veste odierna è di epoca barocca.

EIN LAND, VIELE BEZEICHNUNGEN

Die Vielfalt der Bezeichnungen, die im Laufe der Zeit für ein bestimmtes Land verwendet wurden, ist Ausdruck sich verändernder politischer, wirtschaftlicher und kultureller Programme, mitunter freilich auch des Aufeinandertreffens einander widerstreitender Kräfte. Der weit verbreitete Begriff „das historische Tirol“ – auch „die gefürstete Grafschaft Tirol“ – bezieht sich auf das Gebiet, das bis zur Auflösung der Österreichisch-ungarischen Monarchie das *Kronland Tirol* ausmachte. Die Wurzeln liegen in der Zeit der Grafen von Tirol. Um die Mitte des 13. Jahrhunderts wurde *dominium comitis Tyrolis* (1254) üblich. Auf den unter Meinhard II. geprägten Münzen ist der Tiroler Adler mit der Umschrift *comes Tirol(is)* abgebildet; dadurch erreichte der Name sowohl nördlich als auch südlich der Alpen eine gewisse Bekanntheit. Schloss Tirol – und mit ihm die Herrschaft – finden in der Form *Tiralli* selbst in Dantes *Divina Commedia* Erwähnung. Neben dieser politischen Bezeichnung standen lange Zeit zwei geographische Begriffe, die sich auf die größten Flüsse bezogen: Land *an der Etsch* und im *Inntal*. Sie bezeichneten im Wesentlichen das Gebiet südlich und nördlich des Brenners. Bis ins 16. Jahrhundert begegnet *an der Etsch* nicht selten als Konkurrenzbegriff zu *Tirol* auch zur Bezeichnung der gesamten Grafschaft. Die bewusste Wahrnehmung einer tirolischen Identität setzte um die Wende zum 17. Jahrhundert ein; im 18. Jahrhundert entstand daraus die „tirolische Nation“.

In der Napoleonischen Ära sollte der Name *Tirol* überhaupt ausgelöscht werden: An seine Stelle trat *Südbayern*. Zwischen 1810 und 1813 hieß der südliche Teil des Landes (ab Gargazon im Etschtal bzw. Kollmann im Eisacktal) *Dipartimento dell'Alto Adige* („Verwaltungsbezirk Hochetsch“); dieses war ein Teil des napoleonischen Königreichs Italien mit der Hauptstadt Trient. Erst die Säkularisation der geistlichen Fürstentümer Trient und Brixen (1803) machte das historische Tirol von Kufstein bis Ala zu einem Territorium mit allen Merkmalen eines solchen.

Im 19. Jahrhundert begegnen immer häufiger auch „subregionale“ Bezeichnungen nach sprachlich-nationalen oder wirtschaftlichen Kriterien. Das nördliche Tirol und der deutschsprachige Teil südlich des Brenners hatten gemeinsame wirtschaftliche Interessen, beispielsweise im Handel und im Tourismus;

Zentren wie Innsbruck einerseits, Bozen oder Brixen andererseits entwickelten in kultureller und administrativer Hinsicht je eigene Profile. Die Sprachgrenze bei Salurn trennte *Deutschsüdtirol* vom italienischen Tirol (*Welschtirol*). Seit 1848 setzte sich in bürgerlichen Kreisen in Trient und Rovereto der Begriff *Trentino* durch. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts kam für das Gebiet zwischen Salurn und der Wasserscheide am Brenner auch der Begriff *Alto Adige* („Hochetsch“) auf. Vor allem aufgrund des Einflusses von Ettore Tolomei wurde er zur offiziellen Landesbezeichnung in der Zeit nach der Angliederung des südlichen Tirol an Italien (1919).

Dieses Datum bedeutet auch für andere geographische Bezeichnungen eine Zäsur. 1923 wurde in der neuen italienischen Provinz *Venezia Tridentina* (Trentino-Südtirol) die Verwendung des Namens *Tirol* (und aller davon abgeleiteten Begriffe) untersagt. Im gesamten deutschen Kulturraum galt *Südtirol* als Synonym für *Deutschsüdtirol*, während *Tirol* ein Bundesland der neu entstandenen Republik Österreich bezeichnete.

1919 ging die territoriale Verbindung des seither verstärkt als *Osttirol* bezeichneten Landesteils mit dem Rest des (österreichisch gebliebenen) Tirol verloren; damals wurden einige Gemeinden (Winnebach, Sexten, Innichen) vom Bezirk Lienz abgetrennt und zu Italien geschlagen. In den Jahren 1938–1947 war Osttirol ein Teil Kärntens.

Im ersten Autonomiestatut (1948) wurde für die Provinz Bozen der Name *Tiroler Etschland* verwendet, erst im zweiten (1972) begegnet *Südtirol*. Seit 2001 wird die Provinz in der italienischen Verfassung zweisprachig geführt: *Alto Adige-Südtirol*.

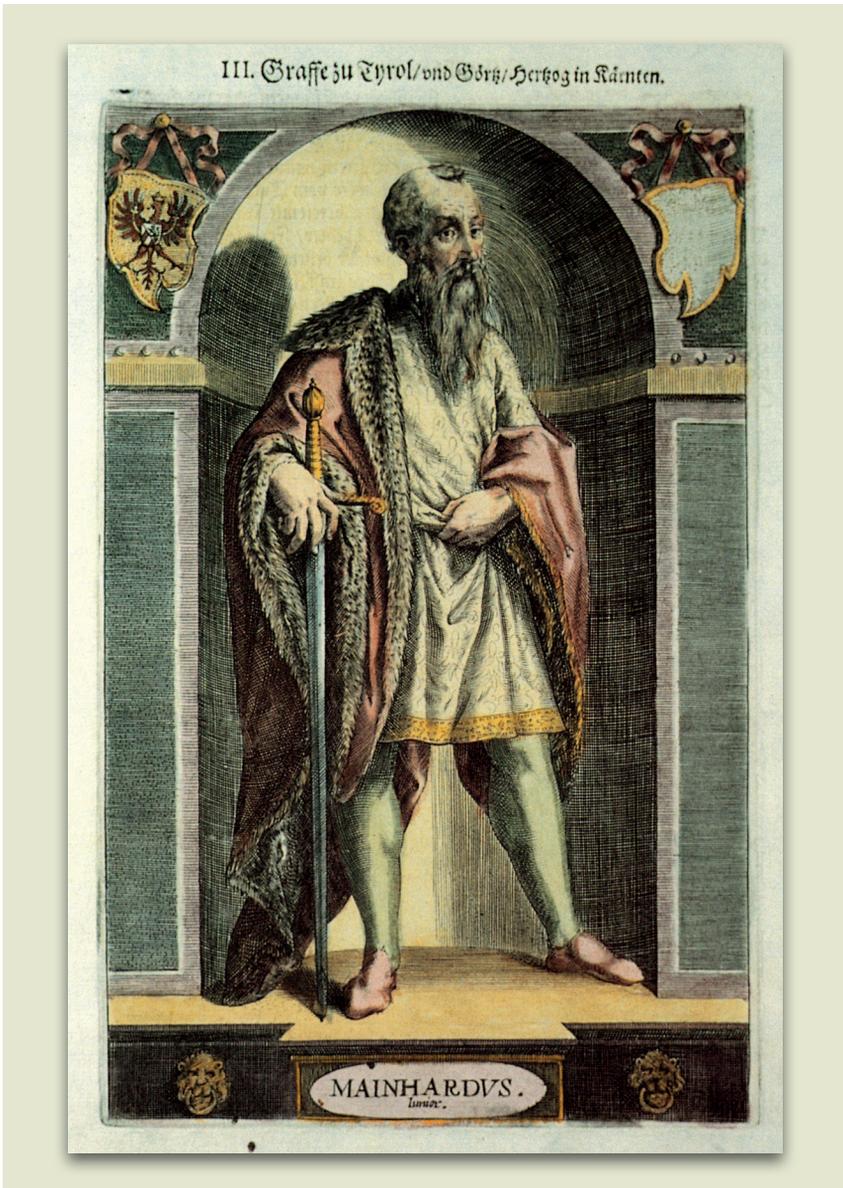
Eine „moderne“ Verwaltung

Meinhard gab seinem Land eine sehr effiziente Verwaltung, insbesondere durch die Vereinheitlichung des Rechts (*Landrecht*) und durch die Einteilung in Gerichtsbezirke, an deren Spitze besoldete Funktionäre standen, eine Art „Beamte“. Ziel des Landesfürsten war die Entmachtung des Adels und die Schaffung unmittelbarer Beziehungen zwischen Fürst und Untertanen. Mit diesem systematisch eingeleiteten Prozess der „Entfeudalisierung“ ging die Entfaltung einzelner Ortschaften und Märkte einher; mehrere von ihnen wurden zu Städten mit eigenem Recht erhoben und erhielten Handelsprivilegien. In einigen Tiroler Städten ließen sich Dynastien italienischer (häufig toskanischer) Kaufleute und Bankiers nieder. Die Münzstätte in Meran wurde vornehmlich von Florentinern betrieben: Das hier geprägte Geld, allen voran die „Adlergroschen“, erfreute sich im gesamten oberitalienischen Raum großer Verbreitung.

Die aus den einzelnen Verwaltungsbezirken bezogenen Einnahmen wurden in Urbaren in akribischer Weise verzeichnet. Seit 1288 führte die meinhardinische Kanzlei Rechnungsbücher im strengen Sinn des Wortes, in denen Einnahmen und Ausgaben genau verzeichnet wurden. Eine der wichtigsten Quellen von Meinhards Reichtum war die Saline in Hall in Tirol.

Margarete, die letzte Gräfin von Tirol-Görs

1295 folgten Meinhard seine drei Söhne als Tiroler Landesfürsten nach. Sie besaßen indes nicht seine politische Klugheit und seine Kompetenz im wirtschaftlichen Bereich. Gleichwohl weckte Tirol wegen seines Reichtums bei führenden Mächten Europas hohe Ambitionen. Als mit Herzog Heinrich (der kurzzeitig auch König von Böhmen war) der letzte männliche Deszendente der „Meinhardiner“ gestorben war, übernahm dessen Tochter Margarete die Herrschaft. Mit nur zwölf Jahren wurde sie mit Johann Heinrich von Luxemburg verheiratet, dem erst achtjährigen Sohn des Königs von Böhmen. Zur Verteidigung der Interessen seines Hauses schickte dieser seinen älteren Sohn, den nachmaligen Kaiser Karl IV., ins Land. Diese Situation erweckte den Widerstand des Kaisers: Ludwig der Bayer hatte das Ziel, Johann Heinrich zu verdrängen, und er hatte dabei auch den Tiroler Adel auf seiner Seite. Der Überlieferung nach versperrte Margarete am Allerseelentag des Jahres 1341 ihrem Gemahl nach einer Jagd die Tore von Schloss Tirol und forderte ihn auf, das Land zu verlassen. Wenig später feierte sie in Meran



Meinhard II. (Kupferstich von Dominicus Custos, 1599).
Mainardo II in una calcografia di Dominicus Custos (1599).

Hochzeit mit Markgraf Ludwig von Brandenburg, dem Sohn des Kaisers. Der Streit zwischen den Häusern Wittelsbach und Luxemburg führte in Tirol zu bewaffneten Auseinandersetzungen; Schloss Tirol wurde besetzt. Der Papst verweigerte der zweiten Ehe der Landesfürstin die Anerkennung und belegte das Land mit dem Interdikt. Im Zuge übler Propagandaaktionen entstand von Margarete das Bild einer moralisch anrühigen und physisch entstellten Frau, wie insbesondere der Name *Maultasch* bezeugt.

Gleichwohl konnte sich das Herrscherpaar behaupten - auch dank des Rückhaltes, den es bei den führenden Schichten des Landes besaß. 1342 bestätigte Ludwig der Brandenburger den Tirolern ihre hergebrachten Rechte: Die Urkunde ist als *Großer Tiroler Freiheitsbrief* in die Geschichte eingegangen.

Die Herrschaft der Wittelsbacher in Tirol war freilich nur von kurzer Dauer. Beim Tod ihres einzigen Sohnes (Meinhard III.) übertrug Margarete das Land den Habsburgern als ihren „nächsten Verwandten“. Der feierliche Akt der Übergabe an Herzog Rudolf IV., den „Stifter“, erfolgte am 26. Januar 1363 in Bozen. Die darüber ausgestellte Urkunde trägt die Siegel von 14 größtenteils adeligen Vertretern des Landes. Margarete starb wenige Jahre später in Wien.

In Zusammenhang mit der Übernahme der Vogtei schloss Herzog Rudolf mit dem Bischof von Trient die sogenannten Kompaktaten, einen Vertrag, der die Unterordnung des Hochstifts unter die Grafschaft Tirol festschrieb.

KAP. III

Landtage, Fürsten und Reformen zwischen Autonomie und Zentralismus

Tirol und die Politik der Habsburger
(15.–18. Jahrhundert)

Wie eine „Brücke“ zwischen den östlichen und den westlichen Ländern der Habsburger gelegen, gewann Tirol (das durch den Bergbau auch wirtschaftlich beste Voraussetzungen hatte) in der Zeit der Kriege gegen die Schweizer Eidgenossenschaft und gegen die Republik Venedig erhöhte strategische Bedeutung. Die Krise der Landwirtschaft einerseits und die aufrührerische Wirkung der Predigten lutherischer Geistlicher führten 1525 zu einem Bauernaufstand unter der Führung von Michael Gaismair. Nur zwei Jahrzehnte später wurde Trient zum Schauplatz eines großen Konzils. Im 17. und 18. Jahrhundert schränkte die zentralistische Politik der Habsburger die Handlungsspielräume der Tiroler Stände im Bereich der Steuerbewilligung und der Verwaltung stark ein. Seit 1665 hatte Tirol überdies keinen im Land residierenden Landesfürsten mehr. Gleichwohl blieb ein starkes Bewusstsein von der im Landlibell von 1511 festgeschriebenen Autonomie erhalten.



Auch Tirol sah sich gezwungen, die sogenannte Pragmatische Sanktion (1713) zu akzeptieren: Mit ihr begann die Herausbildung einer spezifisch österreichischen Identität, während das Gefühl der Zugehörigkeit zum Heiligen Römischen Reich zunehmend schwächer wurde. Die Reformen aufgeklärter Herrscher im 18. Jahrhundert hatten tief greifende und nachhaltige Auswirkungen auf die Gesellschaft; zumal im religiösen Bereich stießen sie auf heftige Widerstände.

Die politische Bedeutung der Tiroler Stände



Tirol stellte für die Habsburger ein Verbindungsglied zwischen ihren Erbländern in der Schweiz und im Südwesten des Reiches und jenen im Osten dar. So wurde das Land nun auch zu einem Angelpunkt auf der Ost-West-Achse. Im Zuge einer 1379 durchgeführten Länderteilung zwischen den Brüdern Albert III. und Leopold III. fiel Tirol an die leopoldinische Linie der Habsburger; später wurde es einem als Oberösterreich bezeichneten Länderkomplex zugeordnet. Das Treueverhältnis zwischen dem Tiroler Adel und den neuen Landesfürsten wurde durch das 1386 in der Schlacht bei Sempach gegen die Schweizer Eidgenossen vergossene Blut gleichsam besiegelt; Leopold III. fand dabei den Tod. 1420 wurde – wegen der größeren Nähe zu den Zentren politischer Macht – das Verwaltungszentrum von Meran nach Innsbruck verlegt. In diesem zeitlichen Umfeld (1404) erhielten die Bauern gewisse Garantien besitzrechtlicher Natur.

Der Tiroler Landesfürst Herzog Friedrich IV. (1406–1439) hatte sich anti-habsburgischen Offensiven von Seiten der Eidgenossen einerseits und einer inner-tirolischen Adelsopposition andererseits zu stellen. Den Höhepunkt erreichten seine Schwierigkeiten auf dem Konzil von Konstanz (1414–1418), wo er durch die Unterstützung des flüchtigen Gegenpapstes Johannes XXIII. politisch ausgegrenzt wurde; es dauerte Jahre, bis er sich von der Reichsacht lösen und die Herrschaft zurückgewinnen konnte. In dieser schwierigen Phase konnte er sich eines großen Rückhaltes bei Bauern und Bürgern erfreuen; seinerseits verlieh er ihnen Privilegien, die ihnen im Verhältnis zum Adel zu mehr Gewicht verhalfen. Damals begann die sogenannte „Land-





Detail aus dem die Monate des Jahres darstellenden Freskenzyklus im Adlerturm des Schlosses Buonconsiglio in Trient (ca. 1400).

Particolare del Ciclo dei Mesi nella Torre Aquila del Castello del Buonconsiglio di Trento (1400 ca.).

schaft“, die Vertretung der Stände (Geistlichkeit, Adel, Städte, Gerichte), eine aktive politische Rolle als Widerpart zum Landesfürsten zu spielen.

Mit Blick auf das Hochstift Trient ist in diesem Zusammenhang eine Episode von 1407 von Belang: Damals stellte sich der *capitano del popolo* („Volksführer“) Rodolfo Bellenzani an die Spitze einer Erhebung gegen den aus Mähren stammenden Fürstbischof Georg von Liechtenstein.

Das Ringen zwischen Bischof und Landesfürst

Der Sohn und Nachfolger Friedrichs IV., Sigmund „der Münzreiche“, geriet in harte Auseinandersetzungen mit dem Brixner Bischof, dem Humanisten und Theologen Nikolaus von Kues. Dieser vertrat in seinem Bestreben, verloren gewähnte Rechte seines Hochstifts (vor allem das Bergrecht) zurückzugewinnen, die These, der Tiroler Landesfürst sei ein Vasall der Brixner Kirche. Der daraus entstandene Streit wurde vor Kaiser und Papst ausgetragen. Cusanus verhängte das Interdikt über das Land; seinerseits wurde er auf Schloss Bruneck gefangen gehalten. Letztendlich erwies sich Sigmund in diesem Streit als der Stärkere.

Unter Herzog Sigmund erlebte der Bergbau in Tirol (vor allem in Schwaz und in Gossensass) eine Blütezeit. Die Münzstätte wurde von Meran nach Hall, in die Nähe der Abbaugebiete also, verlegt; die Tiroler Gold- und Silbergulden waren in weiten Teilen Europas bekannt.

Zusammen mit dem Fürstbischof von Trient führte der Landesfürst einen Angriffskrieg gegen die Republik Venedig, die Rovereto und Teile des Lagertals besetzt hatte. Trotz eines Sieges bei Calliano (1487) – in dieser Schlacht verlor der berühmte Venezianer Söldnerführer Roberto di Sanseverino sein Leben – bedeutete dieser Krieg für das Land nichts als unnötige Opfer. 1490 trat Sigmund, der keine legitimen Erben besaß, unter dem Druck der Stände die Herrschaft an Maximilian, den Sohn Kaiser Friedrichs III., ab.

Im Zentrum des Reiches

Unter Kaiser Maximilian I., römisch-deutscher König bereits seit 1486 und Tiroler Landesfürst seit 1490, spielte Tirol auch auf gesamteuropäischer Ebene eine zentrale politische Rolle. In erster Ehe mit Maria von Burgund, einer Tochter Karls des Kühnen, verheiratet, deren Länder die habsburgische Hausmacht erweiterten, verband er sich nach ihrem frühen Tod mit Bianca

Maria Sforza aus dem Haus des mächtigen Herrn von Mailand Ludovico il Moro. Diese Frau machte Innsbruck zu ihrer ständigen Residenz.

Im Jahr 1500 erfuhr Tirol eine bedeutende territoriale Erweiterung: Durch das Aussterben der Grafen von Görz fielen nun auch die 1271 an Graf Albert gefallen Gebiete, im Wesentlichen das Pustertal und das heutige Osttirol, an die Grafschaft Tirol. 1504 kamen die bisher bayerischen Gerichte Rattenberg, Kufstein und Kitzbühel, 1511 das ladinische Ampezzo dazu.

Im Juli 1511 verabschiedete der Tiroler Landtag das sogenannte *Landlibell*. Vordergründig handelte es sich um eine Zuzugsordnung (samt der Zusage, dass die Tiroler nur zur Verteidigung des eigenen Landes, nicht aber zu Kriegseinsätzen außerhalb desselben gezwungen werden könnten), geregelt wurden aber auch steuerliche Aspekte und das Verhältnis der beiden reichsunmittelbaren Hochstifte zur Grafschaft Tirol. Dieses Dokument, dem Maximilian die Form einer feierlichen Urkunde verlieh, behielt in manchen Teilen seine Gültigkeit bis ins 19. Jahrhundert.

Maximilian führte in seinen Ländern diverse rechtliche und wirtschaftliche Reformen durch, die sich auch langfristig als entscheidend erwiesen. Den Bauern verhalf er zu mehr sozialer Sicherheit, indem er das sogenannte *Erbbaurecht* gesetzlich verankerte, das sie gegen willkürliche Aufkündigung ihrer Pachtverträge durch die Grundherren schützte. In seiner Steuerpolitik folgte er Prinzipien, die den ständischen Anliegen zuwiderliefen. Auch auf Reichsebene bemühte er sich um zentralistische Reformen, hier allerdings ohne Erfolg.

Unter Maximilian wurde Tirol aufgrund der ständigen Kriege des Landesfürsten an die Grenzen seiner finanziellen und menschlichen Ressourcen geführt. Im Jahr 1499 erlitt das kaiserliche Heer in der Schlacht an der Calven (bei Glurns im Vinschgau) eine vernichtende Niederlage gegen die Schweizer Eidgenossen. Dieses Ereignis und das Vordringen des Protestantismus im Engadin standen am Beginn eines Prozesses der Entfremdung zwischen den ladinischen Bevölkerungsteilen im Vinschgau und in Graubünden. Der lang währende Krieg gegen die Republik Venedig (seit 1508) brachte im Süden des Landes einige wichtige territoriale Zugewinne (Rovereto).

Der Bauernaufstand von 1525

Im Jahr 1525 wurde auch Tirol von den großräumig zu beobachtenden, durch die Predigten lutherischer Geistlicher mächtig vorangetriebenen

bäuerlichen Unruhen erfasst. Die eigentlichen Ursachen waren indes wirtschaftlicher und rechtlicher Natur. Die damals erfolgende Rezeption des römischen Rechtes schien das vertraute Gewohnheitsrecht auf Gemeinde- und Gerichtsebene außer Kraft zu setzen. Zumal in bäuerlichen Gemeinden waren das Jagd- und das Fischereirecht sowie die Nutzung der Allmende (gemeinschaftliches Eigentum) wichtige Anliegen der Untertanen. Die hohe Verschuldung der Habsburger bei großen Handels- und Finanzgesellschaften, wie beispielsweise den Fugger aus Augsburg, hatte zur Folge, dass sich der „gemeine Mann“ von fremden Mächten übervorteilt fühlte.

Der Bauernaufstand entzündete sich am 9. Mai 1525 in Brixen, als aufgebrachte Bauern den zum Tode verurteilten Peter Passler gewaltsam befreiten. Er hatte dem Fürstbischof öffentlich die Feindschaft erklärt, weil dieser seiner Familie ein althergebrachtes Recht entzogen hatte. Die Bauern griffen die bischöfliche Residenz an und plünderten mehrere Kirchen und Klöster. Vor allem ging es ihnen darum, die Urbare zu vernichten, jene Bücher, in denen die von ihnen zu entrichtenden Abgaben verzeichnet waren. An die Spitze der Aufständischen stellte sich Michael Gaismair aus Sterzing, Abkömmling einer bäuerlichen Familie, die sich auch im Bergbau engagiert hatte, und vormals Sekretär des Fürstbischofs. Auf zwei Landtagen, in Meran und in Innsbruck, hielten Vertreter der Bauern und der Bürger ihre Forderungen schriftlich fest. Landesfürst Erzherzog Ferdinand schien anfänglich zum Gespräch bereit zu sein, schließlich ließ er Gaismair aber festnehmen, nachdem er ihn zu sich geladen hatte. Dem Bauernführer gelang die Flucht. In Zürich lernte er die Thesen des Reformators Ulrich Zwingli kennen, die in der sogenannten „Bauernlandesordnung“ einen Niederschlag fanden. Das Konzept einer das Recht der Gemeinden wahren „Republik“ von Bauern und Knappen, in der es keine Standesunterschiede und keine kapitalistischen Wirtschaftsformen geben sollte, trug stark utopische Züge.

Der Landesfürst und die Fürstbischöfe gewannen die Kontrolle über das Land bald zurück und gingen mit den Aufständischen hart ins Gericht. Gaismair, der auch an einem Aufstand im Salzburgischen teilnahm, begab sich schließlich als Söldnerführer in den Dienst der Republik Venedig. 1532 wurde er in Padua ermordet: Die Habsburger hatten ein Kopfgeld auf ihn ausgesetzt.

Mit besonderer Grausamkeit wurden in Tirol auch die Wiedertäufer verfolgt. Ihre Gemeinschaft wird nach Jakob Huter aus St. Lorenzen benannt,

der zusammen mit einer Vielzahl an Anhängern, auch Frauen und Kindern, gefangen genommen und getötet wurde. Jene „Hutterer“, die mit dem Leben davorkamen, gründeten in Mähren eigene Gemeinden. Im 19. Jahrhundert ließen sie sich in Kanada und in den USA nieder, wo die *Hutterian Brethren Church* noch heute aktiv ist.



Die Münzstätte Hall in einem Holzschnitt aus dem frühen 16. Jahrhundert.
La zecca di Hall in una xilografia dei primi del Cinquecento.

Das Konzil von Trient

1545–1563 war die Bischofsstadt Trient Schauplatz eines Konzils, das die Einheit der Kirche wiederherstellen sollte. Unter Bischof Bernhard von Cles, einem bedeutenden Humanisten, Mäzen und Diplomaten, hatte das geistliche Fürstentum einen sichtlichen Aufschwung genommen. Die Bevölkerung Trients war mehrheitlich italienisch, aber Stadt und Hochstift waren Teil des Römisch-Deutschen Reiches, und es schien, dass alle Voraussetzungen einer Begegnung zwischen geistlicher und weltlicher Macht gegeben seien. In Trient fanden die wichtigsten Sessionen des Konzils statt; zu manchen Zeiten wich die Versammlung allerdings in andere Städte aus oder wurde unterbrochen. Eine Vielzahl an Kardinälen und Bischöfen aus den wichtigsten Ländern Europas widmete sich nicht nur der Bekämpfung des Protestantismus (daher die Bezeichnung „Gegenreformation“), sondern trug durch Beschlüsse lehramtlichen und disziplinären Charakters in grundlegender Weise zur inneren Erneuerung der Kirche bei („katholische Reform“). Die Habsburger bedienten sich der kirchlichen Institutionen auch zur Festigung ihrer Herrschaft. Dies bedeutete indes nicht, dass der stets latente Konflikt zwischen Landesfürsten und Fürstbischöfen in Tirol aufgehört hätte.

Zwischen 1564 und 1665 wurde Tirol von Landesfürsten oder Gouverneuren regiert, die in Innsbruck residierten. Dort entstand eine höfische Kultur, in der künstlerische und literarische Einflüsse aus dem Norden und aus dem Süden eine glanzvolle Synthese eingingen. Besondere Erwähnung als Mäzen verdient Erzherzog Ferdinand II. (1572–1583), der Schloss Ambras im Stil der Renaissance ausgestaltete und zum Zentrum reicher Sammlungen (Porträts, Waffen und „Wunder“) machte.

Der Geist der „Gegenreformation“ bewirkte eine sichtliche Zunahme sogenannter Hexenprozesse (aus Tirol kennt man bislang rund 250); dieser bedauerlichen Entwicklung konnte erst im beginnenden 18. Jahrhundert ein Ende gesetzt werden.

Eine tüchtige Erzherzogin

Eine herausragende Verwalterin war Erzherzogin Claudia, Deszendentin der berühmten Florentiner Familie der Medici. Nach dem Tod ihres Gemahls, Erzherzog Leopolds V., war sie Regentin von Tirol anstelle ihrer Söhne (1632–1646). Diese Aufgabe fiel ihr in der schweren Zeit des Dreißigjährigen Krieges zu, der auch auf die Wirtschaft sehr ungünstige Auswirkungen hatte. Unterstützt von fähigen Ratgebern, darunter Kanzler Wilhelm Biener, errichtete Claudia an den Grenzen des Landes (Ehrenberg, Scharnitz) mächtige Festungsbauten, ließ die Hochstifte ihre energische Hand fühlen und traf Maßnahmen zur Belebung des Handels. Eng mit ihrer Person verbunden ist der sogenannte Merkantilmagistrat in Bozen, ein 1635 errichtetes Sondergericht für die Besucher der in dieser Stadt regelmäßig abgehaltenen Messen; hier wurde auch der Wechselkurs der Währungen festgelegt. Die Bozner Messen waren ein wichtiger Treffpunkt von Kaufleuten aus dem deutschen und aus dem italienischen Sprachraum. Der Vorsitz im Gericht war paritätisch geregelt.

SIMONINO UND ANDERL: ZWEI JUDENFEINDLICHE LEGENDEN

Zu den unrühmlichen Erscheinungsformen barocken Glaubensverständnisses gehören zwei jüdenfeindliche Legenden, die erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von der katholischen Kirche mit Entschiedenheit verurteilt wurden. Die eine bezog sich auf den vermeintlichen Ritualmord eines christlichen Kindes (Simon, *Simmele*) durch die in Trient ansässigen Juden im Jahr 1475. Bischof Johann Hinderbach ging in aller Härte gegen sie vor; mehrere Personen wurden gefoltert und grausam hingerichtet. Er förderte auch den Kult des „seligen Simon“, dem 1588 die offizielle Anerkennung der Kirche zuteil wurde.

In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts entstand - maßgeblich auf Betreiben des gelehrten Haller Stadtarztes Hippolyt Guarinoni - die Legende von einem weiteren Ritualmord, zu dem es im Jahr 1462 in Rinn (bei Innsbruck) gekommen sei. Der Kult um das Kind Andreas (*Anderl*) gab Anlass zum Bau einer Pilgerkapelle (Judenstein). Diese Wallfahrt wurde von der Kirche erst 1994 offiziell aufgehoben.

Letzte Reste der alten „Freiheiten“

In der Zeit der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert gab es vereinzelt Ereignisse, die an ein Wiedererwachen tirolischen Landesbewusstseins denken ließen. 1669 wurde die Universität Innsbruck gegründet; sie stand unter der Leitung der Jesuiten. 1703, im Zuge des Spanischen Erbfolgekrieges, stellten Tiroler Aufgebote ihre Schlagkraft unter Beweis, indem sie im Alleingang eine bayerische Invasion abwehrten („Boarischer Rummel“). Zwischen 1724 und 1728 entstand in Innsbruck ein neues, vom Selbstbewusstsein der Stände zeugendes Landhaus.

Damals führten die Habsburger beinahe ständig Kriege zur Festigung ihrer Hausmacht und zur Behauptung ihrer Rolle auf der europäischen Bühne. Innenpolitisch reagierten sie auf die Krise mit verstärktem Zentralismus. Diese der Autonomie der Länder höchst abträgliche Entwicklung bekam auch die Tiroler Landschaft deutlich zu spüren. Im Jahr 1713 schrieb Karl VI. in der *Pragmatischen Sanktion* die Untrennbarkeit und Unteilbarkeit der Länder fest und regelte die Nachfolge zu Gunsten seiner eigenen Nachkommen, auch in weiblicher Linie. Der Tiroler Landtag hatte keine andere Wahl als dieses Gesetz anzunehmen (1720). Für viele habsburgische Länder bedeutete dies den Übergang von einer Personalunion zu einer Realunion.

Ein „Sturm“ von Reformen

Die Reformen Maria Theresias (1740–1780) und ihres Sohnes Josef II. (Mitregent in den österreichischen Ländern seit 1765, Römisch-Deutscher Kaiser 1780–1790) waren dem Konzept einer Vereinheitlichung und effizienten Verwaltung der Länder geschuldet. Sie hatten nachhaltige, mitunter als radikal empfundene Auswirkungen auf fast alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens. In den Ländern wurden die Vorgaben aus Wien durch ein sogenanntes *Gubernium* umgesetzt: Hier war eine neue, gezielt ausgebildete Funktionärsschicht tätig, die früher dem Adel anvertraute Agenden nach einheitlichem Schema durchführte. Der „Theresianische Kataster“ sollte ein gerechteres und effizientes Steuersystem ermöglichen. 1774 wurde die allgemeine Schulpflicht eingeführt.

Besonders energische Maßnahmen traf Josef II. auf religiösem Gebiet: Beschauliche Orden wurden aufgehoben, Bruderschaften aufgelöst, zahlreiche Feiertage abgeschafft, Äußerungen religiösen Brauchtums verboten.

Ein zentraler Fonds diente der Finanzierung der Seelsorge; die Priester wur-

den in die Rolle von Beamten des Staates gedrängt, der auch ihre Besoldung übernahm. 1781 ermöglichte der Kaiser durch das sogenannte *Toleranzedikt* auch den Anhängern anderer Bekenntnisse als des katholischen die private Ausübung ihres Kultes. Überall, auch in Tirol, wurden diese Maßnahmen als höchst unwillkommene Eingriffe in bewährte Strukturen empfunden.

Die Kompetenzen der Länder erfuhren weitere Einschränkungen, insbesondere im Steuerwesen und bei der Besetzung von Schlüsselpositionen. Zwischen 1773 und 1790 (Todesjahr Josefs II.) waren das Amt des (staatlichen) Gouverneurs und jenes des Landeshauptmanns vereint. Leopold II., Josefs Bruder und Nachfolger, nahm einige von dessen Maßnahmen (etwa die Militärkonskription) zurück und bemühte sich darum, das Einvernehmen mit den Ständen wiederherzustellen. Im Jahr 1790 konnte ein sogenannter offener Landtag stattfinden.

Die philosophisch-kulturellen Aspekte der Aufklärung erreichten in Tirol nur eine schmale Schicht aus Adeligen und Vertretern des städtischen Bildungsbürgertums. Es entstanden Freimaurerlogen und gelehrte Gesellschaften (*Academia Taxiana* in Innsbruck, *Accademia degli Agiati* in Rovereto).



Allegorie der Gerechtigkeit und des Friedens, die Italien und Deutschland durch den Handel verbinden (Alessandro Marchesini 1698, Merkantilgebäude in Bozen).

Quadro allegorico sulla Giustizia e la Pace che uniscono Italia e Germania attraverso il commercio (Alessandro Marchesini 1698, Palazzo Mercantile di Bolzano).

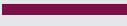




KAP. IV

Der Mythos des Jahres 1809

Tirol in den Koalitionskriegen gegen Frankreich



Die Napoleonische Epoche (1796–1814) war eine für die Herausbildung einer tirolischen Identität entscheidende Phase, so sehr, dass die Nachwelt von einem „Heldenzeitalter“ sprach. Immer wieder wurde Tirol in die Kriege der verbündeten europäischen Monarchen gegen das revolutionäre Frankreich eingebunden.

1809 erhoben sich die Tiroler, nicht ohne den Druck Österreichs, gegen das Königreich Bayern zur Verteidigung vermeintlich alter Werte, darunter des christlichen Glaubens. Andreas Hofer, Wirt aus dem Passeiertal, wurde zum „Helden“ dieser kurzen, insgesamt unglücklichen Erhebung. Die Nachwelt hat ihn zu einer mythischen Figur hochstilisiert und für diverse politische Anliegen instrumentalisiert.

Gefahr aus Frankreich

1796, als bekannt wurde, dass die französische Armee in Italien einfallen würde, wurden in ganz Tirol sowohl die Schützen als auch der Landsturm, das Aufgebot aller Waffenfähigen, in Alarmbereitschaft gesetzt. Am 1. Juni gelobten Vertreter der Stände in Bozen die jährliche feierliche Begehung des Festes des Herzens Jesu. Nach einer Pause von einigen Monaten nahm die französische Armee im Frühjahr 1797 ihre Angriffe wieder auf. Von Trient aus vorrückend, besetzten die Franzosen Bozen und Brixen, um über das Pustertal schließlich Wien zu erreichen. Am 2. April kam es in Spinges am Eingang des Pustertals zu einem Gefecht, das zwar militärisch keineswegs von Belang war, dafür aber um Katharina Lanz eine Legende entstehen ließ, die diese Frau später, im Zeitalter des Nationalismus, zu einer Identifikationsfigur der Ladinier machte. Die Bauernmagd aus Enneberg habe die Gegner mit einer Heugabel abgewehrt. Außer ihr erregten auch andere Frauen wegen ihrer „patriotischen“ Leistung Aufmerksamkeit, im nördlichen Tirol Therese von Sternbach, im südlichen Giuseppina Negrelli.

1803: Die staatsrechtliche Integration der Hochstifte Trient und Brixen

Der Krieg endete mit einer Niederlage Österreichs. Im Frieden von Campoformio (1797) gingen Belgien, die Lombardei, Modena und Mantua verloren; gewonnen wurde das Gebiet der ehemaligen Republik Venedig. Die auch im zweiten Koalitionskrieg (1799–1801) erlittene Niederlage zwang Österreich dazu, die Wiederherstellung von Republiken auf italischem Boden und die Gründung der Helvetischen und der Batavischen Republik (Niederlande) zuzulassen. Mehrere Staaten, darunter Bayern, lehnten sich eng an Frankreich an. Eine wichtige Folge des Friedens von Lunéville (1801) war die „Säkularisation“ der vormals reichsunmittelbaren Hochstifte. Vor allem die am Rhein und in Westfalen gelegenen sollten – als Ersatz für die an Frankreich verlorenen linksrheinischen Gebiete – bereits bestehenden oder neu geschaffenen Staaten einverleibt werden. Dieser Beschluss erhielt die formelle Zustimmung einer in Regensburg tagenden außerordentlichen Deputation des Reiches (1803). So wurden auch die Territorien von Trient und Brixen zu rechtlich gleichgestellten Teilen der Grafschaft Tirol.



Holzchnitt aus dem Jahr 1796 (vielleicht von Jakob Plazidus Altmutter), der einen Adligen, einen Bürger und einen Bauern bei der gemeinsamen Verteidigung des Landes darstellt.

Incisione del 1796 (forse di Jakob Plazidus Altmutter) con un nobile, un borghese e un contadino uniti nella lotta per la difesa della patria.

DAS HERZ JESU UND DIE TIROLER

Die Verehrung des Herzens Jesu war in Tirol seit der Barockzeit weit verbreitet. Die Volksmissionen der Jesuiten im 18. Jahrhundert trugen diesen Kult bis in die periphersten Regionen. Die Bedenken „rationalistischer“ Theologen fanden kein Gehör: Zu stark war die emotionale Wirkung, die der Kult gerade auf die unteren Schichten übte. Der *Herz Jesu-Bund* vom Juni 1796 sollte Gottes Hilfe in einer besonders schwierigen Situation herbeiführen.

Ziel des „Bündnisses“ des Landes mit dem Herzen Jesu war eine möglichst vollständige Mobilisierung der Bevölkerung, aber auch die Bekräftigung der Bedeutung des katholischen Bekenntnisses in einem Land, dessen Glauben durch Reformen im Zeichen der Aufklärung aufgeweicht zu sein schien. Außerdem wuchsen die Vertreter der Stände durch diese Aktion in die Rolle direkter Vermittler zwischen Gott und der gesamten Bevölkerung hinein. Dies konnte auch als Symbol der politischen Autonomie der – faktisch stark geschwächten – Landschaft gedeutet werden.

Bereits vor 1796 war das Herz Jesu eines der stärksten Symbole antijakobinischer Volkserhebungen in Frankreich gewesen, etwa 1793 in der Vendée. In Tirol wurde die Einheit religiöser und politischer Werte bei späteren feierlichen Erneuerungen des Bundes zelebriert. Diese sollten den Landespatritismus stärken und die territoriale sowie die Glaubenseinheit erhalten.

1806: Tirol unter Bayern und das Ende des Heiligen Römischen Reiches

Mit dem Sieg im dritten Koalitionskrieg baute Frankreich seine Vorherrschaft in Europa noch weiter aus. Im Frieden von Pressburg vom 26. Dezember 1805 verlor Österreich Venetien (mit Istrien und Dalmatien) an das neu entstandene Königreich Italien; Tirol fiel an das 1806 vom Herzogtum zu einem Königreich erhobene Bayern. Damals (und endgültig 1815) verlor Österreich auch das, was von den ehemaligen Vorlanden (Vorderösterreich) noch geblieben war, an Baden, Württemberg und Bayern.

Den Untergang des Heiligen Römischen Reiches in naher Zukunft voraussehend, nahm Kaiser Franz II. am 11. August 1804 den Titel „Kaiser von Öster-

reich“ an. Zwei Monate zuvor hatte sich Napoleon zum „Kaiser der Franzosen“ ausgerufen; im Dezember setzte sich der Korse selbst eine Krone aufs Haupt. Zwei Jahre später, am 6. August 1806, legte Kaiser Franz (II./I.) den Titel „Römischer Kaiser“ ab, kurz nachdem sich mehrere aus dem Reich ausgetretene Staaten unter dem Protektorat Napoleons zum Rheinbund zusammengeschlossen hatten. Das Ende des Reiches bedeutete für die europäische Geschichte eine tiefe Zäsur; die Zeit danach brachte eine völlig neue Auffassung von staatlicher Macht, die auch die rechtlichen Beziehungen zwischen Herrschaft und Untertanen grundlegend veränderte.

Die Reformen in bayerischer Zeit

Das junge Königreich Bayern führte eine Vielzahl zentralistischer Reformen nach französischem Muster durch. Geradezu als Markstein auf dem Weg zu einem modernen Staat war die – allerdings vom König gegebene – Verfassung vom Jahr 1808 gedacht. Tirol wurde – unter dem Namen Südbayern – in drei Kreise eingeteilt (Innkreis, Eisackkreis, Etschkreis); die untergeordneten Verwaltungseinheiten wurden völlig neu konzipiert. Der Landtag wurde aufgehoben – und mit ihm auch jegliche Form der Mitsprache in steuerlichen Belangen. Eine hohe Inflation und neue Steuern zur Bewältigung der Kriegsfolgen belasteten die Menschen auch wirtschaftlich auf das Äußerste. Besonderen Unmut erweckte die obligatorische Militärkonskription, die gewohnten Modellen in keiner Weise Rechnung trug. Dasselbe gilt für eine Reihe tiefgreifender Reformen im religiösen Bereich, die als noch drückender empfunden wurden als jene Josefs II. Die Pfarrer unterlagen einer rigiden staatlichen Kontrolle, viele Klöster wurden aufgehoben und Formen religiösen Brauchtums verboten. Geistliche, die sich widersetzten, wurden deportiert, so der Bischof von Chur.

1809: Österreich ruft zum Krieg

Auch die 1807/08 aktive vierte Koalition (Preußen, England, Russland und einige kleinere Staaten) vermochte die Vormacht Napoleons nicht zu brechen. Preußen erlitt bei Jena und Auerstädt eine schwere Niederlage (14. Oktober 1806), und ein Jahr später musste sich im Frieden von Tilsit (Juli 1807) auch Russland beugen. Nachdem Napoleon die sogenannte Kontinentalsperre gegen England verfügt hatte (1806), fielen französische Truppen

in Spanien ein. Die Erhebung seines Bruders Josef zum König provozierte das Volk zu heftigem Widerstand. Österreich versuchte diese für Napoleon kritische Phase zu nutzen und erklärte im April 1809 den Krieg. In den Monaten zuvor waren intensive Kontakte zwischen Wien und Tirol gepflegt worden. Im Raum stand der Gedanke einer Erhebung des Volkes: Von einer solchen erhoffte man sich eine Vorbildwirkung für andere deutsche Staaten, die sich zu einem „Nationalkrieg“ zusammenfinden sollten. Mit besonderem Engagement, freilich auch in romantischer Verklärung alter Begriffe von Freiheit und Patriotismus setzten sich Erzherzog Johann, der Bruder des Kaisers, und der Tiroler Josef von Hormayr, der Direktor des Haus-, Hof- und Staatsarchivs, für diese Idee ein. Auch in den Jahren danach wurden sie nicht müde, Aufstände und Bündnisse („Alpenbund“) zu konzipieren – nicht zur Freude des Kaisers, der sogar dagegen einschreiten musste.

Tirol erhebt sich

Ein österreichischer Angriff im Pustertal und parallel dazu der Einsatz freiwilliger Milizen überraschten die französischen Streitkräfte, die sich nach ersten Gefechten nach Norden zurückzogen (die Festung Kufstein blieb aber in ihren Händen), während ein französischer Vorstoß im Süden abgewehrt werden konnte. Den bäuerlichen Milizen gelang die Einnahme der Hauptstadt Innsbruck, wo es zu Plünderungen und Gewaltakten gegenüber der Zivilbevölkerung (Beamte, Handwerker, Intellektuelle) kam; besonders hart traf es die Juden. All den genannten Gruppen wurde eine franzosen- bzw. bayernfreundliche Einstellung zur Last gelegt. Die Vorfälle sind Ausdruck einer tief sitzenden Entfremdung zwischen der bäuerlichen und der bürgerlich-urbanen Sphäre in Tirol sowohl in wirtschaftlich-sozialer als auch in kultureller Hinsicht.

Bereits nach einem Monat wurde Innsbruck von den französisch-bayerischen Truppen unter dem Kommando des Marschalls Lefèbvre, Herzog von Danzig, neuerlich eingenommen. Zur Wiedergewinnung des gesamten nördlichen Landesteils fehlten ihm indes die Kräfte. So konnten von hier die Aktionen der Aufständischen ihren Ausgang nehmen, die vom regulären österreichischen Militär allerdings nur unzureichend unterstützt wurden. Noch zweimal konnte Innsbruck eingenommen werden (nach den Schlachten am Bergisel im Mai und im August). Etwa zeitgleich war es auch gelungen, dem französischen Vorstoß aus dem Pustertal (Lienzer Klause), im

Oberinntal (Pontlatzer Brücke) und im Eisacktal („Sachsenklemme“) Einhalt zu gebieten. Diese Ereignisse sollten bald einen reichen Niederschlag in Literatur und Kunst finden; sie gaben der Bildung eines Mythos um Anno Neun reiche Nahrung.

Zwischenzeitlich war es Napoleon gelungen, die Österreicher aus Bayern zurückzudrängen und direkt auf Wien zuzusteuern. Nach einer Niederlage bei Wagram (12. Juli) musste sich Österreich zum Waffenstillstand von Znaim (Mähren) bereit finden. Dies bedeutete u. a. die Pflicht, seine Truppen aus Tirol und Vorarlberg zurückzuziehen; auch Hormayr wurde in diesem Zusammenhang der bisher geführte Oberbefehl entzogen. Lange Zeit hielten die Aufständischen in Tirol den Inhalt des Waffenstillstandes von Znaim nicht für möglich.



Die Tiroler Aufständischen in einem zeitgenössischen Druck. In der Mitte Andreas Hofer.
Gli insorgenti tirolesi in una stampa dell'epoca. Al centro Andreas Hofer.

Andreas Hofer „Regent“ von Tirol

Während der zweiten Einnahme Innsbrucks hatte sich Andreas Hofer im Kampf hervorgetan: Anfänglich nur Kommandant der Passeirer Schützen, wurde er schließlich *Oberkommandant* aller Tiroler Milizen. Geboren 1767 in St. Leonhard in Passeier, hatte sich der Besitzer des Sandhofes, der auch Wirt sowie Wein- und Pferdehändler war, schon in den Jahren zuvor als Schlüsselfigur innerhalb der antibayerischen Opposition erwiesen. Im Januar 1809 hatte er sich zusammen mit zwei anderen Vertretern des Landes nach Wien zu geheimen Gesprächen über die Erhebung begeben.

Im August 1809, in einer Zeit, da sämtliche österreichischen Amtsträger das Land verlassen hatten und große Unsicherheit über den Friedensvertrag zwischen Österreich und Frankreich herrschte, wurde Hofer zum Regenten bestellt. Die Hoffnung, dass Tirol an Österreich zurückfallen würde, war damals noch nicht erloschen.

Von der Innsbrucker Hofburg aus kümmerte sich Hofer insbesondere um Fragen der Verteidigung. Mit viel Praxisbezug ausgestattet, aber auch auf sein Charisma bauend, wusste er wohl um die eigenen Grenzen auf der im eigentlichen Sinn politischen, insbesondere der rechtlichen und der diplomatischen Ebene. Voll Misstrauen gegen die „Stadtler“, übertrug er wichtige Ämter seinen engsten Mitarbeitern aus bäuerlichen Kreisen, die sich im Kampf bewährt hatten, aber auch an Geistliche. Die wirtschaftliche Situation des Landes wurde zunehmend schwieriger, denn die landwirtschaftliche Produktion und der Handel waren durch die Kriegsereignisse fast gänzlich zum Erliegen gekommen.

Mehrere Hofer'sche Erlässe hatten das Ziel, die vor 1805 herrschende Situation wieder herzustellen, insbesondere im „sittlichen“ Bereich. Aus Wien kamen Zeichen, die dem provisorischen Regiment Legitimität bescheinigten und die Hoffnungen der Tiroler auf eine Rückkehr zu Österreich nährten. Am 29. September erhielt Hofer als Anerkennung vom Kaiser eine goldene „Ehrenkette“ und ein Geldgeschenk für das Land.

Oktober 1809: Kampf bis zum letzten Mann

Mit dem Frieden von Schönbrunn (14. Oktober 1809) verlor Österreich weitere Gebiete: Kärnten, Krain, Triest, Istrien und die kroatische Küste fielen an Frankreich. Für Tirol erreichten die österreichischen Verhandler nur ein Zugeständnis: völlige Straffreiheit für alle, die sich an der Erhebung betei-



Die Gefangennahme Andreas Hofers in einem Gemälde von Carl Blaas (1890).
La cattura di Andreas Hofer in un dipinto di Carl von Blaas (1890).

ligt hatten. Franzosen und Bayern reagierten unmittelbar: Am 21. Oktober musste Hofer Innsbruck verlassen. Trotz diverser Aufforderungen, sich zu ergeben, und trotz der Zusicherung voller Amnestie setzten sich auf Seiten der Aufständischen radikale Gruppen gegenüber gemäßigteren durch. Der fanatische Kapuzinerpater Joachim Haspinger drängte Hofer auch in der mittlerweile aussichtslosen Lage zur Fortführung der Kämpfe. Nach einer schweren Niederlage in der vierten Schlacht am Bergisel (der letzten) am 1. November 1809 zerstreuten sich die bäuerlichen Aufgebote. Hofer kehrte ins Passeiertal zurück, wo er in unnützen Gefechten weitere Kräfte zerrieb. Nachdem er sich zuerst am Schneeberg, dann auf der Pfandleralm ob St. Martin versteckt hatte, wurde er im Januar 1810 gemeinsam mit seiner Gemahlin Anna Ladurner, seinem zwölfjährigen Sohn und dem Sekretär ver-

haftet: Der ehemalige *Oberkommandant* war von einem Landsmann verraten worden, auf den das auf Hofer ausgesetzte Kopfgeld seine Wirkung nicht verfehlt hatte. Ein französisches Militärtribunal verurteilte Hofer zum Tod, und am 20. Februar wurde er in Mantua hingerichtet. Ähnliches widerfuhr mehreren seiner Weggefährten, darunter Peter Mayr, den sein Schicksal am selben Tag in Bozen ereilte.

1810-1813: Tirol ist dreigeteilt

Von 1810 bis zur Niederwerfung Napoleons war Tirol auf drei politische Einheiten aufgeteilt: Der östliche Landesteil (Lienz) wurde den *Illyrischen Provinzen* angegliedert, die dem französischen Kaiserreich direkt unterstanden. Das Königreich Bayern verlor zwar einen Teil von Tirol, wurde aber mit Salzburg und einem Teil Oberösterreichs entschädigt. An das Königreich Italien fielen das Trentino und der südlich von Gargazon bzw. Kollmann gelegene Teil des Etsch- und Eisacktales. Napoleon dachte, als Teil des Königreichs Italien und unter der Herrschaft des Vizekönigs Eugen Beauharnais würde das strategisch so wichtige Land militärisch leichter kontrollierbar sein als unter Bayern. Die neue Verwaltungseinheit mit der Hauptstadt Trient erhielt den Namen *Dipartimento dell'Alto Adige*. Hier wurden der Code Napoléon und das französische Verwaltungssystem eingeführt; die Amtssprache war Italienisch, aber auf lokaler Ebene war auch Deutsch zulässig.

Die eben beschriebene Situation war von kurzer Dauer: Sie endete mit dem Ende der Napoleonischen Ordnung nach der schweren Niederlage in der Völkerschlacht bei Leipzig (1813). Mit dem Frieden von Paris (23. Mai 1814) kehrte ganz Tirol zu Österreich zurück: Dieses Ereignis wurde am 26. Juni in Innsbruck feierlich begangen.

DER MYTHOS ANDREAS HOFER

In den ersten Jahren der Restauration versuchten die österreichischen Behörden das Gedenken an die Ereignisse in Tirol 1809 nach Kräften zu bekämpfen; einschlägige Publikationen und Bühnenstücke fielen der Zensur zum Opfer. Die Person Andreas Hofers weckte indes die spontane Sympathie romantischer Intellektueller, vor allem in Deutschland und in England: Hier entstand das Bild des Anführers der Erhebung eines Bergvolkes nicht nur gegen den „Tyrannen“ Napoleon, sondern auch gegen die „große“ Politik der Herrscher und Diplomaten im Allgemeinen.

1823 wurden die Gebeine Hofers auf Initiative einiger Tiroler Kaiserjäger von Mantua nach Innsbruck gebracht. Der Kaiser nahm den Akt zur Kenntnis und versprach die Errichtung eines Denkmals in der Hofkirche auf eigene Kosten. Damit wurde Hofer auch zu einem Faktor des österreichischen Patriotismus. Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts, gerade in Zeiten extremer Spannung zwischen Staat und Kirche, wurde er außerdem zum „christlichen Märtyrer“ hochstilisiert. Die Verschärfung des nationalen Ringens und die Kriege in Italien führten zur Umformung Hofers in einen spezifisch „deutschtirolichen“ Helden. Der Höhepunkt wurde diesbezüglich mit einer feierlichen Jubiläumsveranstaltung im Jahr 1909 erreicht.

Auch nach dem Ersten Weltkrieg und der Zerreißung Tirols war der Hofer-Mythos stets präsent. Insbesondere die Verfechter der Selbstbestimmung Südtirols bzw. eines vereinten deutschen Tirol bedienten sich seiner ausgiebig. Selbst eine 1939 gegründete Widerstandsbewegung gegen die Umsiedlung der Südtiroler ins Deutsche Reich reklamierte den Namen für sich (*Andreas-Hofer-Bund*).

Hofer und die Erhebung von 1809 gehören bis zum heutigen Tag zu den häufigsten Motiven in Tirols Kunst und Literatur, quer durch die verschiedenen Stilrichtungen von der Romantik zum Realismus, vom Historismus zum Expressionismus. Geradezu ins Unermessliche geht die Zahl der Gedenkstätten für Andreas Hofer: Es gibt wenige Tiroler Ortschaften, die nicht zumindest eine besäßen. Besondere politische Symbolkraft hat das 1893 errichtete Denkmal am Bergisel.





KAP. V

Restauration, Revolutionen und nationales Ringen

Die politische Entwicklung Tirols
im 19. Jahrhundert



Im Vormärz war Tirol ein Bollwerk des Konservatismus und der Treue zum Kaiserhaus. 1848, als in Wien die Revolution ein gefährliches Ausmaß anzunehmen schien, wich der kaiserliche Hof für einige Zeit nach Innsbruck aus. Die Unabhängigkeitskriege und die Einigung Italiens verliehen Tirol eine neue geopolitische Bedeutung. Die Forderungen der Trentiner nach Autonomie liefen parallel zu im gesamten Land sich häufenden Anzeichen härter werdenden nationalen Ringens auch im Bereich der Kultur. Die Wende zum Konstitutionalismus und eine sukzessive Erweiterung des Wahlrechtes begannen den politischen Alltag zu verändern. Nach dem Ende des „Kulturkampfes“ (1869–1892) bildeten sich Parteien christlichsozialer, deutschnationaler und sozialdemokratischer Ausrichtung.



Trachten aus Osttirol im Vormärz (Josef Weger, 1819).

Una rappresentazione del folklore del Tirolo orientale nel Vormärz (Josef Weger, 1819).

Rückkehr zur Ordnung?

Die in die Rückkehr zu Österreich gesetzten Hoffnungen auf Rückgewinnung der „alten Freiheiten“ erfüllten sich nicht. Das bereits im 18. Jahrhundert ausgehöhlt gewesene Ständewesen hatte eher symbolischen Charakter: Faktisch hatten die Stände nur noch beratende Funktion und ein Petitionsrecht. Auch war der Landtag schon aufgrund seiner Zusammensetzung nicht repräsentativ für das Land. Die Zentralregierung setzte sich über die – im Verhältnis zueinander übrigens sehr unterschiedlichen – Verfassungen der Länder souverän hinweg und stülpte ihnen nach einheitlichen Vorgaben streng hierarchisch konzipierte Verwaltungsstrukturen (Gubernium, Kreisämter, Gerichte, Gemeinden) über. Die Ämter des Gouverneurs und des Landeshauptmannes waren wiederum vereint. 1817 trat auch in Tirol das *Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch* in Kraft, dem das Prinzip der Gleichheit von Rechten und Pflichten aller Staatsbürger zugrunde lag.

Auch die militärischen Privilegien wurden angetastet: Seit 1816 musste Tirol vier Kaiserjägerregimenter erhalten, die auch außerhalb der Landesgrenzen zur Verfügung zu stehen hatten.

Im Vormärz war die Kirche in der gesamten Monarchie auch eine moralische Instanz; sie bildete eine wichtige Stütze des vorherrschenden politischen Konservativismus. In Tirol wurden die meisten in josefinischer und bayerischer Zeit aufgehobenen Stifte und Klöster wiedererrichtet, und auch die Priesterseminare nahmen ihre Tätigkeit wieder auf. Im Zeichen des Ultramontanismus erlebte barocke Frömmigkeit eine Renaissance, etwa in Gestalt feierlicher Prozessionen. Die Kehrseite bildete die Vertreibung von ca. 400 evangelischen Christen aus dem Zillertal im Jahr 1837.

Das „Sturmjahr“ 1848

Während der revolutionären Unruhen des Jahres 1848 bewährte sich Tirol als Bollwerk der Kräfte des Bewahrens und der Loyalität zum Kaiserhaus. Um sich vor den gefährlichen Exzessen der Aufständischen in der Hauptstadt zu schützen, nahm der kaiserliche Hof in den Monaten Mai bis August Residenz in Innsbruck.

Während das deutsche Tirol die Revolution mehrheitlich ablehnte, kam es im italienischen Teil des Landes zu deutlichen Zeichen der Partizipation, vor allem in bürgerlichen Kreisen. Anders als in Deutschtirol war liberales Denken hier auch beim Klerus weit verbreitet. Aufmerksam verfolgten die Trentiner den Gang der Ereignisse in Mailand und in Venedig. Italienische Freischärler (*Corpi franchi*), die in Judikarien eingedrungen waren, wurden allerdings zurückgeschlagen: Damals wurden 21 Freiwillige aus der Lombardei gefangen genommen und im Graben von Schloss Buonconsiglio in Trient erschossen.

Alles in allem wurde die Distanz zwischen Trient und Innsbruck durch die Ereignisse von 1848 größer. In der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt stellten einige Trentiner Abgeordnete, allen voran der Geistliche Giovanni a Prato, ein typischer Vertreter des liberalen Katholizismus, den Antrag auf Abtrennung der Kreise Trient und Rovereto von der Grafschaft Tirol aus kulturellen, insbesondere sprachlichen, aber auch wirtschaftlichen Gründen. In Fragen der Religionsfreiheit und der bürgerlichen Rechte zogen die Abgeordneten aus dem deutschen und aus dem italienischen Landes- teil ebenfalls nicht am selben Strang. Ähnliche Differenzen bestimmten die

Arbeit im Reichstag in Wien, der am 22. Juli eröffnet wurde. Dem bereits im Mai gewählten, von konservativen Kräften beherrschten Tiroler Landtag blieben die Trentiner Abgeordneten zum Zeichen des Protests fern. Als Alternative verstanden sich die sogenannten *Comitati patrii*, die den Anspruch erhoben, das gesamte italienische Tirol zu vertreten.

Das kurze Zwischenspiel des Neoabsolutismus

Der junge, unmittelbar nach der Niederschlagung der Revolution an die Macht gekommene Kaiser Franz Josef leitete eine politische Phase ein, die in der Historiographie als „Neoabsolutismus“ geläufig ist. Die gesamte Verwaltung wurde nach zentralistischen Grundsätzen umgestaltet. An die Spitze eines jeden Landes wurde eine „Statthalterei“ gesetzt. Tirol wurde zudem in 20 Bezirkshauptmannschaften eingeteilt. Das Konkordat von 1855 sicherte der katholischen Kirche umfassende staatliche Befugnisse (Eherecht, Bildungswesen etc.).

Der Krieg von 1859, die Einigung Italiens (1861) und der Verlust Venetiens (1866) verliehen Tirol eine neue geopolitische Bedeutung. Das Land war innerhalb der Monarchie – die ihrerseits unter dem Druck zentrifugaler Kräfte der verschiedenen Nationalitäten stand – zum Grenzland geworden.

Die Niederlage von 1859 gab den Anstoß zu einer Reihe von „liberalen“ Reformen, die dem Neoabsolutismus ein Ende setzten. Das „Februarpatent“ von 1861 enthielt als integrierenden Bestandteil auch Landesordnungen für die einzelnen Kronländer. Diese können als erstes Beispiel einer Form von Konstitutionalismus gelten, durch den das ständische Prinzip überwunden wurde. Der Tiroler Landtag bestand aus vier Virilisten (die Bischöfe von Trient, Brixen und Salzburg, der Rektor der Universität Innsbruck) und 64 in vier Kurien (Großgrundbesitz, Prälaten, Städte, Märkte und Handelskammern, Landgemeinden) gewählten Abgeordneten. Das italienische Tirol war durch lediglich 21 Abgeordnete vertreten.

Der „Kulturkampf“ in Tirol

Obwohl das Wahlrecht weiterhin an einen Zensus gebunden war, brachte der Parlamentarismus neue Formen der politischen Auseinandersetzung. Der von konservativen Kräften dominierte Tiroler Landtag setzte den Reformen der Zentralregierung in den Bereichen Kirche und Schule lange Zeit

heftigen Widerstand entgegen. 1875/76 protestierten die Tiroler Abgeordneten, angeführt vom Brixner Bischof Vinzenz Gasser, hartnäckig (sie verließen den Landtag) gegen die Zulassung evangelischer Gemeinden. Auf nicht minder erbitterte Ablehnung stieß das Reichsvolksschulgesetz von 1869, das der katholischen Kirche die Schulaufsicht entzog. Als das Ende des Kulturkampfes in Tirol gilt gemeinhin das Jahr 1892, als ein Landesschulgesetz erlassen wurde, das den aus Wien kommenden Weisungen in hohem Maße Rechnung trug.

Eine neue politische Gesamtsituation zwischen 19. und 20. Jahrhundert

Die Erweiterungen des Wahlrechtes am Ende des 19. Jahrhunderts und die wirtschaftlichen Neuerungen veränderten die politische Gesamtsituation nachhaltig. Am deutlichsten zeigte sich dies im Bereich der katholischen Kirche, wo im Sog der Enzyklika *Rerum novarum* (1891) neue, direktere, teilweise militante Formen des politischen und sozialen Engagements auftraten. Auch in Tirol behauptete sich binnen kurzem die Christlichsoziale Partei (im Trentino: *Popolari*), und zwar auf Kosten der Konservativen: 1908 wurde sie zur stärksten Kraft im Landtag. Nach Überwindung bestimmter Vorbehalte von Seiten der Kirchenführung auf diözesaner Ebene traten die Christlichsozialen an die Spitze der Genossenschaftsbewegung und der Raiffeisenkassen, unterstützten die Gründung des Tiroler Bauernbundes und verschafften sich ein Monopol im Pressewesen (Verlagsanstalt Tyrolia). Der Einfluss der Sozialdemokraten (im Trentino: Sozialisten) beschränkte sich auf den insgesamt eher unbedeutenden Bereich der Industrie und des Handwerks. Ihre Anhängerschaft ist in den Reihen der Eisenbahner, der Bauarbeiter und der Handwerker zu suchen.

Die Liberalen betrieben eine zunehmend nationale Politik. Vor allem nach dem Krieg von 1866 wurden, getragen vom Trentiner Bürgertum, irredentistische Neigungen zu einem ernst zu nehmenden politischen Faktor. Ziel dieser Bewegung war die „Wiedervereinigung“ der noch unter österreichischer Herrschaft stehenden italienischsprachigen Gebiete zu einem gemeinsamen „Mutterland“. Wie in der gesamten Monarchie nahmen auch in Deutschtirol die Liberalen zunehmend nationalistische Züge an und öffneten sich – allerdings in geringem Maße – den pangermanistischen Ideen eines Georg von Schönerer („Los von Rom“).



Die Gründung des Tiroler Bauernbundes (1904), festgehalten von Albin Egger-Lienz. In diesem Akt wurden wichtige Ideale der Christlichsozialen verwirklicht.

Il simbolo del Tiroler Bauernbund realizzato da Albin Egger-Lienz. La nascita dell'associazione (1904) era il risultato dell'attivismo dei cristiano-sociali.

Die Forderungen nach Autonomie des Trentino

Mit dem Diplom vom 20. Oktober 1860 hatte Kaiser Franz Josef versucht, der Österreichisch-ungarischen Monarchie eine föderale Struktur zu verleihen. Die Furcht vor einem Erstarren zentrifugaler Kräfte in den verschiedenen Nationen bewirkte innerhalb weniger Monate eine Revision der Verfassung in zentralistischem Sinn. Das kaiserliche Patent vom 26. Februar 1861 führte den aus Abgeordnetenhaus und Herrenhaus bestehenden Reichsrat ein; die Kompetenzen der Landtage wurden dadurch stark beschnitten. Dieses System scheiterte aber bereits nach wenigen Jahren am Widerstand Ungarns. Mit dem sogenannten Ausgleich von 1867 entstand die k. u. k. Monarchie, innerhalb deren Ungarn in inneren Angelegenheiten völlig unabhängig war. Der hiermit geschaffene deutsch-ungarische Dualismus erweckte die Begehrlichkeiten anderer Nationalitäten, insbesondere der slawischen Völker. Obwohl die neue Verfassung die Rechte aller Nationalitäten, insbesondere in sprachlicher Hinsicht, anerkannte, wurde es in der Monarchie immer schwieriger, das politische Gleichgewicht zu erhalten.

In Tirol fanden die Forderungen der Trentiner nach mehr Autonomie wenig Gehör. Die führenden Schichten Deutschtirols begründeten ihren Widerstand damit, dass dies der erste Schritt hin zur formellen Abtrennung des italienischen Landesteils sein würde.

Ihren Höhepunkt erreichte die hierüber geführte Diskussion in den Jahren 1900–1902. Einer der prominenten Anwälte der Trentiner war der Meraner Landtags- und Reichsratsabgeordnete Karl von Grabmayr. Das von ihm lancierte Projekt getrennter Landtagssektionen in Innsbruck und in Trient mit autonomen Kompetenzen scheiterte an der Unbeugsamkeit der jeweiligen Gegenseite.

Das nationale Ringen

In den beiden letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts und in den Jahren bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges entfalteten in Tirol nationale Vereinigungen ein intensives Engagement, auf deutscher wie auf italienischer Seite (*Deutscher Schulverein*, *Verein Südmark* bzw. *Pro Patria*, später *Lega Nazionale*, *Società Dante Alighieri*). Ziel war die Verteidigung und Stärkung der jeweiligen nationalen Kultur in Gebieten, in denen diese bedroht erschien (deutsche Enklaven im Trentino, Südtiroler Unterland, ladinische Täler).

Wie angespannt die Situation war, zeigen die sogenannten *Fatti di Innsbruck*

(„Innsbrucker Vorfälle“) aus dem Jahr 1904. Seit 1866, als Padua nicht mehr Teil der Monarchie war, bestand auf Seiten der italienischen Studierenden der Wunsch nach einer „nationalen“ Hochschule, die mehr sein sollte als eine einfache Sektion einer deutschen Universität. In Innsbruck wurden Parallelvorlesungen in italienischer Sprache angeboten. Um die Jahrhundertwende war die Zahl der italienischsprachigen Inskribierten so hoch, dass das Ministerium die Einrichtung einer „provisorischen“ juristischen Fakultät in italienischer Sprache verordnete. Am Abend des Tages der Eröffnung derselben (3. November 1904) kam es in der Stadt zu Ausschreitungen gegen die zahlreichen Italiener, die sich zur Feier dieses Ereignisses versammelt hatten. Die Situation spitzte sich derart zu, dass das Militär einschreiten musste. Eine Person kam ums Leben, zahlreiche weitere erlitten Verletzungen. Über hundert italienische Studenten wurden festgenommen. So kam es, dass die italienischsprachige Fakultät, deren Räumlichkeiten verwüstet wurden, nicht in Betrieb genommen werden konnte. Die „Innsbrucker Vorfälle“, die in der italienischen Presse ein intensives Echo fanden, trugen dazu bei, die irredentistische Propaganda anzufeuern.

Von besonderer Bedeutung war die Entwicklung des Sozialismus im Trentino rund um Cesare Battisti. Der junge Intellektuelle, von seiner Ausbildung her Geograph und Publizist (*L'Avvenire del Lavoratore, Il Popolo*), verknüpfte die soziale Frage mit der nationalen. Die Letztere war 1899 auch Gegenstand der Beratungen der österreichischen Sozialdemokraten auf einem Parteitag in Brünn gewesen, auf dem das Projekt einer Umwandlung Österreichs in einen demokratischen Bundesstaat auf nationaler Grundlage ventiliert worden war. Nach Ansicht Battistis war die schwierige wirtschaftlich-soziale Situation des Trentino nicht anders lösbar als durch den Ausbau demokratischer und nationaler Rechte.

Die „ladinische Nation“

Im Laufe des 19. Jahrhunderts erschienen erste wissenschaftliche Studien über die ladinische Sprache. Vor allem die Geistlichen hatten die Notwendigkeit erkannt, die Sprache der Gläubigen auch in schriftlicher Form zu kultivieren. 1833 legte der Gadertaler Micurà de Rù (Nikolaus Bacher) den ersten Versuch einer Grammatik einer ladinischen Einheitssprache vor. 1864 erschien die erste Grammatik des Grödnerischen aus der Feder des aus Fassa gebürtigen Kuraten von St. Ulrich Ujep Antone Vian. 1870 gründeten ei-



Die „Innsbrucker Vorfälle“ vom November 1904 in einer Zeichnung von Achille Beltrami für das Titelblatt der Wochenzeitschrift *Domenica del Corriere*.

La copertina della "Domenica del Corriere" riporta gli scontri di Innsbruck del novembre 1904 (disegno di Achille Beltrami).

nige Seminaristen in Brixen die Vereinigung *Naziun Ladina*. Bald erschienen – neben liturgischen Texten – die ersten Bücher im strengen Sinn in ladinischer Sprache; zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren auch Zeitungen und Kalender wichtige Textsorten.

Die Studien von Isaia Ascoli und Theodor Gartner sicherten dem Ladinischen in der internationalen sprachwissenschaftlichen Forschung den ihm gebührenden Platz unter den romanischen Sprachen.

Im Jahr 1905 wurde in Innsbruck die *Union ladina/Ladiner Verein* gegründet: Ziele waren die Propagierung des Gedankens einer Einheit der Dolomitenladiner und deren Anerkennung als „Nation“ in sprachlich-ethnischem Sinn.

Das nationale Ringen zwischen Deutschtirolern und Trentinern ging nicht selten auf Kosten der ladinischen Täler, die überdies verwaltungsmäßig verschiedenen Einheiten zugeordnet waren: Gröden und das Gadertal gehörten zum Bozner Kreis, Fassa, Buchenstein und Ampezzo zu jenem von Trient. 1875/76, als in den Schulen des Gadertales der Italienischunterricht abgeschafft wurde, kam es zu einem heftigen Streit zwischen den Landesbehörden und den unter dem Einfluss des Klerus stehenden ladinischen Gemeinden. Nach längeren Protesten wurden 1895 wieder fünf Wochenstunden Italienisch eingeführt. Die sprachliche Situation in den übrigen ladinischen Tälern ist mit umgekehrten Vorzeichen zu beschreiben: Hier wünschte die Bevölkerung einen guten Deutschunterricht, denn man war sich bewusst, dass „Ladinien“ insgesamt auf das deutsche Tirol hin ausgerichtet war: Die religiösen Traditionen waren dieselben, und in wirtschaftlicher Hinsicht bildete der „geschlossene Hof“ eine gemeinsame Basis. Soweit es zu Abwanderungen kam, war das Ziel ebenfalls eher der deutsche Kulturraum, und hier lag auch das wichtigste Absatzgebiet für die Erzeugnisse des einheimischen Kunsthandwerks (vor allem Holzskulpturen und Textilien).

KAP. VI

Kontinuität und Innovation

Wirtschaft und Gesellschaft in Tirol im 19. Jahrhundert

Für die Wirtschaft Tirols war lange Zeit die eher statische Sozialstruktur bestimmend; als besonders prägendes Kennzeichen derselben hat der „geschlossene Hof“ zu gelten. Die Strukturschwäche der Landwirtschaft und die in regelmäßigen Abständen auftretenden Krisen sollten durch rechtliche und organisatorische Neuerungen beseitigt werden. Als wichtigste Maßnahme ist der Aufbau eines kapillaren Netzes bäuerlicher Genossenschaften und Raiffeisenkassen zu nennen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts ermöglichten wichtige Neuerungen im Transportwesen (Eisenbahn) und auf dem Energiesektor (Wasserkraftwerke) den Aufbau neuer Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Einen sehr bedeutenden Aufschwung erlebte der Tourismus, der um die Jahrhundertwende manchen Ortschaften ein völlig neues Gesicht verlieh.

Ein bäuerliches Land

Tirol gehörte zu den Kronländern mit dem höchsten Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft (noch 1910 waren es 54 %). Land- und Forstwirtschaft standen durch die schwierigen Arbeitsbedingungen, durch die besonders in hohen Lagen geringe Produktivität und durch das Vorherrschen kleiner bis mittlerer Betriebe vor großen Herausforderungen. Die sogenannte „Grundentlastung“ von 1849, die Befreiung des Bodens von feudalen Lasten, bedeutete in rechtlicher Hinsicht eine grundlegende Neuerung.

Seit 1870 bekam auch Tirol die Auswirkungen der europaweit auftretenden Wirtschaftskrise zu spüren, die vor allem wachsender internationaler Konkurrenz und damit einher gehendem Preisverfall geschuldet war. Dazu kamen Naturkatastrophen wie Überschwemmungen (im Etschtal) und Schädlingsbefall in Wein- und Obstanlagen. Bereits um die Mitte des Jahrhunderts hatte eine Krankheit (Flecksucht) die tirolische Seidenraupenzucht (vor allem im Trentino) sehr geschädigt. Dies alles bewirkte eine hohe Verschuldung des Bauernstandes, besonders in Realteilungsgebieten wie dem oberen Vinschgau, dem Oberinntal und dem Außerfern.



Tiroler Bauernfamilie (Passeiertal, um 1900).
Famiglia contadina tirolese (Val Passiria, 1900 ca.).

DER „GESCHLOSSENE HOF“

Der „geschlossene Hof“ ist eine bäuerliche Betriebseinheit, die auch im Erbfall unteilbar ist (Anerbenrecht). Die Ursachen für diese Rechtsform sind in den schwierigen Bedingungen der Berglandwirtschaft zu suchen, wo hohe Erträge in der Regel nicht zu erwarten waren. Die Aufteilung auf mehrere Erben hätte es den Höfen nicht mehr erlaubt, eine Familie zu ernähren.

Diese gewohnheitsrechtlich schon länger verankerte Praxis wurde in der Landesordnung von 1526 in verbindlicher Form festgeschrieben. Ein Dekret Maria Theresias von 1770 brachte weitere Präzisierungen.

Das Anerbenrecht ist indes nicht nur ein Phänomen der Wirtschaftsgeschichte, sondern auch Ausdruck einer Sozialform, die es dem erbenden Sohn erlaubte, dem Vater als *Bauer* nachzufolgen, d. h. nicht nur als Besitzer, sondern auch als Herr des Hauses. Dem so Privilegierten hatten sich „weichende“ Geschwister, Brüder wie Schwestern, unterzuordnen: Wollten sie den Hof nicht verlassen, wurden sie gegen geringes Entgelt wie Knechte und Mägde in die Hierarchie des Hauses integriert. Die Stabilität dieses Systems bildete eine der Säulen des hoch entwickelten bäuerlichen Standesbewusstseins in Tirol. Im Jahr 1900 wurde ein Höfegesetz erlassen, das eine höhere Entschädigung der weichenden Erben vorsah. Nach der Angliederung des südlichen Tirol an Italien versuchte der Faschismus mit der Tradition des „geschlossenen Hofes“ zu brechen, doch ohne nachhaltigen Erfolg. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde diese Form wieder eingeführt; sie ist sowohl im Bundesland Tirol als auch in Südtirol bis zum heutigen Tag in Geltung, mit geringfügigen Änderungen allerdings: So ist seit 2001 beispielsweise die Gleichstellung von männlichen und weiblichen Erben eine Selbstverständlichkeit.

Landwirtschaftliche Bildungseinrichtungen und genossenschaftliche Zusammenarbeit

Die Krise zwang die Tiroler Landesregierung zum Handeln. Durch die Trockenlegung von Sümpfen und durch die Errichtung von Dammbauten sollten landwirtschaftlich nutzbare Flächen gewonnen werden. In St. Michael an der Etsch und in Rotholz wurden landwirtschaftliche Forschungs- und Bildungseinrichtungen gegründet. Seit 1881 gab es den *Landeskulturrat* mit Sektionen in Innsbruck und in Trient. Eine Landeshypothekenanstalt sollte verhindern, dass verschuldete Bauern überhöhten Zinsforderungen privater Profiteure zum Opfer fielen.

Die wahre „Revolution“ erfolgte indes im Bereich des Genossenschaftswesens. Im ausgehenden 19. Jahrhundert schlossen sich – im Geist der katholischen Soziallehre – allenthalben im Land Wirtschaftstreibende, insbesondere Wein- und Obstbauern, zu gemeinsamer Interessenvertretung zusammen. Dem einzelnen Mitglied brachte dies insbesondere beim Erwerb von Saatgut, Dünger und Mitteln zur Schädlingsbekämpfung große Vorteile. Durch den direkten Vertrieb der Produkte konnte der Kosten steigernde Zwischenhandel ausgeschaltet werden.

Das von Friedrich Wilhelm Raiffeisen im Rheinland eingeführte Modell bewährte sich auch in Tirol, wo ein dichtes Netz von Raiffeisenkassen entstand, die in echt genossenschaftlichem Geist auch wirtschaftlich schwachen Investoren eine sichere Geldanlage ermöglichten bzw. günstige Kredite gewährten.

1904 wurde in Sterzing der Tiroler Bauernbund gegründet: Er sollte die Interessen der Bauern auf der politischen Ebene vertreten. In hohem Maße von den Christlichsozialen getragen, erwies er sich schon bald als wichtiger Faktor der Landespolitik.

Im italienischen Tirol ist der genossenschaftliche Gedanke wesentlich an den Namen des Priesters Lorenzo Guetti gebunden. Auf ihn geht die Gründung der ersten Verkaufs- und Konsumgenossenschaft des Trentino (Santa Croce di Bleggio, 1890) und der ersten Raiffeisenkasse (Quadra, 1892) zurück. Auch hier fand die genossenschaftliche Bewegung großen Zuspruch und erreichte alle Täler. Bereits 1902 gab es über 160 eingetragene Genossenschaften und 130 Raiffeisenkassen; hinzu kamen Käsereien und Kellereiverbände sowie Stromkonsortien.

Tiroler in Amerika

Trotz der Neuerungen, die das Genossenschaftswesen brachte, war die ländliche Gesellschaft Tirols weiterhin von strenger sozialer Kontrolle bestimmt, wobei es auf die Wahrung bewährter Muster ankam. Die Rechtsform des geschlossenen Hofes bedeutete auch die Perpetuierung einer strengen, an der Figur des Bauern orientierten hierarchischen Form des Zusammenlebens im Haus, in dem durch die Gemeinschaft von Blutsverwandten und fremden Knechten und Mägden Familie und Wirtschaftsgemeinschaft zusammenfielen. Ein weiterer Faktor der „Statik“ der bäuerlichen Gesellschaft war die restriktive Vorgangsweise der Gemeinden bei der Gewährung des Ehekonsenses und des Heimatrechtes.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts reagierten zumal im Trentino viele Menschen auf diese Situation, indem sie sich zur Auswanderung entschlossen. Die meisten Abwanderer wählten Zielorte in Mitteleuropa, manche zogen aber auch nach Amerika. Eines der bekanntesten Beispiele dieser Emigration/Kolonisation ist die Gemeinde *Nova Trento* im Bundesstaat Santa Caterina in Brasilien. Viele Trentiner fanden außerdem bei den in Deutschtirol durchgeführten Bonifizierungs- und Flussregulierungsprojekten Beschäftigung, desgleichen beim Bau von Infrastrukturen (Eisen- und Straßenbahnen, städtischer Wohnbau). Die Frauen arbeiteten häufig in der Textilbranche oder im Hotelwesen.

Unter den Emigranten nach Übersee befanden sich auch Bauern und Handwerker aus dem nördlichen Tirol. Sie gründeten 1859, gut zwei Jahre nach dem Abschied von der Heimat, zusammen mit Auswanderern aus Bayern und dem Rheinland die Kolonie Pozuzo in Peru.

Nicht zu vergessen ist schließlich (vor allem im Vinschgau und im Oberinntal wichtig) die saisonale Wanderung der sogenannten Schwabenkinder, Knaben und Mädchen, die für einige Monate in bayerischen und schwäbischen Städten arbeiteten, um ihre Familien zu entlasten.

Die Eisenbahn ist da!

Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es, nicht zuletzt aus militärischen Gründen, sichtliche Bemühungen um einen Ausbau des Straßennetzes in Tirol; besondere Aufmerksamkeit galt den Passstraßen. Zwischen 1822 und 1825 entstand die Stilsfer-Joch-Straße. Der Bau von Eisenbahnen, der in Österreich bereits in den dreißiger Jahren eingesetzt hatte, erreichte Tirol

mit großer Verspätung. Die Linie Verona-Bozen wurde 1859 eröffnet, und erst ab 1867 konnte man von dort über den Brenner auch Innsbruck mit der Bahn erreichen. In den darauf folgenden Jahren wurden wichtige Nebenlinien eröffnet (Pustertal, Arlberg, Vinschgau, Valsugana), was dem Handel und dem Tourismus sehr förderlich war. Die „Große Dolomitenstraße“ (1909) ermöglichte den ersten Autofahrern die Überquerung der Alpenpässe, die nun auch gezielt in touristische Überlegungen eingebunden wurden. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges waren traditionelle Verkehrsmittel wie Fuhrwerke oder Flöße, die über Jahrhunderte den Tiroler Transit getragen hatten, zur Gänze durch moderne ersetzt.



Der Markt der „Schwabenkinder“ in einer zeitgenössischen Darstellung (1896).
Il mercato degli "Schwabenkinder" in un'illustrazione d'epoca (1896).

Energie und Industrie

Die physische Beschaffenheit des Gebietes erlaubte die Anwendung neuer Technologien der Wasserkraft, indem Elektrizitätswerke (Mühlau bei Innsbruck und Trient, 1889) errichtet wurden. In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts konnten vornehmlich die Städte mit elektrischer Energie (zur Beleuchtung, zum Betrieb der Straßenbahnen und für Elektromotoren in Werkstätten und Fabriken) versorgt werden.

Verglichen mit anderen Kronländern war Tirol hinsichtlich der Industrialisierung in deutlichem Rückstand. Dies war nicht nur die Folge der natürlichen Voraussetzungen, sondern auch einer besonderen Mentalität auf Seiten der politischen Führungsschicht. Aus klerikal-konservativer Sicht stellten Industriebetriebe und – in der Folge – eine erhöhte Mobilität der Menschen (und Ideen) eine Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung dar.

Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein blieb die Tiroler Industrie stark handwerklich geprägt und diente der Deckung des eigenen Bedarfes. Unter den wenigen Beispielen für exportorientierte Unternehmen sind die Trentiner Seidenproduzenten (Rovereto) und eine Baumwollspinnerei in Bozen (in St. Anton, gegründet 1848) zu nennen. Als sich um die Jahrhundertwende die Verkehrssituation und die Energieversorgung verbesserten, entstanden in größerer Zahl kleine bis mittlere Industriebetriebe, insbesondere auf dem Lebensmittel- und dem Textilsektor, weiters in der Holzverarbeitung und in der Herstellung von Baumaterial. Den zuletzt genannten Branchen kam der urbanistische Aufschwung zugute, den die wichtigsten Städte Tirols (Innsbruck, Bozen, Trient) damals erlebten. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg ist in diesen Zentren im Schnitt eine annähernde Verdoppelung der Bevölkerungszahlen zu verzeichnen; an die Stadtkerne angrenzende ländliche Siedlungen wurden eingemeindet, die Infrastruktur ausgebaut.

Die Touristen kommen

Auch der Tourismus entwickelte sich in Tirol mit einiger Verspätung. Bis ins frühe 19. Jahrhundert war Tirol ein reines Durchzugsland für vermögende Personen, die im Rahmen der sogenannten *Grand Tour* in die Mittelmeerländer reisten. In der zweiten Jahrhunderthälfte zog das Land viele Bergsteiger an, anfänglich insbesondere aus England; sie wurden zu Pionieren jener Erschließung der Alpen durch die Anlage von Wegen und Steigen und den Bau von Schutzhütten, die deren Erscheinungsbild binnen kurzem grundlegend verändern sollte. Nicht mehr als abschreckende, menschlichem Aufenthalt widersetzliche Orte galten die Berge, vielmehr rückte romantisches Fühlen die Faszination der alpinen Landschaft und den Reiz der Begegnung mit der ursprünglichen Gewalt der Natur in den Vordergrund. Gerade in bürgerlichen Kreisen aus ganz Europa wurden hierher all jene geistigen Werte projiziert, die durch den kapitalistisch-utilitaristischen Zeitgeist bedroht zu sein schienen.



Transport von Elektrotransformatoren in Eppan, Anfang 20. Jahrhundert.
 Trasporto di trasformatori elettrici ad Appiano, primi del '900.

Bei der Gründung alpinistischer Vereine machten die Engländer den Anfang, gefolgt von Österreichern, Deutschen, Schweizern und Italienern. 1872 wurde die SAT (*Società degli alpinisti tridentini*, „Gesellschaft der Trentiner Alpinisten“) gegründet, ein Jahr später entstand aus der Vereinigung der deutschen und österreichischen Alpinclubs der *Deutsche und Österreichische Alpenverein* (DÖAV). Hier wurden auch nationale Werte kultiviert.

Im 19. Jahrhundert ist außerdem ein wachsendes Interesse ausländischer Gäste an den sogenannten *Bauernbadln* mit ihren mineralstoffreichen Quellen feststellbar. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes ermöglichte den Aufstieg bekannter Kurorte wie Meran. Die Kleinstadt an der Passer entwickelte sich zu einem Anziehungspunkt des Adels und des Großbürgertums aus der gesamten Monarchie; auch die Kaiserin selbst, „Sisi“, die Gemahlin Franz Josefs, erwies ihr zu wiederholten Malen die Ehre eines längeren Aufenthaltes. Um die Jahrhundertwende veränderte sich das Stadtbild durch den Bau von

Luxushotels und Kureinrichtungen sowie durch die Anlage von Promenaden und Sportstätten grundlegend. Ähnliches gilt für Gries (bei Bozen), Levico, Riva del Garda, Arco und viele andere Ortschaften. Großen Erfolg hatten auch Höhenkurorte wie Kitzbühel, Wörgl, Cortina, Madonna di Campiglio und Urtijëi/St. Ulrich. Anfänglich nur im Sommer aufgesucht, zogen sie dank der wachsenden Beliebtheit des Schisports die Touristen allmählich auch im Winter an.

Der Aufschwung des Fremdenverkehrs hatte nicht zuletzt in kultureller Hinsicht nachhaltige Folgen. Die katholische Kirche sah in den Gästen in erster Linie die Verschiedenheit von Sprache, Religion und Lebensstil, die traditionelle Werte des *Heiligen Landes* gefährden könne, und daher belegte sie sie mit einer Art Stigma. Aus demselben Grund wurde der Tourismus auch von offizieller politischer Seite nicht gefördert: Diese Branche lag ganz in den Händen Privater. Einer der bedeutendsten Pioniere des Tiroler Tourismus war der gebürtige Grieche Theodor Christomannos, der in jungen Jahren aus Wien ins südliche Tirol gekommen war.

Kulturelle Entwicklungen

Der lang währende Kulturkampf bekräftigte das Bild von Tirol als einem konservativen Land. Der Landtag setzte den Wiener Schulgesetzen heftigen Widerstand entgegen. Erst das 1892 verabschiedete Schulgesetz schuf die Voraussetzungen für eine Verbesserung der elementaren Bildung. In ländlichen Regionen verlief die Behebung der Missstände besonders schleppend: Schon das Finden geeigneter Räume und die Besoldung der Lehrer überforderten viele Gemeinden.

Das höhere Bildungswesen gehörte – gleich dem Wahlrecht – zu den bevorzugten Themen der ersten Frauenvereinigungen. 1910 wurde in Lienz das *Aktionskomitee der freien politischen Frauenorganisation* gegründet, dem Maria Ducia vorstand. Bereits 1907 war die erste Frau an der Universität Innsbruck promoviert worden.

Parallel zur Rezeption internationaler Stile, insbesondere des Jugendstils, in der Architektur, zumal in den Städten, erfolgte auch in der Malerei, in der lange Zeit die klassizistische Tradition bestimmend gewesen war, eine Öffnung gegenüber dem Neuen. Um 1900 vollzog sich der Übergang von den traditionellen Sujets (Genreszenen, Motive aus dem Freiheitskampf etc.) des spätromantischen Historismus von Franz Defregger (er ist der „klassische“

Tiroler Maler) zur expressionistischen Härte eines Albin Egger-Lienz. Aus dem Trentino stammten der Divisionist Giovanni Segantini und der Futurist Fortunato Depero.

In der Literatur und auf den Bühnen Tirols wurde der Gegensatz zwischen „alten“ und „neuen“ Werten zum Thema. Überregionale Bedeutung ist der 1910 in Innsbruck gegründeten Zeitschrift *Der Brenner* zu bescheinigen, die einige der führenden Intellektuellen Mitteleuropas zu ihren Mitarbeitern zählte.

Eine besonders auffällige Erscheinung dieser Jahre war nicht zuletzt die starke Aufwertung der sogenannten Volkskultur, echter und unechter, mit der auch das Tirolbild der Fremden eng verknüpft war: Die Rede ist von Erzeugnissen des Kunsthandwerks sowie von Theater, Tanz, Musik und Gesang.



Die Kurpromenade an der Passer im frühen 20. Jahrhundert, als die Kurstadt Meran bereits internationale Bekanntheit genoss.

La passeggiata sul Passirio agli inizi del Novecento, quando il *Kurort* meranese aveva ormai raggiunto una rinomanza internazionale.



KAP. VII

Der Krieg in den Alpen (1915-1918)

Der Erste Weltkrieg und das Ende des historischen Tirol



Im Sommer 1914 begann die allgemeine Mobilmachung. Dies bedeutete auch für Zehntausende Tiroler und Trentiner den Fronteinsatz in Galizien oder in Serbien. Im Mai 1915 erklärte Italien Österreich den Krieg. Obwohl der Tiroler Frontabschnitt aus militärischer Sicht insgesamt nur marginale Bedeutung hatte, verursachte der Krieg bei der Zivilbevölkerung unsägliches Leid. Die Hälfte der Bevölkerung des Trentino wurde evakuiert und in diversen Orten Österreichs oder Italiens untergebracht. Der Erste Weltkrieg führte zu epochalen Veränderungen in territorialer, ethnischer und verfassungsrechtlicher Hinsicht und hinterließ tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis. Zugleich mit der Donaumonarchie zerfiel auch das historische Tirol.



Militärstellung am Adamellogletscher.
Postazione militare presso il ghiacciaio dell'Adamello.

Die Mobilmachung

Nach dem Attentat von Sarajewo (28. Juni 1914), bei dem der serbische Student Gavrilo Princip den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin Sophie erschoss, stellte Österreich an Serbien ein nicht erfüllbares Ultimatum. Auf der Basis der in den Jahren zuvor geschlossenen Bündnisse zeichneten sich klare Frontlinien ab: auf der einen Seite die „Mittelmächte“ (Österreich, Deutschland, das Osmanische Reich und Bulgarien), auf der anderen die Mächte der Entente (Frankreich, das Vereinigte Königreich, Russland). Auch aufgrund der aus Berlin kommenden Signale erklärte Österreich am 28. Juli Serbien den Krieg.

Nach der Verkündigung der allgemeinen Mobilmachung herrschte in Tirol dank entsprechender Propagandaaktionen einiger Enthusiasmus, vor allem in den Städten. Kaum Kriegsbegeisterung wollte am Land aufkommen, denn die Abwesenheit der arbeitsfähigen Männer bedeutete für die bäuerliche Ar-

beit eine erhebliche Beeinträchtigung. So fiel die gesamte Arbeitslast auf die Frauen, die auch die Verantwortung dafür zu übernehmen hatten. Die Einberufung betraf zunächst rund 63.000 Soldaten, Kaiserjäger, Landeschützen und Angehörige des Landsturms; rund 40 % kamen aus dem Trentino. Mit der langen Dauer des Krieges sollte sich diese Zahl vervielfachen. Schon nach wenigen Monaten, nach den enormen Verlusten in Galizien und in Serbien, griff man bei der Truppenrekrutierung auch auf ganz junge Männer oder solche, die schon fortgeschritteneren Alters waren (20- bis 50-Jährige), zurück. Nach Schätzungen betrug die Zahl der Gefallenen, bezogen auf das gesamte Tirol, über 30.000. Allein für das Trentino hat eine detaillierte Erhebung ergeben, dass von 55.000 Mann, die an der galizischen, serbischen und italienischen Front im Einsatz waren, über 11.000 im Schützengraben, in Militärspitälern oder in der Gefangenschaft starben.

Eine kleine, aber entschiedene Gruppe von Trentinern begab sich nach Italien: Sie verfochten als Grund für den Kriegseintritt dieses Landes den Willen zur Befreiung der noch „unerlösten“ Gebiete. Der größere Teil der Bevölkerung, besonders am Land, zeigte aber, jedenfalls anfänglich, die seit jeher an den Tag gelegte Loyalität zur Obrigkeit.

Die Phase der italienischen Neutralität

Seit 1882 war Italien mit Deutschland und Österreich im sogenannten Dreibund, einem militärischen Defensivbündnis, vereint; bis zum Dezember 1912 war es fünfmal erneuert worden. Bei Kriegsausbruch verhielt sich Italien neutral; man sah den Bündnisfall nicht gegeben, weil Österreich ohne vorherige Konsultationen den Krieg erklärt hatte. Auf beiden Seiten fanden mehr oder minder geheime Kontakte statt. Auf Druck Berlins begann Österreich die Möglichkeit territorialer Zugeständnisse an Italien (Trentino) als Preis für den Verzicht auf die Neutralität zu ventilieren. In Italien war die Stimmung des Volkes durch heftige Gegensätze zwischen Verfechtern der Neutralität (Katholiken, ein großer Teil der Sozialisten, die Liberalen Giolitti) und Befürwortern des Kriegseintrittes (Nationalisten, Irredentisten etc.) denkbar schlecht. In den Reihen des Militärs und in regierungs- und königstreuen politischen Kreisen waren nationalistische Positionen vorherrschend, die den Krieg wünschten und sich für Kontakte mit den Mächten der Entente aussprachen. Am 26. April 1915 unterzeichnete Italien in London ein geheimes Abkommen, in welchem es sich zum Kriegseintritt gegen

Österreich binnen Monatsfrist verpflichtete. Im Fall eines Sieges wurden dem Königreich zahlreiche Gebiete zugesichert, darunter das gesamte südliche Tirol bis zur Hauptwasserscheide, außerdem Triest, Görz, Istrien und Dalmatien. Am 24. Mai erklärte Italien Österreich den Krieg.

Die italienisch-österreichische Front

Italien trat in den Krieg völlig unzureichend gerüstet ein; die Mängel im technologischen Bereich wollte man durch ein überreiches Aufgebot an Menschen ausgleichen. Besonders im Karst war der Druck sehr groß – zum Preis enormer Menschenverluste bei nur geringen Erfolgen; im August 1916 konnte Görz eingenommen werden. Kurz zuvor, im Mai, hatte das österreichische Heer vom Trentino aus eine Offensive versucht, die sogenannte „Strafexpedition“, die aber bereits auf dem Hochplateau von Asiago zum Stillstand kam. Zu einer entscheidenden Wende an der italienischen Front schien es mit dem Durchbruch der österreichisch-deutschen Truppen bei Caporetto/Karfreit (Oktober/November 1917) zu kommen. Innerhalb weniger Tage hatte das italienische Heer in einer insgesamt sehr chaotischen Situation 40.000 Gefallene und 600.000 Gefangene und Vermisste zu verzeichnen. Nach dem Verlust des gesamten Friaul setzten sich die Italiener am Piave fest. Von dort nahm ein Jahr später die letzte Offensive ihren Ausgang, welche die letzten österreichischen Verteidigungslinien durchbrach.

Die Front in Fels und Eis

Der Tiroler Frontabschnitt war insgesamt von zweitrangiger Bedeutung, und der Verlauf änderte sich mit dem Fortgang des Krieges nicht wesentlich. Die Österreicher hatten eigenes Gebiet aufgegeben, um sich in ihrer Verteidigungsstrategie stattdessen auf das Hochgebirge zu konzentrieren. Die Stand-schützen trugen zur Verteidigung wirksam bei.

Der Gebirgskrieg, der sich vom Krieg in der Ebene wesentlich unterschied, wurde in der Folge in der Literatur und auf der Leinwand zu einer Art Duell zwischen Heroen der Berge verklärt. Während das namenlose Blutbad der Schlachten im Flachland nicht zuletzt dem technologischen Fortschritt (das Maschinengewehr als neue Schreckenswaffe) geschuldet war, rückte die feindliche Begegnung im Hochgebirge menschliche Eigenschaften und individuelle Vorzüge in Licht, wie Mut, Geländekenntnis und körperliche Tüchtigkeit. Im



Im Lager Katzenau (Linz) internierte Frauen aus dem Trentino in einer Aufnahme des Trentiner Fotografen Enrico Unterverger.

Donne trentine internate nel campo di Katzenau (Linz), colte dall'obiettivo del fotografo Enrico Unterverger.

harten Alltag der Soldaten besaß dieses Idealbild freilich keinerlei Grundlage. Der Krieg hat nicht zuletzt in der Landschaft zahlreiche Spuren hinterlassen: Steige, Tunnels, Drahtverhaue, Kavernen und durch die Geschütze verursachte Felsstürze. Noch heute treten – eine Folge des Rückzugs der Gletscher – Leichname gefallener Soldaten ans Licht. Viele von diesen kamen bei Lawinenabgängen ums Leben oder starben durch Erfrierung. In mehreren Fällen hat man unter den Standorten der Gegner unterirdische Gänge angelegt, die mit Sprengstoff gefüllt wurden. In bekannten Tiroler Ortschaften, die noch unmittelbar vor dem Krieg erholungswillige Fremde und Kurgäste angezogen hatten, mussten Lazarette und Militärspitäler eingerichtet werden.

Unter dem Druck der militärischen Erfordernisse wurden mithilfe fortschrittlicher Technologien und in Ausnützung der Arbeitskraft von Kriegsgefangenen in kürzester Zeit Straßen, Eisenbahnen und sonstige Infrastrukturen errichtet. In besonderem Maße galt dies für den Bau der Grödner- und der Fleimstalbahn: Für beide Projekte wurden Tausende russische Gefangene eingesetzt.

Das Drama der Trentiner und der Ladinier

Besonders schwerwiegend waren die Folgen des Krieges für die Bevölkerung des Trentino. Mehr als die Hälfte der 400.000 Einwohner des italienischen Tirol musste in diesen Jahren ihre Häuser verlassen. Ca. 70.000 wurden aus den Tälern, durch die Frontabschnitte verliefen, evakuiert und in Auffanglager in diversen Teilen der Monarchie gebracht, vom Salzburgerischen bis nach Mähren, Böhmen oder Ungarn. Weitere 35.000 Trentiner, die durch den Verlauf der Front auf die italienische Seite fielen, wurden über den gesamten Stiefel verteilt. Wer im Verdacht stand, irredentistische Neigungen zu hegen, wurde interniert (ca. 2000, fast alle im Lager Katzenau) oder deportiert (ca. 1000). Die Zahl der Trentiner Gefallenen im österreichischen Heer betrug ca. 8000; viele andere starben in der Gefangenschaft. Fast 800 Emigranten, größtenteils jüngere Menschen, traten dem italienischen Heer bei. Die Dolomitenfront teilte die ladinischen Täler, die bislang allesamt zum Kronland Tirol gehört hatten. Die Gemeinden Cortina und Colle Santa Lucia wurden von den Österreichern aufgegeben und von den Italienern besetzt, Buchenstein hingegen wurde zweigeteilt. Von beiden Seiten mussten die Ladinier Evakuierungen und die Internierung von Personen, die im Verdacht italien- bzw. österreichfreundlicher Neigungen standen,

in Kauf nehmen. Zahlreiche Dörfer entlang der Frontlinie erlebten Bombenangriffe oder sonstige Zerstörungen. Gleichwohl blieb bis zum Ende des Krieges ein allgemeines Gefühl der Zugehörigkeit zu Tirol erhalten. In öffentlichen Kundgebungen wurde der Wille zum Ausdruck gebracht, das eigene Schicksal mit dem der „deutschen Südtiroler“ zu verknüpfen.

DER „HOCHVERRAT“ CESARE BATTISTIS

Zu Beginn des Krieges war Cesare Battisti, Chef der Trentiner Sozialisten und Abgeordneter zum Tiroler Landtag in Innsbruck und zum Reichsrat in Wien, nach Italien geflüchtet und hatte dort aktive Propaganda für den Kriegseintritt betrieben. Als es zu diesem gekommen war, war er als Offizier der Alpini in die italienische Armee eingetreten. Im Juli 1916 gefangen genommen, wurde er in Trient wegen „Hochverrats“ vor ein Militärgericht gestellt und gemeinsam mit dem Roveretaner Fabio Filzi zum Tod durch den Strang verurteilt. Die Kriegspropaganda transformierte die Exekution zu einem makabren Schauspiel: Es sollte eine Mahnung an all jene sein, die durch irredentistische Neigungen den Bestand der Monarchie erschütterten.

Nach dem Krieg, insbesondere mit dem Aufstieg des Faschismus, wurde die komplexe Persönlichkeit Battistis zu nationalistischen Zwecken instrumentalisiert – ungeachtet der Bemühungen seiner Gemahlin Ernesta Bittanti und mehrerer seiner engsten Freunde, sein Andenken zu retten. Die Aufstellung der Büste Battistis im Inneren des Bozner Siegesdenkmals (1928) sollte in Vergessenheit geraten lassen, dass er vor dem Krieg die künftige Grenze Italiens bei Salurn gesehen hatte. Erst im Sog der Kriegseintrittsbewegung und der anschließend aufgekommenen Kriegsbegeisterung schien auch er sich mitunter dem Gedanken der Grenze am Brenner zu öffnen; aus militärischer Sicht hielt er diese für unüberwindlich.

1935 wurde ein monumentales Battisti-Mausoleum am Doss Trento errichtet; dorthin hatte man auch seine Gebeine transferiert. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, also mit großer Verspätung, wurden seine Person und sein Denken von der durch die nationalistische Rhetorik bewirkten Verzerrung befreit. Dem Historiker und Journalisten Claus Gatterer kommt das Verdienst zu, Battistis Gedanken auch dem deutschen Kulturraum in angemessener Weise vermittelt zu haben.

Das Ende des langen Krieges

Je länger der Krieg dauerte, umso deutlicher fühlbar wurden auch in Tirol, am Land wie in den Städten, die Schäden und das Leid, das er bewirkte: Hunger, Lebensmittelrationierungen, Zwangsrequisierungen und Kriegsanleihen. Die Letzteren sollten nach dem Krieg und dem Ende der Monarchie für viele Kleinsparer den Ruin bedeuten. Eine viele Menschen in besonderer Weise berührende Maßnahme war die Sequestrierung von Kirchenglocken, die eingeschmolzen wurden, um dringend benötigten Rohstoff für die Kriegsindustrie zu gewinnen.

Die Ernährungssituation verschlechterte sich im Jahr 1917 erheblich, insbesondere in den Städten. Durch strenge Kontrollen der landwirtschaftlichen Produktion von Seiten der Militärbehörden sollte der Schwarzmarkt unterbunden werden. Frauen, die nicht mehr wussten, woher sie die für ihre Familien benötigten Nahrungsmittel beziehen sollten, artikulierten ihren Protest in öffentlichen Kundgebungen, etwa in Trient oder in Meran im Jahr 1918. Gegen Ende des Krieges verschlechterte sich auch die sanitäre Lage, so dass die Krankheitsanfälligkeit der Menschen größer wurde: 1918 griff die sogenannte Spanische Grippe auch auf Tirol über.

Nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Armee Anfang November und im Zuge der Auflösung der Monarchie wurde Tirol von einer riesigen Welle heimziehender, nicht selten auch marodierender Soldaten erfasst. Der Einzug der italienischen Truppen wurde mit Erleichterung begrüßt, weil man sich davon zumindest ein Mindestmaß an Ordnung und Sicherheit versprach.

Bis 1920 gab es auch in Innsbruck und anderen Nordtiroler Ortschaften eine italienische Besatzung.



Trient, November 1918: Die heutige Piazza Venezia nach dem Abzug des österreichisch-ungarischen Militärs.

Trento, novembre 1918; l'attuale Piazza Venezia dopo la ritirata austro-ungarica.





KAP. VIII

Zwischen den Weltkriegen

Das labile Gleichgewicht in Österreich und die Politik des italienischen Faschismus

Die Zerreißung Tirols im Jahr 1919 bedeutete für das Land ein Trauma, das in den darauf folgenden Jahrzehnten zu beiden Seiten des Brenners das politische und kulturelle Leben maßgeblich bestimmte. Im Bundesland Tirol häuften sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Zeichen entschiedener Ablehnung der Politik Wiens, während viele Menschen den Anschluss an Deutschland wünschten. Mit dem Aufstieg Hitlers einerseits und der Etablierung des autoritären „Ständestaates“ unter Dollfuß andererseits nahmen die Spannungen zu.

Der italienische Faschismus war darum bemüht, die deutsche Minderheit in Südtirol über Sprache, Schule, Verwaltung und Wirtschaft ehestmöglich zu italianisieren. Mitte der dreißiger Jahre setzte mit dem Aufbau der Bozner Industriezone ein starker Strom der Zuwanderung italienischer Arbeiter ein.



Der italienische Grenzstein am Brenner nach der Annexion.
Il cippo italiano presso il confine del Brennero dopo l'annessione.

Die Entstehung des Bundeslandes Tirol

Auf der Pariser Friedenskonferenz (1919) kamen die vom amerikanischen Präsidenten T. Woodrow Wilson verkündeten Prinzipien der Demokratie und des Respekts der Nationalitäten kaum zur Anwendung. Hinsichtlich der italienisch-österreichischen Grenze hatte der neunte seines insgesamt 14 Punkte umfassenden Friedensprogramms von der Notwendigkeit genau erkennbarer Abgrenzungen der Nationen gesprochen. Im Alpenraum waren dann allerdings militärische Überlegungen entscheidend.

Im Friedensvertrag von Saint-Germain vom 10. September 1919 wurde dem Königreich Italien das gesamte südliche Tirol bis zur alpinen Hauptwasserscheide zugesprochen. Die beidseitig des Brenners sofort laut gewordenen Proteste verhallten ungehört. Das nördliche Tirol verlor überdies die territoriale Verbindung zum östlichen Landesteil (um die Stadt Lienz).

Österreich war zu einer kleinen Alpenrepublik geworden, die auch auf der diplomatischen Ebene kaum noch Gewicht hatte. Nicht zuletzt aus diesem Grund war die öffentliche Meinung dem Gedanken eines Anschlusses an Deutschland sehr gewogen. Unmittelbar nach Kriegsende dachte man in Innsbruck an ein unabhängiges Tirol. Am 1. Oktober 1920 verabschiedete

der Österreichische Nationalrat eine Verfassung, die das Prinzip einer Republik auf föderaler Grundlage festschrieb. Das Bundesland Tirol war seit den ersten Landtagswahlen (Juni 1919), an denen zum ersten Mal auch Frauen teilgenommen hatten, fest in der Hand der christlichsozial ausgerichteten Tiroler Volkspartei (TVP); die Position der Deutschliberalen war im Vergleich dazu schwach – und geradezu marginal jene der Sozialdemokraten. 1921 wurde eine neue Tiroler Landesordnung geschaffen; diese ist mit geringfügigen Änderungen nach wie vor in Kraft. In Tirol waren die Vorbehalte gegen die Politik der Zentralregierung besonders groß. Eine im April 1921 abgehaltene, von der Landesregierung eingeleitete Volksabstimmung (deren Ergebnis freilich nicht bindend war) ergab, dass eine überwältigende Mehrheit den Anschluss an Deutschland wünschte.

TIROL IN BRASILIEN

Die verzweifelten Lebensbedingungen vieler Tiroler Bauernfamilien waren für den ehemaligen Landwirtschaftsminister Andreas Thaler, einen gebürtigen Tiroler, der auch auf die Unterstützung des Kanzlers zählen durfte, Anlass, im Jahr 1933 ein von Emigranten getragenes Kolonisationsprojekt in Treze Tílias (Dreizehnlinden) im brasilianischen Bundesstaat Santa Catarina in die Wege zu leiten. Vorgesehen war die Ansiedlung von 10.000 Tirolern, die eine auf religiöser Gemeinschaftsgesinnung und genossenschaftlichem Geist beruhende Kolonie bilden sollten. Diese konnte sich in den darauf folgenden Jahrzehnten gegen alle wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Schwierigkeiten behaupten. Heute leben dort fast 6000 Personen, die enge Kontakte zur Heimat pflegen.

Innenpolitische Konflikte

In den späten zwanziger und den frühen dreißiger Jahren wurde die durch die Wirtschaftskrise ohnehin schon angespannte politisch-gesellschaftliche Situation in Österreich durch gewaltsame Zusammenstöße zwischen konservativen und sozialdemokratischen Wehrverbänden, der *Heimwehr* (in

Tirol: *Heimatwehr*) und dem *Republikanischen Schutzbund* (in Tirol eher unbedeutend), noch verschärft. 1933/34 richtete Bundeskanzler Engelbert Dollfuß – auch auf Betreiben Mussolinis – einen autoritären „Ständestaat“ ein, in dem klerikale Kräfte eine wichtige Rolle spielten.

Parallel dazu hatte sich in Deutschland Adolf Hitler empor gearbeitet. Auch in Tirol gab es eine nationalsozialistische Bewegung (NSDAP), die, seit 1933 in der Illegalität, eine rege „großdeutsche“ Anschlusspropaganda betrieb. Die von Hitler allen Österreicherisenden auferlegte sogenannte „Tausendmarksperrre“ erwies sich als großes Hemmnis für den Tourismus – wodurch Tirol in besonderem Maße getroffen war.

Die Annexion des deutschen Südtirol

Mit der Annexion der sogenannten „neuen Provinzen“ (Venezia Tridentina und Venezia Giulia) stand das Königreich Italien vor der Herausforderung, Territorien mit einer völlig anderen Verwaltungstradition und mit starken nationalen bzw. sprachlichen Minderheiten (Deutsche, Slawen) zu integrieren. Obwohl die politische Führungsschicht Italiens in stark zentralistischen Kategorien dachte, bestand in den ersten Jahren Grund zur Hoffnung auf Erhalt bestimmter Rechte im sprachlichen und im kulturellen Bereich, beispielsweise im Schulwesen. Der *Deutsche Verband*, eine Dachorganisation der Südtiroler Parteien (mit Ausnahme der Sozialdemokraten), legte einen Autonomieentwurf vor. Eine radikale Änderung der Situation trat mit der Machtergreifung Benito Mussolinis im Oktober 1922 ein. Von Anfang an hatte die von ihm gegründete faschistische Bewegung gegenüber den durch die Friedensverträge an Italien gefallenen nationalen Minderheiten große Härte gefordert. Besonders gewaltsam verliefen faschistische Expeditionen gegen slowenische und kroatische Einrichtungen. Auch Bozen erlebte zwei Aufmärsche der „Schwarzhemden“. Zum ersten kam es am 24. April 1921, dem Tag der bereits erwähnten Volksabstimmung über den Anschluss Tirols an Deutschland, anlässlich der Eröffnung der Bozner Mustermesse: An diesem Tag wurde der Lehrer Franz Innerhofer aus Marling getötet; mehrere Personen erlitten Verletzungen. Ein weiterer Aufmarsch fand am 2. Oktober 1922 statt, kurz vor dem Marsch auf Rom. Der seit 1895 amtierende Bozner Bürgermeister Julius Perathoner war bereits im September seines Amtes enthoben worden. Wenig später wurde das Generalzivilkommissariat der Venezia Tridentina aufgelöst, und Gouverneur Luigi Credaro trat ab.



Bauern in Schenna (bei Meran). Auf dem Gebäude im Hintergrund der faschistische Propagandaspruch „Wir träumen vom römischen Italien“.

Contadini nel paese di Scena (Merano), sotto la retorica frase della propaganda fascista “Noi sogniamo l’Italia romana”.

Der Faschismus und das Projekt der Italianisierung

Mit dem Aufstieg des Faschismus wurde die schon seit längerer Zeit von glühenden Nationalisten, insbesondere Ettore Tolomei, geforderte Italianisierung in energischer Weise in vollem Maße umgesetzt. In der Verwaltung sowie vor Gericht war einzig die italienische Sprache zugelassen, und auch für Ortsnamen sollte es keine andere als die italienische Bezeichnung geben. Die Schulreform des Jahres 1923 – die bald nach dem damals amtierenden Unterrichtsminister, dem Philosophen Giovanni Gentile, bezeichnet wurde – führte, beginnend mit den ersten Klassen der Volksschulen, progressiv das Italienische als einzige Unterrichtssprache ein: Dies bedeutete das Ende sämtlicher „fremdsprachigen“ (slowenischen, kroatischen, deutschen) Schulen. In Südtirol und im Ausland hatte diese Maßnahme empörte Reaktionen zur Folge. Auf Initiative eines Kreises um Kanonikus Michael Gamper entstanden daher geheime Notschulen in deutscher Sprache (*Katakombenschulen*).

Ziel dieser vom Ausland mitfinanzierten Einrichtungen, die unter größten Schwierigkeiten arbeiteten, war es, dem größeren Teil der Kinder zumindest elementare Kenntnisse der Muttersprache zu vermitteln. Von Seiten der faschistischen Behörden waren die Mitglieder dieses Netzes vielfachen Verfolgungen ausgesetzt; einige der für die Organisation Verantwortlichen, aber auch Lehrerinnen erhielten Mahnungen oder Strafen – sofern sie nicht überhaupt verbannt wurden.

Sogar der Name „Tirol“ und davon abgeleitete Begriffe wurden verboten; als deutsche Übersetzung für „Alto Adige“ wurde einzig „Oberetsch“ akzeptiert. Sämtliche deutschen Toponyme wurden verboten; als einziges Referenzwerk für Fragen der Toponomastik galt der von Tolomei und seinem Team während des Krieges erarbeitete *Prontuario*. Ein königliches Dekret vom Januar 1926 verfügte die „Rückführung“ jener „Familiennamen italienischen oder lateinischen Ursprungs“, die später „übersetzt oder durch fremde Schreibung entstellt“ worden seien. Nach Tolomeis Vorstellungen hätte sich diese Pflicht auf sämtliche in Südtirol und in den ladinischen Tälern vorkommenden Familiennamen beziehen sollen; daher legte er in den folgenden Jahren mehrere zehntausend Übersetzungen ins Italienische (für ihn „Rückübersetzungen“) vor. Trotz aller angewandten Druckmittel hielt sich die Zahl der in zwanzig Jahren gestellten Gesuche um Namensänderung sehr in Grenzen.

Die Provinz Bozen und die Unzufriedenheit des Trentino

Als mit dem Faschismus jeglicher Gedanke an eine Autonomie zum Erliegen gekommen war, wurden den „neuen Provinzen“ ohne Rücksicht auf deren spezifische Bedürfnisse staatliche Regelungen übergestülpt. 1923 wurde die Provinz Trient geschaffen, die Südtirol und das Trentino vereinte. Das Gebiet von Cortina d’Ampezzo kam zur Provinz Belluno. Im Zuge einer allgemeinen administrativen Neuordnung im November 1926 wurde, nunmehr von Trient getrennt, die Provinz Bozen eingerichtet. Diese Maßnahme war der Absicht geschuldet, zwecks rascherer Italianisierung eine direkte Verbindung zwischen Rom und Bozen zu schaffen: Der dort eingesetzte Präfekt sollte die aus der Zentrale kommenden Weisungen ohne die Zwischeninstanz Trient umsetzen.

Diese Entscheidung konnte in Trient nichts anderes bewirken als Enttäuschung über das Schwinden von Hoffnungen, die die „Erlösung“ genährt hatte, auch

in den Reihen regimefreundlicher nationaler Kreise. Obwohl das Unterland bei der Provinz Trient geblieben war, wurde diese durch die Schaffung der Provinz Bozen in eine periphere Rolle gedrängt. Auch war vorauszusehen, dass dem „Alto Adige“ mehr Mittel für öffentliche Investitionen zugewiesen werden würden. Dies fiel umso stärker ins Gewicht, als die neue zentralistische Ordnung, beispielsweise im Bereich der Gemeindeverwaltungen, autonomen Befugnissen schon per se in hohem Maße abträglich war. Von Seiten des Regimes wurde der Unmut der Trentiner mit dem für Provinzialismus und lokalen Egoismus stehenden Terminus *trentinismo* gleichsam stigmatisiert.

Italienische Zuwanderung nach Bozen

Als Hauptstadt wurde Bozen nun auch zum Sitz zahlreicher Ämter; viel wurde auch im Bereich der öffentlichen Arbeiten geleistet. Ab 1934/35 wurde das Projekt der Errichtung einer Industriezone verwirklicht. Unter den Auspizien günstigerer Tarife für Transporte und Energie waren einige staatliche Industrieunternehmensgruppen bereit, in Bozen eigene Niederlassungen zu eröffnen (Stahlwerke Falck, Lancia, Magnesiumwerk, Feltrinelli etc.). Dies hatte den Zuzug tausender Familien aus Mittel- und Norditalien (Trentino, Venetien, Piemont, Lombardei) zur Folge, für die neue Stadtviertel errichtet wurden. Binnen weniger Jahre veränderte Bozen sein Erscheinungsbild: Zum historischen Stadtzentrum mit seinem „deutschen“, auf das Mittelalter zurückgehenden Charakter trat westlich der Talfer die moderne „italienische“ Neustadt hinzu. Die Architektur dieses „neuen Bozen“ bewegte sich je nach Opportunität zwischen einem monumental-imperialistischen (z. B. das Siegesdenkmal, das Gerichtsgebäude oder die Casa del Fascio) und einem rationalistischen Stil (z. B. das Haus der Mädchenorganisation GIL [Gioventù italiana del littorio] bei der Drususbrücke). Das urbanistische Konzept sollte auch Abbild einer hierarchisch-korporativ verstandenen gesellschaftlichen Ordnung sein. Das Haupt bildeten militärische Gebäude (Korpskommando), Schulbauten (Schulzentrum Cadornastraße) sowie Amts- und Verwaltungsgebäude (Italienallee); die Glieder waren durch Arbeiterviertel der Techniker (*Littorio*) und Arbeiter (*Dux*) repräsentiert. Kennzeichen des Letzteren, in peripherer Lage am Rand der Industriezone, war eine Häufung „halbländlicher“ Siedlungshäuser. Auch dank der Eingemeindung von Gries (1925) stieg die Bevölkerungszahl von Bozen von 25.000 im Jahr 1910 auf 60.000 im Jahr 1940.

Die faschistische Durchdringung der Gesellschaft

Die sogenannten *leggi fascistissime* („außerordentliche Gesetze des Faschismus“) von 1925/26 standen am Beginn einer Phase strenger Kontrolle sämtlicher Bereiche des öffentlichen, aber auch des privaten Lebens durch das faschistische Regime. Die Presse wurde einer strengen Zensur unterworfen, Parteien und Gewerkschaften wurden aufgelöst, Oppositionelle verhaftet oder deportiert.

In Südtirol konnte, geschützt durch das 1929 geschlossene Konkordat, einzig die katholische Presse überleben. Die Verlagsanstalt Athesia, die sich nach 1919 von der Innsbrucker Tyrolia hatte trennen müssen (in diesem Zusammenhang auch die Namensänderung), brachte die *Dolomiten*, den *Volksboten* und andere Periodika heraus, doch stets unter behördlicher Kontrolle. Das Regime förderte auch das deutsche Tagblatt *Alpenzeitung*, dessen Wortlaut einer Übersetzung der italienischen Tageszeitung *La Provincia di Bolzano* nahe kam.

Auch im Trentino verschwanden die Blätter der *Popolari*, der Liberalen und der Sozialisten. Das gut ausgebaute Genossenschaftswesen wurde regime-treuen Organisationen eingegliedert und deren Kontrolle unterstellt. Dasselbe galt für die Arbeitswelt, die Schule und die Kultur.

Besonders nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 erlaubte sich der faschistische Staat sehr direkte Eingriffe in alle wichtigen Sektoren der Wirtschaft. Der Integration sämtlicher sozialen Einrichtungen ins Korporativsystem entsprach das Projekt der faschistischen Durchdringung der gesamten Bevölkerung mittels Eingliederung in Jugend-, Frauen-, Freizeit- oder Sportorganisationen.

FASCHISTISCHE DENKMÄLER

Der Faschismus maß der Symbolkraft nationaler Denkmäler sehr große Bedeutung bei, vor allem in den Grenzregionen. Für Südtirol ist als wichtigstes Beispiel das zwischen 1926 und 1928 errichtete Siegesdenkmal in Bozen zu nennen. Es wurde an genau jenen Ort gesetzt, wo bereits während des Krieges mit dem Bau eines Kaiserjäger-Denkmal begonnen worden war. Das den Gefallenen des Weltkrieges, insbesondere den Trentiner „Märtyrern“ Cesare Battisti, Fabio Filzi und Damiano Chiesa, gewidmete Objekt ist ein Werk des „Regime-Architekten“ Marcello Piacentini. Mit seinen als Liktorenbündel gestalteten Säulen stellt es ein charakteristisches Beispiel für die Instrumentalisierung des Sieges im „großen Krieg“ durch den Faschismus dar.

Bei drei Ortschaften nahe der nördlichen Grenze der Provinz (Mals im Vinschgau, Blumau, Innichen im Pustertal) wurden Beinhäuser zu Ehren der an verschiedenen Fronten gefallenen Soldaten errichtet. Sie gehören zu den umstrittensten Zeugnissen der faschistischen Ära. Während sie nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit wenig Aufmerksamkeit fanden, ist seit einiger Zeit eine angemessene historische Aufarbeitung im Gange.

Auch in der Architektur der Stadt Trient haben die beiden faschistischen Jahrzehnte tiefe Spuren gelegt, sei es durch den klassischen Monumentalstil (z. B. das Sakrarium auf dem Doss), sei es durch modernere Formen, vom Futurismus bis zum Rationalismus (Postgebäude, Bahnhof, Palazzo Littorio etc.). In Innsbruck wurden demgegenüber in den wenigen Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft (1938–1945) kaum zeittypische architektonische Projekte verwirklicht: Schließlich waren diese Jahre fast zur Gänze durch den Zweiten Weltkrieg beherrscht. Besonderer Erwähnung bedarf aber der Wohnbau, insbesondere die für Südtiroler „Optanten“ errichteten Gebäude, außerdem das 1939 fertig gestellte, repräsentative *Gauhaus*, in dem die Büros der nationalsozialistischen Verwalter des Gaus Tirol-Vorarlberg untergebracht wurden. Seine monumentale Fassade erinnert an die der Reichskanzlei in Berlin.



Feierliche Zeremonie vor dem *Palazzo Littorio* in Trient (1942).
Solenne cerimonia di fronte al Palazzo Littorio di Trento (1942).

KAP. IX

Option, Kriege und Befreiungen

Vom „Anschluss“ Österreichs bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Durch den „Anschluss“ Österreichs (1938) wurde der Brenner zur Grenze zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland. Gemäß einem zwischen den Diktatoren beider Länder geschlossenen Abkommen „optierte“ im Herbst 1939 eine große Mehrheit der Südtiroler für die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Umsiedlung selbst wurde durch den Krieg verzögert.

Nach dem Waffenstillstand Italiens mit den Alliierten (September 1943) und dem Einmarsch deutscher Truppen wurden die Provinzen Bozen, Trient und Belluno zur „Operationszone Alpenvorland“ vereint. Diese unterstand dem Gauleiter von Tirol-Vorarlberg und war faktisch dem Deutschen Reich angeschlossen, dessen Herrschaftspraxis Terror, Verfolgung und Repression kennzeichneten.

Hitler, Südtirol und der „Anschluss“

Seit dem Beginn seiner politischen Laufbahn hatte Hitler die Allianz mit dem faschistischen Italien als eine der Säulen der künftigen Politik Deutschlands betrachtet. Die Bereitschaft, auf Südtirol zu verzichten, war die notwendige Konsequenz. Sie war nicht nur den ideologischen Affinitäten des künftigen Führers mit dem Faschismus geschuldet, sondern auch dem Bewusstsein, dass es ohne die Zustimmung Italiens kaum möglich sein würde, den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich zu verwirklichen.

Im Jahr 1934 scheiterte ein nationalsozialistischer Putschversuch in Österreich (immerhin verlor dabei aber Bundeskanzler Dollfuß sein Leben). In dieser kritischen Situation stand Mussolini nicht an, sich als Beschützer der vom Reich bedrohten kleinen Republik anzubieten: Daher ließ er vier Divisionen am Brenner aufmarschieren.

Dessen ungeachtet kam es in der Folgezeit zu einer allmählichen Annäherung zwischen Italien und Deutschland. Zumal nach dem Abessinienkrieg (1935–1936), im Lichte der vom Völkerbund über Italien verhängten wirtschaftlichen Sanktionen, war Mussolini auf den Rückhalt aus Berlin angewiesen. 1936 engagierte er sich gemeinsam mit Hitler im Spanischen Bürgerkrieg zu Gunsten von Francisco Franco. Die Freundschaft der beiden Diktatoren wurde als „Achse Rom-Berlin“ bezeichnet.

Im März 1938, nach einer Reihe von Störaktionen der österreichischen Nationalsozialisten, ordnete Hitler den Einmarsch seiner Truppen in Österreich an. Die Mehrheit der Bevölkerung begrüßte den „Anschluss“ mit Freuden; bei einer anschließend durchgeführten Volksabstimmung stimmten nur 2 % dagegen. Österreich hatte aber seine Unabhängigkeit verloren: Das Land wurde zur „Ostmark“ des Deutschen Reiches.

Der „Reichsgau Tirol-Vorarlberg“

Gemeinsam mit Vorarlberg wurde Tirol ein *Reichsgau*; seit dem Juni 1938 unterstand dieser neu gebildete Verwaltungsbezirk dem Gauleiter Franz Hofer. Er war einer der führenden Nationalsozialisten in Tirol, die sich 1933 zur Flucht nach Deutschland gezwungen gesehen hatten. Osttirol wurde hingegen an Kärnten angeschlossen. Das Inkrafttreten der Reichsgesetze wurde in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens, in Verwaltung und Rechtsprechung, in Wirtschaft und Schule, als markante Zäsur empfunden. Umgehend setzte das nationalsozialistische Regime auch in Österreich seine

rigorosen Kontrollmechanismen in Kraft und scheute auch vor Repression und Terror nicht zurück. In Tirol erhoben sich oppositionelle Kräfte in kleinen, aber gut organisierten Gruppen in den Reihen der Sozialdemokraten und der Kommunisten, vor allem aber innerhalb der katholischen Kirche. Die Presse wurde, sofern nicht überhaupt verboten, einer strengen Kontrolle unterworfen. Viele Priester wurden aus den Schulen entlassen oder verhaftet: Bis 1945 sollten immerhin elf von ihnen in Konzentrationslagern ihr Leben verlieren. Namentlich genannt seien Karl Lamprecht, Provikar der Apostolischen Administratur Innsbruck, Pfarrer Otto Neururer und der Marianist P. Jakob Gapp: Die beiden Letzteren wurden 1996 selig gesprochen.

DAS POGROM VOM NOVEMBER 1938 IN INNSBRUCK

Die in Tirol lebenden Juden waren von der Ausdehnung des Gültigkeitsbereiches der Nürnberger Rassengesetze unmittelbar betroffen: „Arisierung“ der Betriebe, Berufsverbot, Verlust politischer und bürgerlicher Rechte etc. Am 9. November 1938 wurden sie Opfer der berüchtigten „Reichskristallnacht“. Diese Repressionsmaßnahme wurde im gesamten Deutschen Reich durchgeführt, und zwar unter dem Vorwand einer Kundgebung des Volkes, das seiner Empörung über die Ermordung eines deutschen Diplomaten in Paris durch einen jungen Juden Ausdruck verleihen wollte. Auch in Innsbruck waren organisierte Gruppen der Nationalsozialisten in Zivil tätig: Sie töteten vier der bekanntesten Vertreter der örtlichen jüdischen Gemeinde (Richard Berger, Josef Adler, Richard Graubart, Wilhelm Bauer). Mehr als 20 Familien wurden zu Opfern gewalttätiger Übergriffe Plünderungen und Verwüstungen. Über einige der Beteiligten wurden nach dem Krieg (milde) Strafen verhängt, die eigentlich Verantwortlichen, darunter Gauleiter Hofer, blieben hingegen straffrei. 1997 wurde auf dem Landhausplatz ein kleines Denkmal für die Opfer der „Reichskristallnacht“ errichtet.



Feierliche Begehung des „Tages der deutschen Arbeit“ in Innsbruck (1. Mai 1938).
Celebrazione della "Festa del lavoro tedesco" a Innsbruck (1° maggio 1938).

Die Propaganda in Südtirol

Der „Anschluss“ hatte auch auf Südtirol weit reichende Auswirkungen. Trotz Hitlers feierlicher Beteuerungen der Unantastbarkeit der deutsch-italienischen Grenze erreichte nach dem März 1938 die Propaganda des VKS (*Völkischer Kampfring Südtirols*) einen Höhepunkt. Die Rede ist von einer bereits 1933 entstandenen, von jungen Intellektuellen getragenen, illegalen nationalsozialistischen Bewegung. Die außenpolitischen Erfolge des Deutschen Reiches, die auch in Südtirol mit Enthusiasmus wahrgenommen wurden, bewirkten ein allmähliches Erstarken. Der VKS unterzog die alte katholisch-liberale Führungsschicht harscher Kritik und bezichtigte sie der Schwäche sowie allzu starker Gebundenheit an Österreich. In geheimen Kontakten zu Berlin präsentierte er sich als Kampfgemeinschaft der Südtiroler, die sich als einer der vielen Zweige des einzigen Deutschen Volkes verstanden. Nach dem „Anschluss“ setzten die faschistischen Behörden scharfe Maßnahmen gegen die Deutschen in Südtirol, und es kam zu einer Welle von Verhaftungen und Deportationen.

1939: die „Option“ der Südtiroler

Die angespannte politische Lage in Südtirol stellte in der deutsch-italienischen Allianz einen neuralgischen Punkt dar. Nach dem Abschluss des „Stahlpaktes“ (22. Mai 1939) einigten sich die beiden Diktatoren darauf, das Problem durch die Umsiedlung von zumindest einem Teil der Bevölkerung zu lösen. Die jüngere Geschichte Europas hielt einige Beispiele für derlei Lösungen bereit, etwa die nach dem Ersten Weltkrieg in Polen, in Griechenland oder in der Türkei gefundenen. Sowohl für die nationalsozialistische als auch für die faschistische Ideologie war ethnisch-nationale Homogenität auch in Grenzregionen ein unverzichtbares Ziel. Die in der Sprache der Nationalsozialisten als „Volksdeutsche“, in jener der italienischen Faschisten als „Fremdstämmige“ definierten Südtiroler wurden vor eine unwiderrufliche Wahl gestellt: der italienischen Nation assimiliert zu werden oder die eigene Heimat zu verlassen, um sich ins Reich zu begeben.

Die im Juni unterzeichneten und im Oktober 1939 weiter ausgearbeiteten italienisch-deutschen Abkommen sahen in erster Linie die „Heimkehr“ von rund 10.000 in Südtirol ansässigen Reichsdeutschen vor. Die deutschen und ladinischen Bewohner der Provinzen Bozen, Trient, Belluno und Udine sollten sich innerhalb 31. Dezember 1939 entscheiden, ob sie die italienische Staatsbürgerschaft beibehalten oder die deutsche erwerben wollten. In letzterem Fall waren sie verpflichtet, bis spätestens Ende 1942 die Umsiedlung auch tatsächlich durchzuführen.

„Geher“ und „Dableiber“

Diese überaus schwierige Wahl zerriss in vielen Fällen ganze Gemeinden, ja selbst einzelne Familien. Auf deutscher Seite wurde die Durchführung der gesamten Aktion in die Hände der SS gelegt, die in Südtirol eigene Büros eröffnete. Diese wurden zu Zentren einer massiven Propaganda, die sich auch der Netzwerke des VKS bediente. Dabei wurde je nach Opportunität unterschiedlich, mitunter auch widersprüchlich, argumentiert. Besonders eindringlich war die Aufforderung, der eigenen nationalen Identität treu zu bleiben: Italien würde Südtirol in irreversibler Weise assimilieren. Es kam auch das Gerücht auf, jene, die nicht für Deutschland optierten, würden südlich des Po oder in Sizilien angesiedelt werden (die sogenannte „Sizilianische Legende“). Vermögenslose würden in Deutschland glänzende Arbeitsmöglichkeiten finden, und die Bauern würden in einem geschlosse-

nen, auf die Südtiroler abgestimmten Gebiet angesiedelt werden. Insgesamt wurde die „Option“ zu einem Bekenntnis der Zugehörigkeit zu einer der beiden Volksgruppen (deutsch oder italienisch) umgedeutet. Dieser bis in entlegene Täler reichenden Propaganda für das Gehen setzten „Dableiber“-Organisationen, insbesondere katholische Kreise um Kanonikus Michael Gamper, Appelle an die Treue zur Heimat und an die religiöse Tradition entgegen. Einige Jüngere, darunter Friedl Volgger, Josef Mayr-Nusser oder Hans Egarter, gründeten den *Andreas-Hofer-Bund*.

Die Umsiedlung ins Reich

Die italienischen Behörden warteten lange zu, ehe sie auf die deutsche Propaganda reagierten. Einige Südtiroler bemühten sich um eine Begegnung mit Mussolini, um die „Sizilianische Legende“ aus erster Hand dementieren zu können. Wegen des von Deutschland ausgehenden Druckes konnte das Treffen aber erst im März 1940 stattfinden, als die Optionsfrist bereits abgelaufen war. Über 80 % der Wahlberechtigten (ca. 210.000 Personen) hatten für Deutschland optiert. Für den Klerus war die Frist bis zum Juni 1940 verlängert worden, um eine direkte Einflussnahme auf die Gläubigen zu verhindern. Während sich die in der Seelsorge tätigen Priester (Pfarrer und Kooperatoren) mehrheitlich fürs „Dableiben“ aussprachen, entschieden sich der Brixner Bischof Johannes Geisler und seine engsten Mitarbeiter, darunter Generalvikar Josef Pompanin, fürs „Gehen“.

Nur rund ein Drittel derer, die „optiert“ hatten (75.000), zog auch tatsächlich ins Reich. Die Verfahren der Schätzung und des Verkaufs der Liegenschaften, für die gemischte deutsch-italienische Kommissionen gebildet worden waren, erwiesen sich als überaus komplex. Mit der Zeit nahm auch die psychische Bereitschaft zur Umsiedlung ab. Junge Männer im wehrfähigen Alter wurden umgehend eingezogen und an den diversen Kriegsschauplätzen (Norwegen, Frankreich, Russland) eingesetzt. Das angekündigte geschlossene Siedlungsgebiet wurde nicht gefunden, so dass die Familien auf verschiedene Regionen verteilt werden mussten. Ein guter Teil blieb in Nordtirol. Am Stadtrand von Innsbruck (Pradl) entstanden für diese Südtiroler eigene Wohnsiedlungen. Jener, denen die Umsiedlung noch bevorstand, nahm sich die Arbeitsgemeinschaft der Optanten für Deutschland (AdO) an.

Als eine in den zwischenstaatlichen Abkommen nicht erfasste Gruppe wurden die Bewohner der deutschen Sprachinseln im Fersental und in Lusern

zur Option zugelassen. Das Projekt von deren geschlossener Umsiedlung wurde durch die Kriegereignisse verzögert. 1942 zogen dann aber – nach dem Verkauf ihrer Liegenschaften – fast 100 Personen zunächst ins Salzburgerische, um schließlich zwangsgeräumte Höfe im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren zu übernehmen. Der ungünstige Kriegsverlauf an der Ostfront zwang sie dann aber zur Flucht und – unter großen Mühen – zur Rückkehr in die Heimat.



Optantengruppe unmittelbar vor der Umsiedlung nach Deutschland (Brixen 1940).
Gruppo di optanti in attesa di partire per la Germania (Bressanone 1940).

Der Sturz des Faschismus und der italienische Waffenstillstand

Italien trat im Juni 1940 in den Krieg ein. Mussolini hatte angesichts der beeindruckenden Siege der Deutschen an ein rasches Ende geglaubt. Stattdessen geriet er selbst in einen „Parallelkrieg“ mit katastrophalem Ausgang (Angriff auf Griechenland, Niederlagen in Afrika und am Mittelmeer). In den ersten Monaten des Jahres 1943, im Anschluss an den überaus verlustreichen Russlandfeldzug, begann der Duce sodann auch im eigenen Land jeglichen politischen Rückhalt zu verlieren, umso mehr, als die Alliierten mit Bombenangriffen auf die Halbinsel begannen. Am 10. Juli gingen sie in Sizilien an Land, am 25. Juli stürzte das faschistische Regime. König Viktor Emanuel III. ließ Mussolini festnehmen und übertrug die Regierungsge-

schäfte dem Marschall Pietro Badoglio. Dieser verfügte über geheime Kontakte, die den Abschluss eines Waffenstillstandes mit den Alliierten ermöglichten. Den drohenden Abfall des Bündnispartners Italien vorausahnend, verstärkte Deutschland seine militärische Präsenz auf der Halbinsel erheblich, vornehmlich über den Brenner. Gleich nach der offiziellen Verkündigung des Waffenstillstandes, am Abend des 8. September 1943, besetzten die Deutschen den Stiefel und entwaffneten die in Südtirol stationierten italienischen Streitkräfte. Deren Kommandostruktur war völlig zusammengebrochen; der König hatte sich unter dem Schutz der Alliierten nach Apulien begeben.

In Südtirol und im Trentino kam es zu einigen Aktionen des Widerstandes mit ca. 80 Toten und einigen hundert Verletzten aus den Reihen des italienischen Militärs. Sowohl Offiziere als auch einfache Mitglieder der Truppe wurden in deutsche Konzentrationslager gebracht.

Die Operationszone Alpenvorland

Am 10. September 1943 richtete Hitler im Nordosten Italiens zwei militärische Operationszonen ein: *Adriatisches Küstenland* und *Alpenvorland*. Zur Letzteren gehörten die Provinzen Bozen, Trient und Belluno; als Oberster Kommissar wurde der Gauleiter von Tirol-Vorarlberg, Franz Hofer, eingesetzt. Es handelte sich um eine „getarnte“ Annexion: Die betroffenen Gebiete, allesamt einst Teil der Habsburgermonarchie, hatten nie formell zum Deutschen Reich gehört, aber sie wurden auf diese Weise faktisch der Verwaltung durch die neu gegründete *Repubblica Sociale Italiana di Salò* entzogen. Hitler hatte allerdings nicht die Absicht, die Glaubwürdigkeit der von Mussolini nach seiner Befreiung durch die Deutschen gebildeten Marionettenregierung zu schädigen.

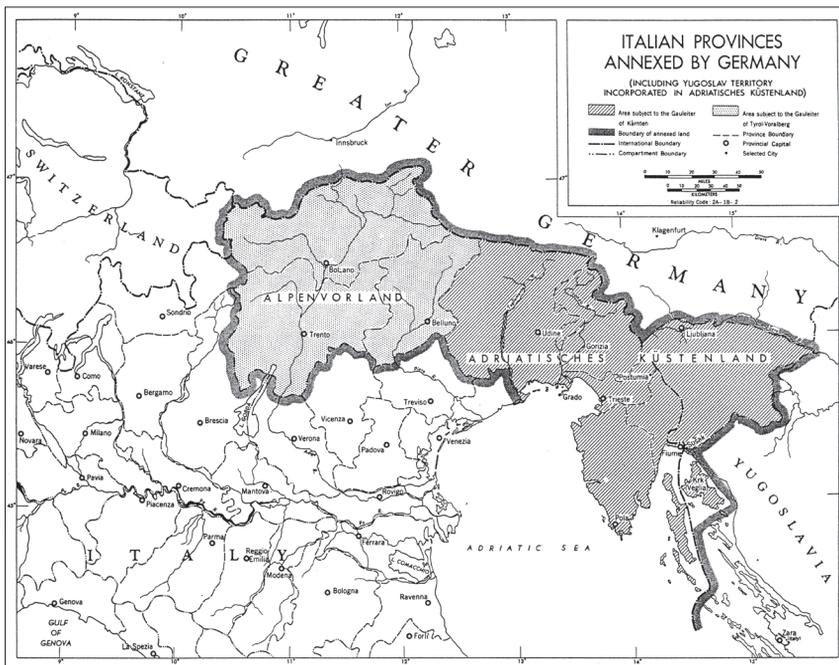
Militär- und Zivilverwaltung standen unter strenger Kontrolle der deutschen Behörden. Die Bevölkerung Südtirols begrüßte die Wiedereinführung der deutschen Sprache (neben der italienischen) bei den Ortsbezeichnungen, in der Verwaltung etc. mit Begeisterung. Außerdem fielen die Gemeinden des Unterlandes und die ladinischen Gemeinden Cortina, Buchenstein und Colle Santa Lucia wieder an die Provinz Bozen zurück.

Die führenden Verwaltungsposten wurden mehrheitlich an Exponenten der AdO vergeben. Volksgruppenführer Peter Hofer wurde zum Präfekten der Provinz Bozen ernannt. Als er 1943 bei einem Bombenangriff ums Leben

kam, wurde er durch Rechtsanwalt Dr. Karl Tinzl ersetzt, einen der führenden Exponenten des ehemaligen *Deutschen Verbandes*.

Die Italiener in Südtirol empfanden diese grundlegende politische Richtungsänderung als ethnische Bedrohung. Viele von ihnen, insbesondere staatliche Funktionäre und Beamte, verließen die Provinz und kehrten an ihre Herkunftsorte zurück.

Im Trentino versuchte Hofer als Oberster Kommissar die noch vorhandene, wenngleich unbestimmte Habsburgernostalgie einerseits und die vom Faschismus abgewürgten autonomistischen Ambitionen andererseits auszunützen. Zum Kommissarischen Präfekten ernannte er den liberalen Rechtsanwalt Adolfo De Bertolini, eine im Trentino sehr geachtete Persönlichkeit.



Karte der Operationszone Alpenvorland und der Operationszone Adriatisches Küstenland, ausgearbeitet vom amerikanischen Geheimdienst.

Cartina delle zone di operazioni militari delle Prealpi (Alpenvorland) e del Litorale Adriatico (Adriatisches Küstenland) elaborata dai servizi segreti USA.

Einberufung zum Militär, Verfolgung und Repression

In Bozen wurde ein Sondergericht für politische Vergehen eingerichtet; in diese Kategorie fielen auch Aktionen gegen die deutschen Streitkräfte. Aber auch die ordentliche Justiz entging der Kontrolle der Nationalsozialisten nicht. Der Appellationsgerichtshof in Trient, bisher eine Sektion von Venedig, wurde selbstständig.

Wer zum Militär einberufen wurde, auch italienische Staatsbürger, wurde fast ausschließlich deutschen Formationen zugewiesen, den Südtiroler Polizeiregimentern oder lokalen Polizeitruppen wie dem *Sicherheits- und Ordnungsdienst* (SOD) und dem *Corpo di Sicurezza Trentino* (CST, „Trentiner Sicherheitskorps“). Die Südtiroler Mitglieder des Polizeiregiments kamen vornehmlich bei der Bekämpfung der Partisanen in verschiedenen Gegenden Italiens zum Einsatz. Am 23. März 1944 wurden 33 Soldaten des Bozner Polizeiregiments bei einem von Partisanen organisierten Sprengstoffattentat in Rom (Via Rasella) getötet. Die von Berlin verordnete, vom SS-Kommando in Rom durchgeführte Gegenaktion endete in einem Gemetzel in den Fosse Ardeatine (335 Opfer).

Unmittelbar nach dem 8. September begann, häufig in Zusammenarbeit mit einheimischen Nationalsozialisten, die Verhaftung und Deportation der in der *Operationszone Alpenvorland* ansässigen Juden. Die Meraner jüdische Gemeinde hatte in den zwanziger und dreißiger Jahren dank des Zustroms deutscher und österreichischer Familien zahlenmäßig stark zugenommen. Seit dem Erlass der italienischen Rassengesetze im Herbst 1938 galten alle Juden, welche die italienische Staatsbürgerschaft nach 1919 erworben hatten, als „Ausländer“ und konnten folglich vertrieben werden. 1943 lebten in Meran nur noch jene Juden, die aus gesundheitlichen, wirtschaftlichen oder Altersgründen nicht in der Lage gewesen waren, sich andernorts in Sicherheit zu bringen. 23 von ihnen wurden deportiert, andere wurden in anderen Ortschaften der Region arretiert, manche auch in italienischen Städten, in denen sie Zuflucht gesucht hatten. Fast niemand aus dieser Gruppe kehrte aus den Vernichtungslagern zurück.

DIE LAGER VON BOZEN UND REICHENAU

Am Stadtrand von Bozen wurde im Sommer 1944 das von der SS geführte *Polizeiliche Durchgangslager Bozen* errichtet. Es handelte sich um die Nachfolgeinstitution des wegen des Vorrückens der Frontlinie aufgelassenen Lagers von Fossoli (Modena). Hier wurden rund 11.000 männliche und weibliche Internierte festgehalten, ehe sie in die Konzentrations- und Vernichtungslager im Reich gebracht wurden: politische Gefangene, Kriegsgefangene (auch Alliierte), Partisanen, in Sippenhaft Genommene, Juden oder Zigeuner. Die Kommandanten und Wächter im Bozner Lager (darunter solche ukrainischer Herkunft) begingen Exekutionen, Folterungen und Gewaltakte jeder Art.

1941 war im Innsbrucker Stadtteil Reichenau ein Lager für italienische Zivilarbeiter, die vom Deutschen Reich nach Italien zurückzukehren wünschten, eingerichtet worden. Tatsächlich entwickelte es sich zu einem der Gestapo unterstellten *Arbeitserziehungslager*. Bis zum Ende des Krieges passierten es über 8000 Internierte, viele davon aus politischen oder rassistischen Gründen. Man weiß von mehr als hundert darin entweder durch Exekution, Misshandlung oder schlechte Arbeitsbedingungen ums Leben gekommenen Personen.

Widerstandskämpfer und Blutzeugen

Ein aktiver, bewaffneter Widerstand konnte sich an einigen Orten der Provinz Belluno und des Trentino (Cadino-, Fleims-, unteres Sarcatal) entfalten, auch dank der Unterstützung von Seiten der Bevölkerung. Von deutscher Seite wurden Fahndungsaktionen und Razzien vorgenommen; ein derartiges Unternehmen des Bozner SS-Kommandos vom 28. Juni 1944 führte zwischen Riva, Arco und Rovereto zur Hinrichtung von 11 Partisanen.

Die Verhafteten wurden gewöhnlich dem Bozner Gestapokommando überstellt (im Gebäude des ehemaligen italienischen Armeekommandos), das für die gesamte *Operationszone Alpenvorland* zuständig war. Hier kamen bei Verhören auch Foltermethoden zum Einsatz, die mitunter zum Tod eines Angeklagten führten. Giannantonio Mancini, einer der führenden Exponen-

ten des Widerstandes im Trentino, stürzte sich vom dritten Stockwerk eines Gebäudes in die Tiefe, um einem neuerlichen Verhör zu entgehen. In den Reihen der Gruppe Mancini, bekannt unter dem Namen *Movimento socialista trentino* („Trentiner sozialistische Bewegung“), entstand das bedeutendste politische Manifest des Widerstandes im Trentino, das 1944 in Umlauf kam. Auf der Basis einer scharfsinnigen Analyse der aktuellen Krise wurden darin die republikanische Staatsform und das Bekenntnis zu Autonomie und europäischem Föderalismus als Wirkkräfte künftiger demokratischer Entwicklung bezeichnet.

Der Gründer und Vorsitzende des Bozner *Comitato di Liberazione Nazionale* (CLN, „Nationales Befreiungskomitee“), Manlio Longoni, wurde erhängt. Das Bozner Komitee betätigte sich in der Propaganda und nahm sich der im Lager Internierten an. Longoni suchte auch den Kontakt zum Unternehmer Erich Amonn, einem der entschiedensten „Dableiber“ (und künftigen Obmann der SVP), um die Tätigkeit beider Bewegungen auf einer gemeinsamen Basis demokratischer Werte als Richtlinie künftiger Politik in Südtirol aufeinander abzustimmen.

Nach dem 8. September 1943 gelang einigen Anführern der „Dableiber“ die Flucht (etwa Kanonikus Michael Gamper), während andere in Konzentrationslager gebracht wurden (etwa Rudolf Posch oder Friedl Volgger). Mehrere Geistliche wurden verhaftet oder strenger Überwachung unterstellt. Der *Andreas-Hofer-Bund* unter der Leitung von Hans Egarter betrieb weiterhin seine geheime antinationalsozialistische Propaganda, pflegte Kontakte mit den alliierten Geheimdiensten in der Schweiz und unterstützte die zahlreichen Wehrdienstverweigerer und Deserteure samt ihren Familien. Der Bozner Josef Mayr-Nusser, schon in jungen Jahren in führender Funktion in der *Katholischen Aktion* tätig, verweigerte aus religiösen Gründen den Eid auf den Führer. Er starb auf dem Transport in ein Lager an den Folgen der Haft. Ähnliche Fälle ereigneten sich auch in Nordtirol, wo besonders in den Reihen der Geistlichkeit viele Opfer zu beklagen waren.



Matri am Brenner nach dem Bombenangriff vom 22. März 1945. Am 2. September 1943 setzten im gesamten Land heftige Bombardements der Alliierten ein. Diese sollten vor allem die Brennerlinie als Hauptverkehrsader treffen, um den Transport von Truppen und Kriegsmaterial vom Deutschen Reich an die italienische Front zu erschweren. Sämtliche Hauptorte (Trient, Bozen, Innsbruck) erlitten schwere Schäden.

Matri am Brenner dopo il bombardamento del 22 marzo 1945. Col 2 settembre 1943 cominciarono i pesanti bombardamenti alleati sulla regione. L'obiettivo principale era di colpire la ferrovia e la strada del Brennero per rendere difficoltoso il transito di truppe, mezzi e rifornimenti dal Reich al fronte italiano. Tutti i principali centri (Trento, Bolzano, Innsbruck) subirono gravissimi danni.





KAP. X

Ethnische Spannungen und demokratischer Neubeginn

Grenzen und Autonomiediskussionen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Krieg erhielt Österreich seine republikanisch-bundesstaatliche Verfassung wieder zurück. Auch Italien entschied sich für die Republik und gab sich eine neue Verfassung (1948). Im Pariser Vertrag (1946) wurden den Südtirolern politische Autonomie und wichtige Kompetenzen in den Bereichen Sprache und Kultur zugesichert. Die im ersten Autonomiestatut (1948) gefundene Lösung war allerdings unzureichend, vor allem weil sie sich auf die gesamte Region Trentino-Südtirol bezog. Daraus entstand eine politische Auseinandersetzung, die so heftig war, dass sie zu einer diplomatischen Krise zwischen Österreich und Italien führte und schließlich der UNO unterbreitet wurde (1960/61). Eine Serie von Attentaten bewirkte eine zusätzliche Verschlechterung des Klimas. Dann aber wurde ein politischer Dialog aufgenommen,



der dank der ernsthaften, beharrlichen Arbeit paritätischer Kommissionen, aber auch vor dem Hintergrund sich intensivierender europäischer Zusammenarbeit die Verabschiedung eines zweiten Autonomiestatuts (1972) möglich machte; in seinem Zentrum stand nicht so sehr die Region als vielmehr die Provinzen Bozen und Trient.

Unter alliierter Verwaltung

Anfang Mai wurden in allen drei Landesteilen Büros der alliierten Militärregierung errichtet. In Nordtirol hatte sich bereits eine provisorische Regierung unter Karl Gruber gebildet. Obwohl ihr wesentliche Kompetenzen fehlten, bedeutete sie einen politischen Neubeginn in demokratischem Geist, insbesondere seit Juli 1945, als die Amerikaner von den Franzosen als Besatzungsmacht abgelöst wurden. Bereits am 25. November fanden in Österreich Landtags- und Nationalratswahlen statt. Das neue Innsbrucker Landesparlament war von Kräften der Österreichischen Volkspartei beherrscht, die mit 70 % der Stimmen auf 26 Mandate kam (gegenüber zehn Mandaten der Sozialisten). Osttirol, das 1938 an Kärnten angeschlossen worden war, kehrte erst 1947 unter Innsbrucker Verwaltung zurück.

Die alliierte Militärregierung in der Provinz Bozen, die einen italienischen Präfekten in seinem Amt bestätigt hatte, versuchte, da es eine endgültige Lösung für die Zukunft noch nicht gab, zwischen den Forderungen der beiden Sprachgruppen zu vermitteln. Die am 8. Mai als Sammelpartei der Südtiroler entstandene *Südtiroler Volkspartei* (SVP) setzte sich nach Kräften für das Selbstbestimmungsrecht ein. Die italienische Regierung unter dem aus dem Trentino stammenden Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi war darum bemüht, den Alliierten zu beweisen, dass Italien mit den Maximen des Faschismus gebrochen hatte, beispielsweise im Bereich der Schule.

Im Juni 1946 bestätigten die Außenminister der Siegermächte die Entscheidung, dass Südtirol bei Italien verbleiben solle; auch über kleinere Grenzkorrekturen ließen sie nicht mit sich reden. Österreich argumentierte vor allem mit der historischen und sprachlichen Einheit des deutschen Tirol und mit der Unterdrückung der Südtiroler in der faschistischen Ära. Italien

hielt dem demographische und wirtschaftliche Überlegungen entgegen: die mittlerweile gut gelungene Etablierung der Italiener in der Provinz Bozen und deren große Bedeutung für die staatliche Energiewirtschaft und für die Industrie. Die Alliierten trafen ihre Entscheidungen auch aufgrund geopolitischer Überlegungen angesichts des im Raum stehenden „Kalten Krieges“.



Kundgebung in Südtirol für die Selbstbestimmung im Frühjahr 1946.

Una manifestazione sudtirolese per l'autodeterminazione nella primavera del 1946.

Der Pariser Vertrag von 1946

Am 5. September 1946 unterzeichneten in Paris der italienische Ministerpräsident und Außenminister Alcide De Gasperi und der österreichische Außenminister Karl Gruber ein Abkommen, das der italienischen Regierung eine Reihe von Verpflichtungen zu Gunsten der deutschen Minderheit in Südtirol auferlegte. Die wichtigsten waren:

- die Möglichkeit, die 1939 im Rahmen der „Option“ getroffene Entscheidung für Deutschland zu widerrufen;

- die Gleichstellung der deutschen und italienischen Sprache in der Verwaltung und bei den zweisprachigen Ortsbezeichnungen;
- die Einrichtung von Volks- und weiterführenden Schulen mit deutscher Unterrichtssprache;
- die Gewährung einer Autonomie, deren Rahmen allerdings noch unscharf war.

Weitere Punkte betrafen die Erleichterung des Durchgangsverkehrs von Personen und Gütern zwischen Nord- und Osttirol und von einigen charakteristischen Erzeugnissen zwischen Italien und Österreich, außerdem die wechselseitige Anerkennung von Studientiteln und akademischen Graden. Das Gruber-Degasperi-Abkommen wurde als Anhang in den Friedensvertrag Italiens mit den Alliierten aufgenommen. Die den Südtirolern gewährte Autonomie fand auch Aufnahme in das im Januar 1948 erlassene Sonderstatut für die Region Trentino-Südtirol. Für diese Entscheidung der italienischen Regierung sprachen mehrere Gründe: Einerseits hatte Degasperi mit einer regionalen Autonomie einer zentralen Forderung der Trentiner entsprochen, als deren Sprachrohr in diesen Jahren insbesondere die Bewegung ASAR (*Associazione Studi Autonomistici Regionali*) hervortrat, andererseits glaubte der Trentiner Politiker, der ethnische Konflikt in Südtirol würde im Kräftedreieck Staat-Region-Provinz besser lösbar sein. Allein die Südtiroler waren keineswegs zufrieden: In ihren Augen war die Autonomie für die deutsche Minderheit im Rahmen einer Einheit, die, wie die Region, mehrheitlich italienisch war, nicht gut verankert.

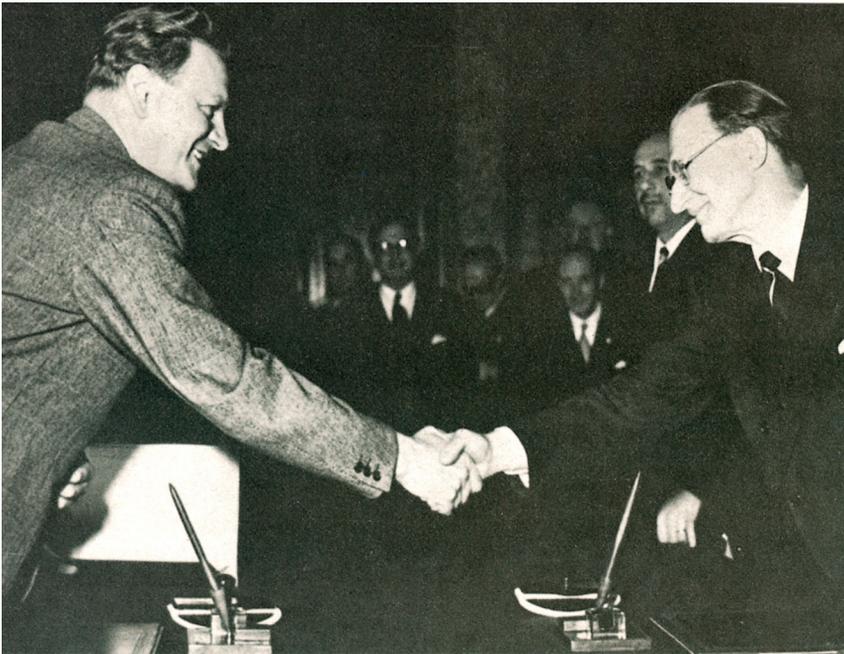
Die Krise der Region Trentino-Südtirol

In der Region kam es zu einer Zusammenarbeit von SVP und Trentiner Christdemokraten (DC) auf der Basis gemeinsamer christlichsozialer Werte, aber die von Südtiroler Seite erwartete Regelung der autonomen Kompetenzen wollte nicht gelingen. Die SVP leitete aus Art. 14 des Autonomiestatuts die Möglichkeit ab, jeder der beiden Provinzen bestimmte Kompetenzen der Region dauerhaft zu delegieren. Der Verfassungsgerichtshof entschied in dieser Frage zu Ungunsten der Volkspartei. Diese legte dem Staat außerdem zur Last, er erlasse die Durchführungsbestimmungen in Autonomiefragen in der Regel mit großer Verspätung, ja sei den regionalen Forderungen generell wenig gewogen.

Ab 1953 war im einheimischen politischen Diskurs immer häufiger die Rede

vom *Todesmarsch*, in den die italienische Regierung die Südtiroler treibe, nicht zuletzt dadurch, dass sie mit allen Mitteln die Zuwanderung weiterer Italiener ins Land fördere. Dieses Phänomen war nach dem Krieg in der Tat gegeben, allerdings nicht in der von den deutschen Südtirolern vermuteten Dichte. Die Gründe sind im Ausbau der Verwaltungsstrukturen und der wirtschaftlichen Infrastruktur (Fabriken, Wasserkraftwerke, öffentliche Arbeiten) zu suchen, aus denen die Südtiroler weitgehend ausgeschlossen waren. Bis in die sechziger Jahre zogen viele Einheimische es vor, im Ausland zu arbeiten.

Als schwierig erwies sich auch die gesellschaftliche Eingliederung der Rücksiedler, die aufgrund des Dekrets von 1948 die italienische Staatsbürgerschaft wiedererlangt hatten. Der Volkswohnbau war ein in Hinblick auf ethnische Spannungen besonders gefährliches Terrain.



Karl Gruber und Alcide De Gasperi, die Protagonisten des Pariser Vertrages (September 1946) über Südtirol.

Karl Gruber e Alcide De Gasperi, i protagonisti dell'Accordo di Parigi sull'Alto Adige (settembre 1946).

1957: „Los von Trient!“

Die Ankündigung eines Volkswohnbauprogramms für Bozen durch die italienische Regierung war der Auslöser für die eindrucksvollste Protestkundgebung der SVP in der Nachkriegszeit. Die auf der Landesversammlung im Mai 1957 gewählte neue Parteileitung wollte einen grundlegenden Wechsel des politischen Stils signalisieren; sie warf den Vorgängern in der Auseinandersetzung mit Trient und Rom Schwäche vor. Am 17. November 1957 versammelten sich auf Schloss Sigmundskron, einer dominant gelegenen Burg im Bozner Talkessel, 35.000 Personen aus dem gesamten Land, um die Einheit der deutschen Volksgruppe zu demonstrieren, aber auch um die Gründe für ihre Unzufriedenheit zu erläutern und die Bereitschaft zu vorbehaltlosem Einsatz für ihre Ziele zu signalisieren. Der neue Obmann der SVP, Silvius Magnago, verkündete als neue Devise: „Los von Trient!“. Für ihn war die einzige Alternative zur Selbstbestimmung die Autonomie der Provinz Bozen.

1960: Die Südtirolfrage vor der UNO

Zwischenzeitlich hatte sich auch Österreich, seinerseits durch den Staatsvertrag von 1955 zu voller Souveränität gelangt, in die Debatte eingebracht: In einem Memorandum warf Wien der italienischen Regierung vor, die Auflagen des Pariser Vertrages nicht zur Gänze erfüllt zu haben. Die Südtirolfrage war ein Thema, das die öffentliche Meinung in Österreich, über alle Parteigrenzen hinweg, sehr beschäftigte. Vor allem die Tiroler ÖVP, deren Stärke auch auf Bundesebene sehr ins Gewicht fiel, zeigte großes Engagement. Angesichts der mangelnden Öffnung von Seiten Italiens brachte Österreich das Problem vor die UNO. Am 31. Oktober 1960 verabschiedeten die Vereinten Nationen eine Resolution, die Italien und Österreich aufforderte, auch weiterhin an einer „Lösung aller strittigen Fragen in Zusammenhang mit der Durchführung des Pariser Vertrages vom 5. September 1946“ zu arbeiten. Andernfalls müsse die Frage dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorgelegt werden.

Die Bombenzeit

Die italienisch-österreichischen Verhandlungen wurden durch gewalttätige Aktionen stark beeinträchtigt. Schon 1956 hatte sich die öffentliche Ord-

nung in Südtirol erheblich verschlechtert. Im September hatte eine Serie von Attentaten auf Strommasten, Eisenbahnlinien, Baustellen und Denkmäler eingesetzt. Organisator war in den meisten Fällen der *Befreiungsausschuss Südtirol* (BAS), von dem es auch in Innsbruck eine Zweigstelle gab. Die Nordtiroler Mitglieder trugen zur Finanzierung und zur technischen Vorbereitung der Attentate bei und pflegten Kontakte zu politischen Kreisen in Innsbruck und Wien.

Auf Südtiroler Seite war eines der bedeutendsten Gründungsmitglieder Sepp Kerschbaumer, Kaufmann aus Frangart, vormals SVP-Funktionär auf Ortsebene. Er hatte die Partei schließlich aber verlassen, weil er am Prinzip der Selbstbestimmung festhielt. Ihm zufolge sollten die Attentate ausschließlich „demonstrativen“ Charakter haben, aber keine Menschenleben fordern. Eine andere Richtung innerhalb des BAS sah darin hingegen den ersten Schritt hin zu einem regelrechten Partisanenkampf: Die Eskalation der „Unordnung“ würde auf Seiten des italienischen Staates die vorhersehbare Reaktion auslösen, und somit würde Südtirol zu einem Faktor der Weltpolitik, ähnlich Algerien oder Zypern, werden.

Die „Feuernacht“

Die spektakulärste Aktion koordinierter Zusammenarbeit mehrerer Gruppen des BAS war die sogenannte „Feuernacht“ am 12. Juni 1961. Am Herz-Jesu-Sonntag, an dem in Tirol traditioneller Weise allenthalben Bergfeuer entzündet werden, wurden an insgesamt ca. 60 Hochspannungsmasten in fast allen Tälern der Provinz Bozen Sprengstoffladungen angebracht. In über 40 Fällen gelang in der Nacht dann auch die Zündung, so dass in weiten Teilen des Landes der Strom ausfiel – wodurch bei der Bevölkerung Panik entstand. Außer erheblichen materiellen Schäden brachte die „Feuernacht“ auch einen Toten: Der Straßenarbeiter Giovanni Postal aus Salurn wurde von einer Sprengladung zerfetzt, die er, wie es ihm einige Monate zuvor bereits einmal gelungen war, entfernen wollte.

Der italienische Staat reagierte umgehend, und zwar mit einer „Militarisierung“ des Gebietes. Einen Monat später gelang die Aufdeckung des Netzwerks des BAS: Fast alle Mitglieder wurden verhaftet. Bei den mit großer Härte Verhören kam es in mehreren Fällen zu Misshandlungen, die ungestraft blieben. Zwei der festgenommenen BAS-Mitglieder starben in den nächsten Monaten im Gefängnis. Obwohl die amtlichen Untersuchungser-

gebnisse einen direkten Zusammenhang zwischen den Todesfällen und den Misshandlungen ausschlossen, konnte eine weitere Zuspitzung der Situation nicht ausbleiben. Ein gegen zehn der Misshandlung bezichtigte Carabinieri angestregtes Gerichtsverfahren (1963) endete mit Freisprüchen bzw. Amnestierung.

Im Prozess gegen 93 Mitglieder des BAS wegen der Ereignisse der „Feuernacht“ erging erst 1964 ein Urteil. Dieses Verfahren fand auch in der Presse ein intensives Echo – was der Südtirolfrage zu erhöhter Präsenz in Italiens Öffentlichkeit verhalf. Die Urteile waren hart, aber auch differenziert, je nach dem Grad der Verantwortlichkeit der einzelnen Angeklagten. Einige von diesen waren noch sehr junge Männer.



Ein in der ersten Phase der Attentate in Südtirol zur Explosion gebrachter Hochspannungsmasten.
Un traliccio dell'alta tensione fatto esplodere nella prima fase degli attentati in Alto Adige.

DIE ESKALATION DER GEWALT

Nach der Verhaftungswelle vom Juli 1961 ging die Initiative zu weiteren Attentaten von österreichischen und deutschen Gruppen aus; einige davon, etwa die sogenannte „Gruppe Burger“, hatten einen eindeutig neonazistischen Hintergrund. Nun kam es auch außerhalb der Provinz Bozen zu Anschlügen, auch zu solchen, die erklärtermaßen sogar Menschenopfer in Kauf nahmen; sie bedienten sich klassischer Guerillamethoden (Fallen, Minen, Schießereien etc.).

Die Zahl der Opfer der Anschlügen betrug insgesamt rund 20, zum größeren Teil Carabinieri, Angehörige der Finanzwache oder Agenten der öffentlichen Sicherheit. Dazu kommen auch die Opfer der Unfälle infolge des Ausnahmezustandes (z. B. der Ausgangssperre), unter denen auch drei junge Südtiroler. Auch in Österreich wurden Attentate verübt, in diesem Fall von rechtsextremen Gruppen aus Italien; das schwerste (im oberösterreichischen Ebensee, 1963) kostete einen österreichischen Polizeiinspektor das Leben. 1964 erregten zwei Bluttaten großes Aufsehen: Am Abend des 3. September tötete ein Schuss in Mühlwald (Pustertal) den Carabiniere Vittorio Tiralongo. Etwa zeitgleich begaben sich Luis Amplatz und Georg Klotz, die bekanntesten flüchtigen Mitglieder des Südtiroler BAS, die sich nach der „Feuernacht“ nach Österreich abgesetzt hatten, ins Passeiertal, um neue Anschläge zu organisieren. In ihrer Gesellschaft befand sich auch Christian Kerbler, ein Agent des italienischen Geheimdienstes. In der Nacht des 7. September 1964 tötete er Amplatz in einer Almhütte bei Saltaus; Klotz erlitt Verletzungen. Nachdem er sich den Ordnungskräften gestellt hatte, wurde ihm die Flucht ins Ausland ermöglicht.

Südtirol war damals Grenzland der NATO. Im Kontext des „Kalten Krieges“ weckten die Attentate daher auch das Interesse der Geheimdienste mehrerer Länder; deren tatsächliche Rolle zu ergründen, ist nach wie vor ein Desiderat der Forschung. So gibt es beispielsweise einige Indizien über Aktionen italienischer Geheimdienste, die darauf ausgerichtet gewesen zu sein scheinen, das angespannte Klima nicht nur nicht zu entspannen, sondern noch weiter zu verschärfen. Für diese Vermutung gibt es zwar keine Bestätigung von Seiten eines Gerichtes, aber sie wurde in den Bericht einer Kommission des italienischen Parlaments aufgenommen (1992).

Der Weg zum „Paket“

Die Fortsetzung der Attentatswelle ab dem Herbst 1961 verfolgte vor allem das Ziel, eine autonomistische Lösung der Südtirolfrage im Rahmen der italienischen Innenpolitik zu verhindern. Schon im September 1961 hatte der italienische Innenminister zur Behandlung der Probleme Südtirols die sogenannte *Neunzehnerkommission* eingesetzt. Ihr gehörten Vertreter der Regierung (3), des Trentino (6), der deutschsprachigen Südtiroler (6), der Italiener in Südtirol (1), der Ladinier (1) sowie der Handelskammern (2) an. 1964 legte sie einen Schlussbericht vor, der einen sicheren Weg zu einer politisch praktikablen Lösung wies: die autonomen Kompetenzen der Provinzen Trient und Bozen erweitern, aber die Region formell beibehalten. Auch standen die zentralen Punkte eines neuen Autonomiestatuts bereits fest, wie beispielsweise der sogenannte ethnische Proporz oder die tatsächliche Gleichstellung der Sprachen.

Diverse Umstände trugen in diesen Jahren zu einer Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen einer Lösung der Südtirolfrage bei. In Italien waren für längere Zeit Mitte-Links-Regierungen an der Macht, die für Autonomieforderungen ein offeneres Ohr hatten als frühere Regierungen. Dazu kamen sichtliche Fortschritte im Bereich der europäischen Integration: Italien nahm hierbei neben der Bundesrepublik Deutschland eine führende Rolle ein. 1967 wurde die Europäische Gemeinschaft gegründet. Auch Österreich war an einem Beitritt interessiert, und daher war man in Wien darum bemüht, Italien gegenüber den ernsthaften Willen zur Bekämpfung des Terrors zu signalisieren: Dies trug zu einer Entspannung der zwischenstaatlichen Beziehungen bei.

Weit reichende Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft hatte das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965). Noch in die Zeit der Beratungen fiel eine Neuumschreibung der Grenze zwischen den Diözesen Trient und Bozen-Brixen, deren Zweck die Angleichung an die Provinzgrenzen war. Auf politischer Ebene sah man darin ein günstiges Vorzeichen in Hinblick auf die Erweiterung der autonomen Kompetenzen der Provinzen. Einer der Architekten dieser Regelung war der Brixner Bischof Josef Gargitter, der zwischen 1961 und 1963 auch Apostolischer Administrator von Trient war.

Am 22. November 1969, am Ende einer langen, turbulent verlaufenen außerordentlichen Landesversammlung, verabschiedeten die Delegierten mehrheitlich (583 dafür, 492 dagegen) ein „Paket“ von Bestimmungen über Südtirol. Wenig später erhielt dieses auch die Zustimmung des italienischen

Parlaments. Als gleichsam „internationale Garantie“ einigten sich Italien und Österreich auf einen „Operationskalender“ für den Erlass sämtlicher Durchführungsbestimmungen der neuen Autonomie: Erst nach Abschluss dieses Weges würde Österreich die Südtirolfrage vor der UNO für gelöst erklären. Diesen optimistischen Prognosen zum Trotz kam es zur sogenannten *Streitbeilegungserklärung* erst sehr viel später, im Jahr 1992.

Regieren zwischen Bewahrung und Modernisierung

Bis in die späten sechziger Jahre war die Südtirolfrage auch in der Innenpolitik des Bundeslandes Tirol ein beherrschendes Thema. Hier herrschte dank der satten Mehrheit der ÖVP (zeitweise zwei Drittel) hohe politische Stabilität. Ein weiteres Charakteristikum der Tiroler Politik dieser Jahre war ein hoher Grad an kollektiver Identifikation mit den jeweiligen Landeshauptleuten. Im allgemeinen Bewusstsein als „Landesväter“ wahrgenommen, gelang es diesen, auch zu Garanten des Ausgleichs der Interessen der verschiedenen sozialen Gruppen (Bauern, Unternehmer, Arbeitnehmer etc.) zu werden. Dabei waren wirtschaftliche Umbrüche im Gange, die ein hohes Potential für gesellschaftliche Konflikte in sich bargen. Mit Eduard Wallnöfer stand 1963–1987 eine besonders charismatische Figur an der Spitze der Tiroler Landesregierung.

Die politische Entwicklung des Trentino war in hohem Grade von der Krise der Region bestimmt. Als besonders markante Zäsur darf der Wechsel der Führung der Trentiner DC von Tullio Odorizzi (Präsident der Region von 1949 bis 1961) zu Bruno Kessler (Landeshauptmann der Provinz Trient von 1960 bis 1973) gelten. Im Bewusstsein der Chancen, die die neue Autonomie der Provinz bot, gelang es Kessler, die Entwicklung des Trentino in zukunftsorientierter und nachhaltiger Weise zu gestalten. Zu seinen bedeutendsten Initiativen gehört die Ausarbeitung eines umfassenden Raumordnungskonzeptes für die Provinz (1967), des ersten dieser Art in Italien. So gelang es, die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, die Verkehrswege, Naturparks etc. genau zu definieren. Kessler sah in einer möglichst professionellen Gestaltung der autonomen Kompetenzen mithilfe einer gut vorbereiteten politischen Führungsschicht und entsprechend geschulten Verwaltern große Chancen. Aus diesem Grund förderte er die Gründung des *Istituto Universitario Superiore di Scienze Sociali* („Höheres Universitätsinstitut für Sozialwissenschaften“, 1962): Daraus sollte die erste Fakultät für Soziologie in

Italien hervorgehen.

Der Weg zur Autonomie für Südtirol

Das 1972 in Kraft getretene neue Autonomiestatut für Südtirol machte nun auch einen „aktiven“ Schutz der deutschen Sprachgruppe, also eine wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in vollem Ausmaß, möglich. Die Umformung der im Paket festgehaltenen Grundsätze in präzise, rechtsverbindliche Normen war freilich schwierig, galt es doch, eine Reihe verfassungsrechtlicher Hindernisse zu überwinden. Diese Aufgabe wurde der sogenannten *Zwölferkommission* (für die regionalen Angelegenheiten) bzw. *Sechserkommission* (für die Angelegenheiten der Provinz) übertragen

1976 wurde das Gesetz über die Vergabe öffentlicher Stellen an Deutsche, Italiener oder Ladinier auf der Basis der zahlenmäßigen Stärke der jeweiligen Sprachgruppe erlassen. Dieses Prinzip sollte auch in anderen Bereichen zur Anwendung kommen, etwa bei der Vergabe von Wohneinheiten in Volkswohnbauten. Aus diesem Grund musste im Jahr 1981 bei der zehnjährigen Volkszählung auch eine Erklärung über die Zugehörigkeit zu einer der drei offiziell anerkannten Sprachgruppen abgegeben werden. Diese Auflage war von Anfang an sehr umstritten, nicht zuletzt deshalb, weil „Gemischtsprachigkeit“ nicht vorgesehen war. 2011 wurde diese Erklärung anonym abgegeben.

Während der „Proporz“ für eine gleichsam „statische“ und ethnozentrische Seite der Autonomie steht, symbolisiert die „Zweisprachigkeit“ deren dynamischen Aspekt. 1976 wurde daher auch der Nachweis der Zweisprachigkeit (für die Ladinier: der Dreisprachigkeit) zur Voraussetzung für den Erhalt einer öffentlichen Stelle erklärt. Eigens eingesetzte Landeskommissionen (heute auch international anerkannte private Agenturen) sollten feststellen, ob dieses Kriterium erfüllt ist.

Die über Jahrzehnte sich erstreckende Umsetzung der Autonomiebestimmungen war von teilweise schweren Spannungen begleitet. Die italienische Sprachgruppe befürchtete, der Ausbau der Autonomie der Provinz Bozen auf Kosten des Staates und der Region würde sie von der „Mehrheit“ zur „Minderheit“ werden lassen. Parallel zum Aufkommen dieses *disagio* („Unbehagen“) auf Seiten der Italiener, der auch bei Wahlen seinen Niederschlag fand, kam es zu einer neuen Serie von Attentaten (1978–1988), durch die kleine Gruppierungen den alten Kampf um die Trennung wieder aufnehmen wollten.



KAP. XI

Autonomie und Modernisierung

Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg

Als die schwierige Phase des Wiederaufbaus nach dem Krieg beendet war, verlief die Entwicklung der drei Länder des gegenwärtigen EVTZ in ihren Grundzügen weitgehend ähnlich: Die Landwirtschaft verlor durch den massiven Ausbau des tertiären Sektors im öffentlichen und im privaten Bereich an relativer Bedeutung, es entstanden kleine und mittlere Industriebetriebe, auch an peripheren Orten, und der Tourismus nahm ein zuvor nicht gekanntes Ausmaß an. Kaum Unterschiede gab es auch in der Sozial- und Kulturpolitik, und in allen drei Ländern brachte diese rasche Entwicklung dieselben Probleme, insbesondere im Bereich des Umweltschutzes.

Vom Wiederaufbau zum Tourismusboom

Trotz gewisser Unterschiede im Tempo und in der Dynamik durchliefen das Bundesland Tirol sowie Südtirol und das Trentino nach dem Zweiten Weltkrieg eine in vielerlei Hinsicht ähnliche sozioökonomische Entwicklung. Zunächst trat die Erholung nur zögerlich ein; im hohen Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten spiegelte sich anhaltende wirtschaftliche Schwäche.

Selbst wenn man die Bozner Industriezone mit einschließt, war in allen drei Ländern die Gesamtzahl der Industrie- und Handwerksbetriebe zu niedrig, als dass ein Strukturwandel möglich geworden wäre. Die im Rahmen des sogenannten „Marshall-Plans“ (ERP, *European Recovery Program*) geleistete Hilfe griff kaum. Bis in die frühen sechziger Jahre hörte das Phänomen der Abwanderung nach Deutschland, in die Schweiz oder auch nach Übersee nicht auf.

Ein deutlicher Umschwung trat Mitte der fünfziger Jahre ein. Dazu trugen öffentliche Arbeiten größeren Stils und ein verstärkter Ausbau der Infrastruktur bei. Durch beeindruckende Kraftwerksbauten gelang eine erhebliche Steigerung der Stromproduktion.

Dazu kam der Tourismus, eine Branche, in der nicht nur das Niveau der Vorkriegszeit wieder erreicht wurde, sondern ein regelrechter Boom zu verzeichnen war. In allen drei Ländern gelang es, die durch das Wirtschaftswachstum in Deutschland und in Italien hervorgerufenen positiven Trends aufzufangen. Die neuen Wohlstandsmodelle und die Motorisierung breiter Massen machten Ferientaufenthalte nun auch für bisher davon ausgeschlossene soziale Schichten möglich. Innerhalb weniger Jahre wandelte sich das Fremdenverkehrsangebot grundlegend im Sinne einer starken Erweiterung. Vor allem Südtirol und das Bundesland Tirol zogen Massen deutscher Gäste an, so dass sich der Tourismus bald auf nahezu sämtliche Täler erstreckte. Für viele Bauernfamilien ergaben sich hieraus wichtige Zuverdienstmöglichkeiten. Sehr bald wurde indes auch die zunächst in sehr „familiären“ Formen gepflegte Gastlichkeit professionalisiert, und es entstanden Garnis, Pensionen, Gasthöfe und Hotels. Auch versuchte man verstärkt sowohl den Sommer- als auch den Wintertourismus zu pflegen.

Die Entwicklung des Wintersports zu einem Massenphänomen bewirkte die Anlage zahlreicher Schipisten und Aufstiegsanlagen. Durch die wiederholte Austragung großer internationaler Wettkämpfe und deren Übertragung im Fernsehen wurde das Bild der Dolomiten in alle Wohnzimmer getragen.

Erwähnung verdienen insbesondere die Olympischen Winterspiele in Cortina d'Ampezzo (1956) und in Innsbruck (1964 und 1976) sowie die Schiweltmeisterschaft in Gröden (1970).



Marmolada-Hütte im Jahre 1949.
Il rifugio Marmolada nel 1949.

Veränderungen der wirtschaftlichen Struktur

In allen drei Ländern, in Südtirol etwas weniger, ging seit den fünfziger Jahren der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten stark zurück. In mittleren und tiefen Tallagen südlich des Brenners entstanden ausgedehnte Obstanlagen (insbesondere Äpfel). Dank eines starken Genossenschaftswesens und gezielter Unterstützung von Seiten des Landes wurden die Produktionsabläufe modernisiert, von der Ernte über die Lagerung bis hin zur Verarbeitung. Dies wiederum bewirkte die Entstehung einer blühenden Nahrungsmittel- und Konservenindustrie. Auch auf dem Gebiet des Weinbaus wurden, nicht zuletzt dank einschlägiger Forschungsarbeit, bemerkenswerte Fortschritte erzielt.

Schwierigere Bedingungen hatten Berglandwirtschaft sowie Forst- und Almwirtschaft. Nur dank gezielter Förderungen von Seiten der öffentlichen Hand konnte eine allzu starke Abwanderung aus diesen Regionen, wie sie andernorts in vergleichbaren Situationen feststellbar ist, verhindert werden. Der Erhalt des Bergbauerntums ist auch in Hinblick auf den Landschaftsschutz von vorrangiger Bedeutung – und somit indirekt für den Tourismus. Aus diesem Grund wurde viel Aufmerksamkeit auf die biologische Qualität und auf die Vermarktung einheimischer Produkte, insbesondere Milch und Käse, verwendet.

Auch die Industrie hat in den sechziger Jahren Wandlungsprozesse durchlaufen, vor allem durch gezielte Planung und Rationalisierung. Während in einigen Branchen, wie beispielweise in den metall-mechanischen Unternehmen in Bozen, Rückgänge (größtenteils konjunkturbedingt) zu verzeichnen waren, entstand ein auf das ganze Land verteiltes Netz von kleinen und mittleren Betrieben. In den Provinzen Bozen und Trient wurde die Planung durch die durch das Zweite Autonomiestatut (1972) erweiterten Kompetenzen wesentlich erleichtert. Das Handwerk hat dank permanenter Weiterentwicklung und -bildung glänzende Zukunftsperspektiven, wie der Erfolg mehrerer einheimischer Betriebe, auch auf internationaler Ebene, zeigt.

In allen drei Ländern des EVTZ ist die Wirtschaftsstruktur ausgeglichen und die Arbeitslosigkeit relativ niedrig; das Bruttosozialprodukt liegt geringfügig über dem Durchschnitt der Europäischen Union.

Neue Einwanderung

Auch die Länder, die einst das historische Tirol bildeten, mussten sich in den letzten Jahrzehnten mit den Auswirkungen der Abwanderung aus Entwicklungsländern auseinandersetzen. In mehreren Branchen der einheimischen Wirtschaft, etwa im Baugewerbe, in der Landwirtschaft oder im Tourismus, bestand zunächst ein lediglich saisonaler Bedarf an ausländischen Arbeitskräften. Allmählich wurde der Anteil dauerhaft ansässiger Personen aus fremden Ländern größer; heute macht er 9 % der Gesamtbevölkerung aus. Der Kreis der Herkunftsländer ist größer geworden: Kamen die Einwanderer ursprünglich größtenteils aus Nordafrika und dem Mittleren Osten, spielen heute auch die Osteuropäer eine wichtige Rolle. Auch der Anteil der Frauen unter ihnen ist größer geworden. In den letzten Jahren sind – eine Folge des Überalterungsprozesses, dem die Gesellschaft unterliegt – Arbeitsverhält-

nisse im Gesundheits- (Krankenpflege) und im Pflegebereich („*badanti*“, Betreuer/innen) sehr wichtig geworden.

In allen drei Ländern besteht der politische Wille zu einer weit reichenden sozialen Integration der Zugewanderten, von der Schule über die Gesundheitsversorgung bis hin zu Projekten kultureller Mediation.

SPITZENSORTLER UND –SPORTLERINNEN

Das Bild Tirols in der Welt haben seit jeher auch jene zahlreichen Männer und Frauen mitgeprägt, die bei internationalen sportlichen Wettkämpfen in verschiedensten Disziplinen Spitzenleistungen erbrachten, vor allem im Wintersport: Schifahren, Rodeln, Bobfahren, Eislaufen, Eishockey etc.

Die enge Verbindung mit dem Tourismus gehört zu den Wesensmerkmalen der Geschichte des Tiroler Sports. Die Verbreitung der modernen „englischen“ Sportarten begann in den Zentren des internationalen Tourismus, wie beispielsweise Meran. Die Eröffnung der ersten Fahrstraßen erschloss die Faszination der Tiroler Landschaft einer wachsenden Zahl von Auto- und Motorradfahrern in einzigartiger Weise.

Heute sind die Alpen auch ein beliebter Austragungsort für Abenteuersportarten (auch „kalifornische“ Sportarten), die anderen Kriterien folgen als die klassischen Disziplinen: Extremschilaf, Rafting, Berggradfahren, Freiklettern, Fallschirmspringen etc.

Viele aus Tirol gebürtige Bergsteiger versuchten in spektakulären Expeditionen die anthropologischen Grenzen ihrer Disziplin zu bestimmen, allen voran Reinhold Messner, der „König der Achttausender“. Weltbekannt durch seine alpinistischen Leistungen und durch seine Bücher, machte er sich auch um die Einrichtung themenspezifischer Museen verdient, darunter das *Messner Mountain Museum* (auf Schloss Sigmundskron bei Bozen).



Am 26. Juni 2009 wurden Teile der Dolomiten von der UNESCO zum Weltnaturerbe erklärt. Ein Jahr später entstand eine Stiftung zur Umsetzung der mit dieser Auszeichnung verbundenen Auflagen. Beteiligt sind die Provinzen Bozen, Trient, Belluno, Udine und Pordenone. Il 26 giugno 2009 le Dolomiti sono state inserite nella lista del patrimonio mondiale dell'UNESCO. L'anno dopo è nata una fondazione per la loro tutela e sviluppo conservativo, che comprende le province di Bolzano, Trento, Belluno, Udine e Pordenone.

Umwelt und Entwicklung

Die Veränderung der Wirtschaftsstruktur blieb auch auf die Landschaft nicht ohne Auswirkungen: Siedlungen, Infrastrukturbauten und Kommunikationseinrichtungen haben ihr ein neues Gepräge verliehen. Mit einer Gesamtbevölkerung von 1,7 Millionen, verteilt auf eine Fläche von 26.255 km², weist die Europaregion Tirol eine relativ niedrige Bevölkerungsdichte (67 Personen/km²) auf; im Trentino ist sie geringfügig höher (80). Die bewohnte Fläche liegt im Schnitt unter 11 % der Gesamtfläche. Anzumerken ist freilich, dass nur 15 % des Gebietes auf einer Meereshöhe von unter 1000 Metern liegen. Daher sind die Tallagen sehr dicht besiedelt und urbanisiert.

Die größeren Zentren verzeichneten um die Mitte des 20. Jahrhunderts einen starken Bevölkerungszuwachs und erweiterten sich über die bisherigen Ränder hinaus. Innsbruck zählt heute (2011) ca. 120.000 Einwohner, Trient 118.000, Bozen 104.000.

Schon Ende der fünfziger Jahre setzte eine intensive Aktivität im Straßenbau ein, sei es in Gestalt des Ausbaus bestehender, sei es durch die Anlage neuer Verbindungen. Die Fortschritte der Ingenieurskunst machten es möglich, auch große geländebedingte Schwierigkeiten zu meistern. 1959 wurde das nördliche Teilstück der Timmelsjochstraße eröffnet, die das Ötztal mit dem Passeiertal verbindet; neun Jahre später gelang auch die Fertigstellung der Zufahrt vom Süden. 1967 wurde die beeindruckende Straße über den Felbertauern dem Verkehr übergeben: Ein 5 km langer Tunnel stellte zum ersten Mal eine direkte Verbindung zwischen Ost- und Nordtirol her. Grundlegende Bedeutung auf der Ost-West-Achse kommt dem Bau des Arlbergtunnels zu (Eröffnung 1978), der mit 13 km der längste Straßentunnel Österreichs ist.

Der Brenner, die Schlagader Europas

1974, mit der Fertigstellung des Abschnittes zwischen Klausen und Bozen, des in technischer Hinsicht schwierigsten, konnte die Brennerautobahn endgültig eröffnet werden. Sie ist eine der wichtigsten Transportrouten Europas, die pro Jahr von mehreren Millionen Fahrzeugen passiert wird. Die ständige Zunahme des Verkehrs, insbesondere des Schwerverkehrs, hat bei der Bevölkerung schon zu wiederholten Malen Äußerungen des Unmuts hervorgerufen; die Auswirkungen auf das Ökosystem in den anliegenden Zonen (Luftverschmutzung, Lärmbelästigung) sind in der Tat nicht gering. Aus diesem Grund denkt man seit Jahren über alternative Lösungen nach, wie beispielsweise den kombinierten Warenverkehr. Das Ziel, diesen in nennenswertem Ausmaß von der Straße auf die Schiene zu verlagern, wurde bislang nicht erreicht.

Seit dem Jahr 2003 ist die länderübergreifende Brenner Basis BBT SE, eine Projektgesellschaft nach europäischen Recht, tätig, an der auch das Bundesland Tirol und sowie die Provinzen Trient und Bozen beteiligt sind. Das groß angelegte, von Italien, Österreich und der Europäischen Union finanzierte Projekt sieht den Bau eines über 55 km langen Tunnels von Innsbruck nach Franzensfeste vor, der das Kernstück des Europäischen Korridors TEN-1 Palermo-Berlin bilden soll. Verglichen mit der aktuellen Situation würde

der BBT die Strecke um 20 km verkürzen und das Gefälle weitgehend gering halten. Das Projekt hat in verschiedenen Kreisen, am meisten in den anliegenden Gemeinden, wegen befürchteter Umweltschäden große Besorgnis hervorgerufen. Von anderen wird der BBT als die richtige Maßnahme zur Verkehrsberuhigung entlang der Brennerautobahn gesehen.

DIE LADINER HEUTE

Am Ende des Zweiten Weltkrieges war der Wunsch nach Vereinigung der ladinischen Dolomitentäler groß. Sie blieben indes auf drei Provinzen aufgeteilt: Bozen (Gröden und das Gadertal), Trient (das Fassa- und das Fleimstal), Belluno (Buchenstein und Ampezzo). Den Ladinern der Provinz Bozen wurde erst mit dem Zweiten Autonomiestatut ein umfassender Schutz garantiert; vor allem erreichten sie die Anerkennung als eigene Sprachgruppe zum Zweck der Vergabe der an den Proporz gebundenen Arbeitsplätze und öffentlichen Mittel. Es wurden aber auch Voraussetzungen einer besseren Entwicklung ihrer Sprache geschaffen: durch die Einrichtung eines ladinischen Schulamtes, durch die Gewährung eigener Sendezeiten im öffentlichen italienischen Fernsehen und durch die Bereitstellung von Mitteln für kulturelle Aktivitäten. In St. Ulrich (Gröden) wurde 1954 die *Cësa di Ladins* (Haus der Ladinern, heute auch ein Museum) eröffnet, wo eine „panladinische“ Tagung stattfand. Seit 1976 ist in St. Martin in Thurn das Institut *Micurá de Rù* in Betrieb, das wichtige Forschungsprojekte zu Sprache und Geschichte der Ladinern durchgeführt hat und noch durchführt; rund 20 Jahre später wurde in St. Martin in Thurn ein ladinisches Museum (*Ciastel de Tor*) eröffnet.

Erwähnung verdient schließlich das 1975 gegründete Kulturinstitut *Majon di Fascegn*, aus dem das Ladinische Museum von Vigo di Fassa hervorgegangen ist. Es zeigt, dass die Ladinern auch im Trentino im kulturellen Bereich Anerkennung besitzen. Wenig Unterstützung erhielten sie hingegen in den Belluneser Gemeinden Ampezzo, Buchenstein und Colle Santa Lucia. Hier hat sich eine Mehrheit der Bewohner schon zu wiederholten Malen für eine Angliederung an die Provinz Bozen ausgesprochen. Derzeit beträgt die Gesamtzahl der Dolomitenladinern rund 36.000.

Ein neues Gesicht der Kirche

Wie bereits erwähnt, bedeutete das Jahr 1964 für die Tiroler Kirchengeschichte eine Zäsur: Die Grenzen der Diözesen Trient und Brixen wurden mit den Provinzgrenzen zur Übereinstimmung gebracht. Zugleich wurde für den ehemaligen Brixner Anteil nördlich des Brenners, seit dem Ende des Ersten Weltkrieges eine Apostolische Administratur, die Diözese Innsbruck errichtet (das Gebiet des Bundeslandes Tirol). 1968 wurde aus dieser die nunmehrige Diözese Feldkirch (Bundesland Vorarlberg) ausgegliedert. Erhalten blieb hingegen die Zugehörigkeit einiger Tiroler Dekanate zur Erzdiözese Salzburg.

Von der friedensstiftenden Rolle der Kirche in den Jahren der ethnischen Spannungen war bereits die Rede. Das Zweite Vatikanische Konzil gab sodann auch in den einheimischen Diözesen den Anstoß zu einem intensiveren Dialog zwischen Kirche und Gesellschaft über die Probleme der Zeit. Auf Diözesansynoden kamen Themen wie die Rolle der Laien in der Kirche, soziale Fragen, die Situation der Jugend oder die Ökumene zur Sprache. Wichtig war nach wie vor die von Tirol und dem Trentino ausgehende Missionsbewegung; in der Seligsprechung des Ladiners Ujep (Josef) Freinademetz im Jahr 2003 ist ihr die Anerkennung von höchster kirchlicher Seite zuteil geworden. Große Bedeutung kam in dieser Zeit auch diversen Laieninitiativen zu: Man denke nur an die von der Trentinerin Chiara Lubich nach dem Krieg gegründete Fokolar-Bewegung, die auch auf internationaler Ebene wahrgenommen wurde.

Dem Verhältnis der katholischen Mehrheit zu den jüdischen Gemeinden (jene von Meran, Innsbruck und Trient wurden wiedererrichtet) war das Verbot der Kulte um Simon von Trient (1965) und Anderl von Rinn (1994) sehr förderlich, umso mehr, als damit eine ausdrückliche Verurteilung des jahrhundertealten katholischen Antisemitismus in Tirol einher ging. Heute gibt es in den drei Ländern diverse evangelische, orthodoxe oder andere Kultusgemeinschaften. Die steigende Anzahl der Immigranten aus Afrika und dem Mittleren Osten hat auch die Zahl der Moslems stark zunehmen lassen.

Obwohl die katholische Tradition nach wie vor mächtig ist, haben sich auch die Länder des historischen Tirol dem allgemeinen Prozess der Säkularisierung nicht entziehen können, der seit den beiden letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts geradezu als ein Signum aller westlichen Gesellschaften gelten darf. Er findet Ausdruck in einem starken Rückgang der geistlichen Berufe,

der kirchlichen Trauungen und des Gottesdienstbesuches. Gleichwohl stehen nach wie vor viele Vereine sowie kulturelle oder Freizeitaktivitäten, in der Stadt wie auf dem Land, in engem Zusammenhang mit der jeweiligen Pfarrgemeinde.

MUSEEN IN DER EUREGIO

Ein gemeinsames Merkmal der Kulturpolitik in den drei Ländern ist der hohe Stellenwert der Volkskultur in all ihren Erscheinungsformen. Es gibt ein breites Spektrum an Theatergruppen, Chören und Volksmusikensembles. Das Sammeln und die wissenschaftliche Aufarbeitung von „Traditionselementen“ erfolgt mittlerweile auf hohem Niveau, weitab von romantischen Neigungen im Stil des 19. Jahrhunderts. Neben einem dichten Netz an traditionellen Heimatmuseen sind in den letzten Jahrzehnten auch Einrichtungen entstanden, die sowohl in wissenschaftlicher als auch in museumspädagogischer Hinsicht den rezentesten Standards entsprechen. Auch das thematische Spektrum ist breit: Es reicht von der Archäologie bis zur Zeitgeschichte, von den Naturwissenschaften bis zur modernen Kunst.

Drei Universitäten

Mit dem in den sechziger Jahren einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung ging im gesamten Tirol und im Trentino auch ein Ausbau der Bildungssysteme einher. Außer der Berufsbildung, aufgrund des „dualen“ Konzeptes (theoretische Ausbildung und Praxis) seit jeher hervorragend, wurde auch in die mittlere und höhere Bildung als Zugangsvoraussetzung für ein Universitätsstudium viel investiert. Die Innsbrucker Hohe Schule wurde durch neue Fakultäten erweitert (beispielsweise die Technik im Jahr 1969) und bereitete sich in Forschung und Lehre auf die Ausbildung einer rasch wachsenden Anzahl an Studierenden, viele davon aus Südtirol, vor.

Dank des Weitblicks des Trentiner Landeshauptmannes Bruno Kessler konnte in den sechziger Jahren die Universität Trient entstehen, eine für die



Das 1823 gegründete Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum verwahrt wertvolle Sammlungen archäologischer Objekte sowie Kunst und Literatur aus dem gesamten historischen Tirol. Il Landesmuseum Ferdinandeum di Innsbruck. Fondato già nel 1823, esso custodisce e valorizza preziose collezioni archeologiche e artistiche provenienti da tutto il Tirolo storico.

Entwicklung der gesamten Region überaus wichtige Einrichtung.

Die Fakultät für Soziologie hatte italienweit eine Vorreiterrolle; sie zog zahlreiche Studierende aus anderen Provinzen an. Sie war aber auch eines der wichtigsten Zentren des studentischen Protests im Jahr 1968. In den folgenden Jahren kamen weitere Fakultäten hinzu: eine naturwissenschaftliche (1972), eine wirtschaftswissenschaftliche (1973), eine philologische und eine juristische (1984) sowie eine technische (1985).

Der Gedanke, auch in Bozen eine Universität zu errichten, wurde aus politischen Gründen lange Zeit abgewiesen. Zur Gründung der *Freien Universität Bozen* kam es erst 1998, wobei das Prinzip der Mehrsprachigkeit von vornherein eine tragende Säule war. Heute bestehen Fakultäten für Wirtschaftswissenschaften, für Bildungswissenschaften, für Informatik, für Naturwissenschaften und Technik sowie für Design.



KAP. XII

In einem immer enger zusammenwachsenden Europa

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der EVTZ

Herausgegeben vom EVTZ "Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino"

Lange Zeit waren die Spannungen zwischen Italien und Österreich wegen der Südtirolfrage einem Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wenig förderlich. In den sechziger Jahren begannen die Alpenländer intensivere Kontakte miteinander zu pflegen, die 1972 zur Entstehung der Arge-Alp führten. Im Anschluss an die Streitbeilegungserklärung von 1992 und Hand in Hand mit dem Ausbau der Europaregionen einigten sich das Bundesland Tirol, Südtirol und das Trentino auf die Durchführung einer Reihe gemeinsamer Projekte zu Themen wie Kultur, Förderung der Jugend, Transportwesen, Umwelt, Energie und Entwicklung.

Vom „Accordino“ zur Konvention vor Madrid

Das sogenannte *Accordino* („kleines Abkommen“), das Italien und Österreich 1949 in Umsetzung des Gruber-Degasperi Abkommens zur Erleichterung des Warenaustauschs zwischen der Region Trentino/Südtirol und den Bundesländern Tirol und Vorarlberg schlossen, war ein erster Schritt auf dem Weg zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Jahrzehntelang schwächte allerdings die Südtirolfrage das Potential der angrenzenden Regionen, ihre autonomen Handlungsspielräume auch auf internationaler Ebene zur Geltung zu bringen.

Gleichwohl wurden bereits in den sechziger Jahren wichtige Weichenstellungen vorgenommen. 1972 kam es in Mösern (Tirol) auf Initiative des Tiroler Landeshauptmannes Eduard Wallnöfer zur Gründung der *Arge-Alp* (Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer). Ziel war eine gemeinsame Politik der in den Zentralalpen gelegenen Länder in Fragen wie Umwelt, Transportwesen, Arbeit etc. Heute besteht die Arbeitsgemeinschaft mit Sitz in Innsbruck aus zehn Mitgliedsländern, die vier verschiedenen Staaten (Österreich, Deutschland, der Schweiz, Italien) angehören und insgesamt rund 16 Millionen Einwohner haben.

Die Arge-Alp hatte Vorbildcharakter für die wenige Jahre später entstandene *Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria*, eine vergleichbare Organisation für die in den Ostalpen gelegenen Regionen in Österreich, Italien, Kroatien, Slowenien und Ungarn (Komitat Vas). Ähnliche Ziele hat die 1982 entstandene *Arge-West-Alpen (Cotrao)* zwischen italienischen, französischen und schweizerischen Regionen.

1980 schuf eine in Madrid verabschiedete Konvention des Europarates die Möglichkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten bzw. Regionen derselben, wobei eine Vielzahl an Mustern vorgesehen war. Mitte der achtziger Jahre wurde das Interesse an den Regionen durch den sich intensivierenden Diskurs über das Subsidiaritätsprinzip weiter verstärkt. Am 15. Juni 1985 gründeten in Louvain-la-Neuve (Belgien) 47 Regionen den *Rat* (seit 1987: *Versammlung*) *der europäischen Regionen*.

Nicht übersehen werden sollte auch, dass die drei Länder, die derzeit die Europaregion bilden, seit den achtziger Jahren verstärkt auf internationaler Ebene politisch tätig sind: in Fragen der Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt, durch Initiativen und Stellungnahmen zu Fragen der Abrüstung und des Friedens und bei der Bewältigung humanitärer Krisen.

Die Entwicklungen nach 1992

Das offizielle Ende der Südtirolfrage im Juni 1992 deckte sich zeitlich mit dem Beginn einer engeren Zusammenarbeit der drei Landtage (Innsbruck, Bozen, Trient); zu Beginn war auch Bregenz (Vorarlberg) mit eingeschlossen. Am 27. Januar 1993 schlossen Österreich und Italien ein Rahmenabkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Im Oktober 1995 wurde in Brüssel ein gemeinsames Büro der drei Länder eröffnet, das vom italienischen Staat heftig kritisiert und Gegenstand eines Verfahrens vor dem italienischen Verfassungsgerichtshof wurde. 1998 unterzeichneten die Landesregierungen eine entsprechende Konvention. Noch im selben Jahr trat das Schengener Abkommen von 1985 über den freien Personenverkehr in Europa auch zwischen Italien und Österreich in Kraft. Seither finden in der Europaregion Grenzkontrollen nur mehr in wenigen Ausnahmefällen wie der Fußballeuropameisterschaft 2008 statt. Konkrete Europaregion-Projekte aus dieser Zeit sind erste gemeinsame Landesausstellungen (1995, 2000, 2005 und 2009) und der gemeinsame Auftritt bei der Weltausstellung EXPO2000 in Hannover.

In der politischen Praxis erwies sich die Deutung des Projektes *Europaregion* freilich als schwierig, ja lange Zeit geradezu kontroversiell. In den achtziger Jahren versuchten gewisse Kreise den Föderalismus in ethnischen Sinn zu deuten und entwickelten die Idee einer von Kufstein bis Salurn reichenden *Euregio Tirol*, die dem 1919 zweigeteilten Deutschtirol entsprach, das Trentino aber ausschloss. Gemäß dem Kriterium ethnischer Homogenität akzentuierte dieses Modell in völlig anachronistischer Weise mögliche Konfliktfelder zwischen Minderheiten und Nationalstaaten und verstand sich als Reaktion auf das moderne Konzept einer multiethnischen Gesellschaft. Diese simple „Reaktion“ fand indes keine politische Umsetzung, und das Projekt *Europaregion* konnte sich der Pflege und Förderung der Kontakte zwischen Innsbruck, Bozen und Trient und der Suche nach gemeinsamen Interessen und Arbeitsfeldern widmen, alles vor dem Hintergrund des Prozesses der europäischen Integration mit seinen tiefgreifenden Auswirkungen auf die politischen Beziehungen zwischen Regionen, Staaten und Europäischer Union.

2011: Der EVTZ entsteht

In der Absicht, Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit zu nutzen, legten das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union (Verordnung Nr. 1082 vom 5. Juli 2006) die Erarbeitung einer genauen Regelung eines EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) in rechtlicher und institutioneller Hinsicht sowie Ziele und Funktionsweise fest. Dadurch wurde die Möglichkeit der Einrichtung internationaler Organe mit eigener Rechtspersönlichkeit geschaffen; im Grunde geht es um die Idee der Schaffung einer plurinationalen, multikulturellen und vielsprachigen europäischen Region.

Der Grundstein zur Errichtung eines EVTZ wurde mit Beschluss des Dreierlandtags vom 29. Oktober 2009 in Mezzocorona gelegt. Bereits am 23. Dezember 2009 wurde gemäß einem gemeinsamen Beschluss der Landesregierungen von Tirol, Südtirol und Trentino vom 15. Oktober 2009 ein gemeinsames Büro der Europaregion in Bozen eröffnet.

Am 14. Juni 2011 unterzeichneten die drei Landeshauptleute (Günther Platter, Luis Durnwalder, Lorenzo Dellai) die Satzung und Übereinkunft des EVTZ „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“, eingerichtet „zur Erleichterung und Förderung der grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern“ (Art. 5).

Am 23. September 2011 wurde der EVTZ „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“ vom Präsidium des Ministerrats als zweite Gründung dieser Art in Italien registriert; auf der Ebene der Europäischen Union handelte es sich, wie anlässlich der Eintragung ins entsprechende Register sichtbar wurde, um das 21. Beispiel. In Österreich ist der EVTZ der Europaregion überhaupt der erste seiner Art.

Das erste Treffen der Organe des EVTZ „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“ fand am 13. Oktober 2011 auf Schloss Tirol statt; dabei wurde der Haushaltsvoranschlag für 2012 sowie der mehrjährige Haushaltsvoranschlag für 2012-2014 für die Finanzierung direkter gemeinsamer Projekte verabschiedet.

Die Organe des EVTZ

Organe des EVTZ sind die Versammlung, welche die Ausrichtung und den Haushalt beschließt und der Vorstand, welcher die Programme und die Tätigkeiten beschließt. Der Vorstand seinerseits ist zusammengesetzt aus den

Landeshauptleuten aus Tirol, Südtirol und Trentino, welche sich alle zwei Jahre in der Präsidentschaft des EVTZ abwechseln und damit die rechtliche Vertretung übernehmen. Erster Präsident war Luis Durnwalder, der Landeshauptmann von Südtirol. Seit Oktober 2013 ist ihm in dieser Funktion der Landeshauptmann von Tirol, Günther Platter, gefolgt.

Der derzeitige Vorstand ist folgendermaßen zusammengesetzt: Günther Platter (Landeshauptmann von Tirol), welcher die Präsidentschaft innehat, Arno Kompatscher (Landeshauptmann der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol), Ugo Rossi (Präsident der Autonomen Provinz Trient).



Die drei Landeshauptleute Günther Platter (Tirol) Arno Kompatscher (Südtirol), Ugo Rossi (Trentino).

Der Generalsekretär koordiniert das Gemeinsame Büro der Europaregion, das aus den drei Repräsentanten der beiden Provinzen Südtirol und Trentino und des Landes Tirol zusammengesetzt ist. Von Oktober 2011 bis Oktober 2013 hat Birgit Oberkofler aus Südtirol dieses Amt ausgeübt. Aktuell bekleidet Matthias Fink aus Tirol das Amt des Generalsekretärs.

Das derzeitige Gemeinsame Büro des EVTZ ist demnach zusammengesetzt aus Matthias Fink (Tirol), welcher Generalsekretär ist, Birgit Oberkofler (Südtirol) und Marilena Defrancesco (Trentino).

Die Europaregion in Bewegung

Oberstes Ziel: Kräfte bündeln

Nachdem der EVTZ den Status einer eigenen Rechtspersönlichkeit erlangt hatte, konnte er seine Tätigkeiten zur Bewerbung, Organisation und Koordinierung von überregionalen und grenzüberschreitenden Projekten in vollem Umfang aufnehmen. Sie unterscheiden sich in direkte (finanziert mit eigenen Mitteln) und koordinierte Projekte. Das Hauptaugenmerk wird jedoch auf die Vernetzung von projektbezogenen Ressourcen – auch finanzieller Natur – mit öffentlichen und privaten, regionalen, nationalen und europäischen Partnern gelegt. Diese werden vor allem über so genannte „Kooperations-Projekte“ in strategischen Bereichen umgesetzt, welche für die Entwicklung der Europaregion maßgeblich sind: der Bogen spannt sich von den lokalen Wirtschaftsbereichen (Landwirtschaft, Tourismus, Innovation) über Umwelt- und Energiepolitik (Verkehr & Mobilität, Solarenergie usw.), Kultur (Bildung, Schule, Kunst und Forschung) bis hin zu Gesellschaftsthemen (Recht, Demokratie, Gesundheit und Pflege). Die Europaregion erweist sich damit als ideale Dimension zur wirksamen Verbindung von lokalen Erfordernissen und globalen Trends.

Durchgeführte und laufende Projekte (2011-2014)

In einer Zeitspanne von weniger als drei Jahren hat der EVTZ mehrere Dutzend Projekte auf den Weg gebracht, bei welchen er verschiedene Funktionen ausübte: direkte Organisation, Koordinierung, Zusammenarbeit, Schirmherrschaft usw. Hier eine Auflistung der wichtigsten Initiativen. Die Unterteilung nach Bereichen hat nur indikativen Charakter, da ein Großteil der Projekte mehrere Themenfelder gleichzeitig abdeckt und immer wieder „Bündnisse“ zwischen Partnern aus unterschiedlichen Herkunftsbereichen geschlossen werden.

Gesellschaft, Zusammenarbeit und Demokratie

„Diversity4Kids“ - Interreg IV-Schulprojekt zur Integration, Diversität, Zusammenleben und Toleranz

Euregio-Integrationstagung „wer MACHT meinung - Medien und Integration“
Fachtagung Immigration „Mehr als Staatsbürgerschaft: Identität, Teilhabe und Zugehörigkeit“

Euregio-Preis zur Kooperation (in Ausarbeitung)

Fachtagung „Demokratie im Mehrebenensystem und Bürgerbeteiligung“

Vorstellung einer Forschungsarbeit mit der EURAC über "Der Steuerföderalismus und die Territorialautonomien"

Fachtagung CIVEX des EU-Ausschusses der Regionen "Multilevel governance in practice at local and regional level – Decentralised policy strategies in the European Year of Citizens"

Demokratieprojekt "POP! – Paths of Participation – Wege zur Demokratie"

Gesundheit und Pflege

Vergleichende Studie über die Pflegesituation in der Europaregion (mit themenbezogenem Fachsymposium)

Länderübergreifendes Thermenprojekt

Fachkongress über die Prävention und Therapie von Ictus-Schlaganfall

Fachtagung zur Patientenmobilität gemäß der neuen EU-Richtlinie

Fachkongress über Radiotherapie und Strahlenonkologie

Jugend, Bildung, Sport

Drei Ausgaben des Euregio-Jugendfestivals (ausgezeichnet im Rahmen des EU-Wettbewerbes "Europa über Grenzen hinweg bauen")

Zwei Ausgaben des Euregio Summer Camp für Mittelschüler aus der Europaregion

Neu: Euregio Sport Camp 2014

Ausdehnung des Musikwettbewerbes "Upload" auf die gesamte Europaregion

Forum zur Fortbildung von Lehrpersonen: "Fortbildungsplanung zwischen Kreativität und Wirksamkeit"

EDUCACOOP (Dialog Schule-Genossenschaft, Erziehung zum Genossenschaftsgedanken, Wettbewerb und Großtagung)

Produktion des Kurzfilms "SKI: FUN & SAFE" (richtiges Verhalten auf der Skipiste)

Jährliche Treffen und rege Zusammenarbeit zwischen Hauswirtschafts- und Landwirtschaftsschulen aus der Europaregion - mit jährlichem gemeinsamen Wintersporttag

Schirmherrschaft beim internationalen Fachkongress der Deutschlehrer (IDT)

Forschung und Innovation

Teilnahme am Forum Alpbach - Tiroltag - Euregio-Jungforscherpreis - Euregio-Lab

Euregio-Forschungsförderungsfonds (in Ausarbeitung)
Euregio-Kooperationspreis (in Ausarbeitung)
Wettbewerb EURAC/Euregio "Junge Forscher gesucht"
Innovationsprojekt "InterTech – Technologie ohne Grenzen"
Teilnahme an der EURAC-Veranstaltung "Luna – Die lange Nacht der Forschung"

Umwelt, Energie, Mobilität, Zivilschutz

Koordinierung des Projektes "Grüner Brenner-Korridor"
Euregio-Rechtsstudie zur Machbarkeit der Alpentransitbörse (Monitraf)
Energieprojekt "SOLAR TIROL" (Datenbank über das Potenzial der Solar-energie)
Nachhaltigkeitsprojekt "Pro-Green" (nachhaltiger Hausbau, Dämmung und Energieeffizienz)
Teilnahme am EU-Projekt "SINFONIA-Smart Cities" (energetische Gebäudesanierung)
Euregio-Umweltpreis
Monitoring-Projekt für den alpinen Raum aus der Sicht des Zivilschutzes

Kultur

Drei Ausgaben des Gesamttiroler Museumstages 2011 ("Das Publikum der Museen"), 2012 ("Im Schatten der Geschichte") und 2013 („Zugehörigkeit. Vielfalt. Identität“), 2014 geplant zu „100 Jahre Erster Weltkrieg“
Kunstaussstellung "Lines on limit"
Ausstellungen "Neue Europäische Geografie", "Euregio-landia" und "Gäste-ospiti-guests" mit StudentInnen der Fakultät für Kunst & Design der Freien Universität Bozen
Erste Ausgabe des Historikerforums (im zweijährigen Rhythmus): "40 Jahre Autonomie: vom Paket bis zur Europaregion"
Euregio-Bildband "Terra in montanis" (begleitet von Wanderausstellung)
Gesamttiroler Ausgabe des Musikwettbewerbes "prima la musica"
Organisation von diversen Workshops zum Bewerbungsprojekt "Kulturhauptstadt 2019"
Teilnahme an verschiedenen Festivals: "Erzählkunstfestival" Innsbruck, „Bergfilm-Festival“ Trient sowie "Cultur-Nacht" Bozen

Landwirtschaft

Euregio-Wettbewerb "Tourismus und Landwirtschaft"

Fachkongresse über typische Regionalprodukte: "Sicherheit & Regionalität" Bozen, „Käse & Berg: Ein Verkaufsschlager?" Trient, "Vermarktung von regionalen Produkten in der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino mit dem Schwerpunkt Qualitätsfleisch", Innsbruck

Kommunikation und Vernetzung

Radio & TV-Rubrik "Europaregion heute" (10 mal/jährlich)

Gemeinsame Landkarte der Europaregion mit nützlichen Informationen

Euregio-Jahreskalender 2014

Neues Internet-Portal www.europaregion.info mit monatlich wechselnden Blickwinkeln

Tirol-Tag beim Forum Alpbach

Fachtagung "Expert Meeting on the European Grouping of Territorial Cooperation"

Aktive Teilnahme an internationalen Fachkongressen: "Open days" in Brüssel; Arbeitsgemeinschaft der europäischen Grenzregionen" in Leipzig

Vorstellung einer Umfrage (Universität Innsbruck) über die Bekanntheit der Europaregion und die Werthaltung der Bevölkerung

Euregio Aktiv: Informationsveranstaltungen über die Europaregion an den Schulen

Euregio-Kulturkalender (in Ausarbeitung)

Gemeinsames Büro der Europaregion

Generalsekretariat des EVTZ "Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino"

Drususallee 1 I-39100 Bozen

Tel. +39 0471 402026 - Fax +39 0471 405016

e-mail: info@europaregion.info

web: www.europaregion.info

www.facebook.com/europaregion.info



Bildnachweis

Autonome Provinz Bozen-Landesamt für AV-Medien/Provincia Autonoma Bolzano, Ufficio audiov.:
S./p. 110.

Carmen Kollmann: S./p. 131.

Castello del Buonconsiglio, Trento: S./p. 13; S./p. 27.

“Credere obbedire combattere. Notiziario del fascio di combattimento di Trento”: S./p. 88 (II, 1942, n. 11/12).

Diözesanmuseum Hofburg Brixen/Museo Diocesano di Bressanone: S./p. 16 (Foto: H. Waldner).

Dolomiti-unesco.org : S./p. 120 (Foto G. Tappeiner).

“La Domenica del Corriere”, Mailand/Milano: S./p. 57 (14.11.1904, Achille Beltrami).

Fondazione Museo storico del Trentino, Archivio fotografico: S./p. 73; S./p. 77.

“Die Gartenlaube”, Leipzig/Lipsia: S./p. 64 (Jhg. 1896).

Ghedina (Foto Ghedina, Postkarte/cartolina): S./p. 117

Museo Diocesano Tridentino, Trento (Archivio fotografico): S./p. 10.

Museo Mercantile Bolzano/Merkantilmuseum Bozen: S./p. 35.

Soprintendenza Beni librari archivistici e archeologici della Provincia di Trento: S./p. 9 (Foto: M. Condini);
S./p. 13 (Foto: E. Munerati).

Stadtarchiv Innsbruck: S./p. 92.

Stadtmuseum Meran/Museo Civico Merano: S./p. 68 (Inv. Nr. 4393.106).

Steinacher, Gerald, Lincoln (NE) USA: S./p. 97.

Stift Stams/Abbazia di Stams: S./p. 19.

Südtiroler Landesarchiv, Bozen/Archivio Provinciale di Bolzano: S./p. 66 (Etschwerke/Azienda elettrica);
S./p. 80; S./p. 83 (Slg./Coll. Norbert Mumelter): S./p. 95 (Slg./Coll. Franz Oberkofler).

Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck: S./p. 23; S./p. 39 (FB 4510/5); S./p. 43 (FB 6504/55);
S./p. 45 (Inv. Nr. Gem 872, Foto: Frischauf-Bild, Innsbruck); S./p. 50; S./p. 125.

Tiroler Landesarchiv, Innsbruck: S./p. 101; S./p. 105.

Wir bedanken uns bei allen Institutionen und Privatpersonen für die Zusammenarbeit und die Abtretung der Bildrechte.



Impressum

2014

Neuaufgabe

Alle Rechte vorbehalten

Herausgeber (im Eigenverlag): EVTZ „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“,

Drususallee 1, I-39100 Bozen

Generalsekretariat: Matthias Fink, Birgit Oberkofler Berger, Marilena Defrancesco

Koordination: Birgit Oberkofler Berger

Autor: Carlo Romeo

Wissenschaftliche Beratung: Giuseppe Ferrandi, Wilfried Beimrohr, Andrea Di Michele, Christine Roilo,

Luigi Blanco, Brigitte Mazohl

Übersetzung: Erika Kustatscher

Grafik: Plus communications, Trient

Druck: Grafiche Dalpiaz, Trient

ISBN: 978-88-907860-13

info@europaregion.info

www.europaregion.info